

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wochenblatt 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
zeile oder deren Raum 10 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Berichte 20 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (letzt-
gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
Wort 10 Pf., Streifenzeile und Schlaf-
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über
12 Buchstaben zahlen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 25. Februar 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Provokation!

Die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage wurde von der
Kommission am Donnerstag beendet! Nach vier Sitzungen,
die gar nicht einmal besonders lange dauerten! Währte doch
die letzte Sitzung kaum zwei Stunden, die erste nicht länger
als drei Stunden! In insgesamt zwölf Stunden etwa ent-
schied der Ausschuss des Reichstages über das Wahl-
recht des preussischen Volkes!

Selbst ein konservativer Redner gab bei der Be-
ratung seiner freudigen Anerkennung darüber Ausdruck, daß
die Verhandlungen einen so unerwartet raschen Fortgang
nahmen. Selbst die Konservativen scheinen also von den
Nationalliberalen und namentlich dem Zentrum ein ganz an-
deres Eintreten für eine ernsthafte Wahlreform erwartet zu
haben! Dabei hätten die Verhandlungen sicherlich kaum halb
so lange gedauert, wenn nicht der sozialdemokratische Vertreter
des Reichstages energisch eingegriffen und damit die Wahlrechts-
feinde zu eingehenden Rechtfertigungsversuchen gezwungen
hätte.

Aber selbst diese skandalöse Durchpeitschung der wichtigsten
Gesetzesvorlage, die Preußen seit 60 Jahren erlebt, ging den
blauen Wahlrechtsfeinden und den schwarzen Wahlrechts-
heuschekern nicht rasch genug! Um kurz und bündig aller Ver-
legenheiten ledig zu werden, stimmten am Donnerstag Rechte
und Zentrum für Schluss der Debatte, just in dem Augen-
blick, als der sozialdemokratische Vertreter das Wort
erhalten sollte! Der zum Wahlüberblock gewandelte konservativ-
ultramontane Schnapsblock ersparte sich eine für ihn peinliche
und blamable Szene dadurch, daß er — entgegen allen
bisherigen geschäftsmäßigen Ge-
pflogenheiten in den Kommissionen! —
unserem Redner durch die Guillotine des Schlußantrages das
Wort abschchnitt!

Ein schnöderes, skrupelloseres Spiel mit den elementarsten
Volksinteressen, den wichtigsten Rechten der leidenschaftlich er-
regten Volksmassen konnte gar nicht gespielt werden, als das
in der Wahlrechtskommission geschah!

Daß die bürgerliche Linke es bei lauen platonischen
Protesten gegen die Versuche der Konservierung des schmach-
vollsten aller Wahlsysteme bewenden ließ, versteht sich ja bei
der altjüngferlichen Zimperlichkeit unseres Liberalismus, dem
jedes kräftige Wort Ohrenschmerz verursacht, von selbst. Erst
recht verstand es sich von selbst, daß die Nationallibe-
ralen natürlich gar nicht daran dachten, für das gleiche
Wahlrecht eine Lanze zu brechen, haben sie sich doch niemals,
auch nur mit dem Mund, zu einem solchen Wahlrecht
bekannt!

Das Unerhörteste an politischer Perfidie
leistete sich aber das Zentrum, das stets mit seiner Freund-
schaft für das gleiche, geheime und direkte Wahl-
recht herumrennommiert hat! Es half sogar die mehr als
kümmerlichen Verbesserungsanträge der Nationalliberalen
niederstimmen, um sich mit den Konservativen
in einem Kompromiß zusammenzufinden, das die vertegen-
ständlichen Anschläge der reaktionärsten Wahlrechtsfeinde in den Schatten
stellt!

Wer fortan dem Jubelruf der Volksfeindlichkeit und
demagogischen Perfidie einen Namen geben will, wird das
Zentrum als die unerreichte Verkörperung dieser nieder-
trächtigen Eigenschaften ansprechen müssen!

Aber mit solchen Brandmarkungen durch die Presse ist
wenig getan! Solange die Massen selbst die Peitsche
auf sich herabhaufen lassen, ohne sich mit der Empörung
empfindender und denkender Geschöpfe zur Wehr zu setzen,
so lange ist Junkerbrutalität und Zentrumsdemagogie Trumpf!

Jede Nation verdient die Behandlung, die sie sich
gefällt!

Sache des preussischen Volkes ist es, zu betweisen, daß es
noch vor Zorn und Scham erröten kann!

Die Wahlrechtskommission

verhandelte am Donnerstag zunächst über den freisinnigen
Antrag, wonach auch die Abgeordneten durch die Wahl-
männer in geheimer Abstimmung gewählt werden sollen. Gegen
diesen Antrag wandte sich als erster Redner ein Zentrumsgesandter,
der nach echter Jesuitenmanier sein Bedauern darüber ausdrückte, daß
das Zentrum die indirekte Wahl habe in Kauf nehmen müssen
und sich entscheiden gegen die geheime Wahl der Wahlmänner
äußerte, weil dadurch das ganze Wahlgeschäft kompromittiert würde.
Wahlmänner wissen könnten nicht mehr kontrolliert
werden, und wenn nun das Resultat etwa anders ausfiele wie der
eine oder der andere gedacht habe, so würde das zu Differenzen
zwischen den verschiedenen Parteien führen. Nachdem die geheime

Wahl für die Urwahlen festgelegt sei, müsse der Urwähler das
Recht der Kontrolle der Wahlmänner haben.

Der sozialdemokratische Vertreter

erwiderte a. folgendes: Die Redner des Zentrums haben das vorige Mal
zum Ausdruck gebracht, daß die Abstimmung der Wahlmänner des-
halb eine öffentliche sein müsse, damit auch der Wille der Ur-
wähler, die unter dem Schutze des geheimen Wahlrechts
vollständig unbeflügelt ihre Stimme abgeben können, zum Ausdruck
komme. Die Herren vom Zentrum gehen dabei von der falschen
Voraussetzung aus, daß das geheime Wahlrecht nunmehr
gesichert sei. Das ist aber nicht der Fall! Für diejenigen,
die stimmen und stimmen können, ist das geheime Wahlrecht aller-
dings gesichert. Aber ein sehr großer Teil der Urwähler wird von
dem geheimen Wahlrecht keinen Gebrauch machen können, wird den
Schutz der geheimen Abstimmung gar nicht genießen,

weil er überhaupt nicht in die Lage kommt, zu wählen!

Es ist deshalb auch ganz unrichtig, wenn vom Zentrum
behauptet wird, daß der Preis für das Kompromiß mit den Kon-
servativen die Sicherung der Unabhängigkeit der Wahl
aller Wähler sei. Die Wähler in den Großstädten waren bis zu
einem gewissen Grade auch heute schon bei der öffentlichen
Stimmabgabe geschützt. Wenn in Berlin von 251 000 Wählern, die
bei den Reichstagswahlen für die Sozialdemokratie gestimmt haben,
178 000 unter der öffentlichen Stimmabgabe für die Sozialdemo-
kratie votiert haben, so beweist das, daß ein sehr großer Teil der
sozialdemokratischen Wähler in Berlin offen für seine Ueber-
zeugung eintreten kann. So ist es auch in anderen Groß-
städten. Der geheime Oberregierungsrat v. Falkenhahn
sprach neulich allerdings davon, daß unter diesen Wählern
18 000 „gepreßt“ waren und gezwungenermaßen für die
Sozialdemokratie gestimmt hätten. Hätte er von 1800 gesprochen,
so hätte sich darüber reden lassen; aber 18 000 ist eine
ganz aus der Luft gegriffene phantastische Zahl. Dann hat Herr
v. Falkenhahn auf das Verhältnis zwischen der Zahl der Reichs-
tags- und der Landtagswähler hingewiesen, er hat aber vergessen,
daß ein Vergleich unmöglich ist, weil ja bei der Reichstagswahl
400 000 Wahlberechtigte mehr in Preußen waren
als bei der Landtagswahl. Es ist klar, daß sich darunter ein
großer Teil Arbeiter befindet, namentlich in Berlin. Außerdem
vergisst er, daß das Jahr 1908 ein Jahr der Krise war. Wenn
in anderen Großstädten der Prozentsatz der sozialdemo-
kratischen Stimmen bei der öffentlichen Abstimmung verhältnis-
mäßig geringer war, so ist doch zu berücksichtigen, daß
die Beteiligung der Sozialdemokraten an den Landtags-
wahlen erst zum zweiten Male erfolgte, und daß
insolgedessen das Interesse der breiten Wählermassen noch nicht in
dem Maße geweckt war, wie bei der Reichstagswahl.

Ich habe diese Ausführungen gemacht, um nachzuweisen, daß das
Zugeständnis der geheimen Wahl für die Städte und die
Industriezentren, wo die Arbeiter eine starke Macht
bilden, nicht allzuviel bedeutet. Das Wichtigste und Wertvollste der
geheimen Abstimmung liegt gerade darin, daß eine

freie Wahl für das Land

geschaffen wird, damit die ländlichen Wähler dem Terror von oben
entzogen werden! Auf dem Lande aber hat eine geheime Wahl nur
dann Wert, wenn sie auch eine direkte Wahl ist! Was nützt das Recht,
geheim wählen zu können, wenn keine Wahlmänner vorhanden
sind, für die die Urwähler ihre Stimme abgeben können! Woher
sollen denn auf dem Lande die Wahlmänner für das Proletariat
kommen! Der Vordredner vom Zentrum hat uns allerdings das
vorige Mal in Aussicht gestellt, daß er seine Parteifreunde ver-
anlassen werde, eine Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen, daß
die Wahlmänner aus dem ganzen Wahlkreis entnommen
werden könnten. Bis jetzt liegt ein solcher Antrag noch nicht vor,
aber auch dann würde das nicht viel befagen, weil ja schon die
Aufstellung der Wahlmänner bedeutet, daß sie für eine ganz
bestimmte Partei eintreten, und in ländlichen Bezirken
oder in den kleinen Städten sind solche Wahlmänner nicht aufzubringen,
erst recht dann nicht, wenn die Abstimmung der Wahlmänner eine
öffentliche bleiben würde. Aber selbst wenn die Abstimmung
der Wahlmänner geheim wäre, wäre es sehr die Frage, ob
sie auch geheim bleiben würde. Selbst die Regierung hat für
ihrer Begründung darauf hingewiesen, daß wenn eine kleine Zahl
von Personen abstimmt, das Wahlgeheimnis nicht völlig gewahrt
werden könne. Aber selbst angenommen, daß die Abstimmung eine
total geheime wäre, so sind die Wahlmänner von vornherein
stigmatisiert, und insolge dessen ist das

geheime Wahlrecht auf dem Lande nicht gesichert.

Es ist Tatsache, daß für die oppositionellen Parteien,
in erster Linie für die Sozialdemokratie, das geheime Wahl-
recht durch die Einführung der indirekten Wahl vollständig ent-
wertet wird, und es ist auch eine

ganz unsinnige und illoyale Andrede,

wenn man behaupten wollte, wir hätten auf die Beseitigung der
indirekten Wahl keinen Wert gelegt. Das galt doch nur gegenüber
der Regierungsvorlage, für den Fall, daß die öffent-
liche Abstimmung beibehalten wäre, denn dann wäre das
Zugeständnis der direkten Wahl so gut wie wertlos gewesen.
Dann mußte ja schon der Urwähler Farbe bekennen, dann

setzte sich schon der Urwähler dem Terror aus! Auf die Idee, daß
die geheime Wahl mit der indirekten verknüpft werden
könnte, konnte so leicht kein normaler Mensch verfallen. Die „Berliner
Volkszeitung“ schrieb ja auch, es sehe so aus, als ob Irrsinnige diese
Bestimmung geschaffen hätten!

Nun könnte sich vielleicht einer der Herren vom Zentrum darauf
berufen, daß ja auch im Jahre 1848 die indirekte Wahl mit der
geheimen verbunden gewesen sei. Gewiß, aber damals wollte man
die indirekte Wahl, weil man glaubte, vermittelt der Wahl-
männer das Votum der Urwähler bis zu einem
gewissen Grade korrigieren zu können. Damals stellten
sich die Reaktionen auf den Standpunkt, daß die Wahlmänner
reaktionärer wählen würden als die Urwähler; aber auch
die Radikalen standen auf dem Standpunkt, daß die Wauern
auf dem Lande so rückständig seien, daß ihr Votum zu reaktionär
ausfallen würde, wenn es nicht durch einsichtigeren
Wahlmänner korrigiert werden könnte! In Preußen
ist ja damals die Frage nicht diskutiert worden, aber im Frankfurter
Vorparlament sind sogar radikale Leute wie Vogt aus diesem
Grunde für die indirekte Wahl eingetreten. Sie (im Zentrum)
sehen aber nicht auf diesem Standpunkt! Sie sind der Meinung,
daß die Urwähler den Ausschlag geben sollen und daß die Wahl-
männer öffentlich abzustimmen haben, damit die Urwähler eine
Kontrolle besitzen! Das Zentrum müßte begreifen und hat
ja auch zweifellos begriffen, daß die direkte Wahl in Verbindung mit
der geheimen Urwahl absurd ist. Ja, noch mehr, daß diese Ver-
koppelung eine Verkümmung, eine Verschandelung,

eine Entamotierung des Wahlrechts

für einen großen Teil der Wähler ist. Das Zentrum wachte ganz
genau, daß die Preisgabe der indirekten Wahl nichts anderes
ist als ein Verrat am geheimen Wahlrecht! Das Kompromiß ist
zweifellos ein Tribut des Zentrums an die Junker. Das Zentrum
behauptet allerdings, es sei nichts zu erreichen gewesen, aber durch
sein Verhalten macht es seine angeblichen demokratischen Grundzüge
selbst lächerlich.

Ist denn das Zentrum stets so ängstlich gewesen, hat es
sich stets so verzagt und schwachmütig gezeigt? Nein,
nur hier, wo es sich um die Sicherstellung von Volksrechten handelt,
verzagt es, anstatt einmal wie gestern Herr v. Pappenheim
mit der Faust auf den Tisch zu schlagen!

Aber seinerzeit bei dem Kulturkampf hat es seinen Mann
gestanden, den Kampf aufgenommen und ihn sieg-
reich durchgeführt! Wo die kirchlichen Interessen in
Frage kommen, da wagt das Zentrum alles, aber hier in Sachen des
Wahlrechts hat es kleinlich verzagt, hier meint es, es müßte
nachgeben, ohne daß auch nur der geringste Grund dazu vorliegt.
Während des Kulturkampfes war das Zentrum ganz oppo-
sitionell und hatte dadurch die größten Erfolge. Um so
verwunderlicher ist es, daß das Zentrum jetzt, wo es sich um einen
Kampf für Volksrechte handelt, den Kampf nicht aufnimmt!

Sie dürfen auch nicht glauben, daß Sie Ihre Haltung durch
eine Hege gegen die Sozialdemokratie beschönigen
können, daß Sie etwa mit der „Germania“ sagen könnten, nur die
Sozialdemokratie werde durch dies Wahlgesetz geschädigt,
und da sei es begreiflich, daß sich die Sozialdemokratie gegen das
Kompromiß wende. Nein, das Kompromiß richtet sich gegen die
ganze politische Selbstbestimmung,

gegen die Demokratie überhaupt,

indem es einen großen Teil der Wähler der Möglichkeit der
geheimen Abstimmung beraubt. Wenn die „Germania“ erklärt hat:
besonders die Sozialdemokraten ärgern sich, weil ihr Terrorismus
vereitelt wird — ach, meine Herren, wir wollen gar keinen
Terrorismus ausüben. Das wollen wir dadurch beweisen, daß
wir für den freisinnigen Antrag stimmen werden. Die „Freis. Zeitung“ hat ja zugestanden, daß wir hier Terror üben
können. In Ihrer heutigen Nummer schreibt sie:

„Natürlich wäre dann auch der Sozialdemokratie die Aus-
übung des Terrorismus gegen die anderen Parteien möglich —
und was die radikale Linke gegenüber bürgerlichen Wahlmännern
zu leisten imstande ist, hat sie ja namentlich bei den Berliner
Landtagswahlen ausreichend bewiesen. Aber hier handelt es sich
um großstädtische und industrielle Bezirke, bei denen lediglich die
Liberalen gegenüber den Sozialdemokraten in Betracht kommen.
Die Konservativen haben dabei nichts zu verlieren
und daher kümmern sie sich um den sozialistischen
Terror nicht. Mögen die Liberalen und insbesondere die
Freisinnigen sehen, wie sie sich Wahlmänner beschaffen,
die der Arbeiterschaft gegenüber völlige wirtschaftliche Unabhängig-
keit besitzen, was kümmert das die Junker!“

Also Sie sehen, daß das leitende Organ des Freisinn erklärt:
die sozialdemokratische Arbeiterschaft in den Großstädten vermag
einen großen Einfluß auf die Wahlmänner auszuüben, wenn die
Abstimmung eine öffentliche bleibt. Nun, wir wollen keinen
Terror ausüben, und ich werde das dadurch beweisen, daß ich
nicht für die öffentliche Wahl stimme, obgleich das ja nach
der Argumentation der „Freisinnigen Zeitung“ in unserem
Interesse liegt. Sie sehen also, daß auch mit dem Terror-
schwandel und gegenüber absolut nichts gemacht werden kann.
Ob solcher Terrorismus überhaupt in dem Maße möglich
wäre, wie die „Freisinnige Zeitung“ behauptet, ist eine
Sache für sich. Ich halte es auch nicht gerade für geschickt,

daß in einem solchen Kampfe, wo die gesamte Linke zusammenstehen sollte,

das führende Organ der freisinnigen Volkspartei die Sozialdemokraten attackiert!

Aber es ist nun einmal geschehen; bei der „Freisinnigen Zeitung“ wundere ich mich darüber nicht, ich rege mich darüber auch nicht auf.

Die „Germania“ meinte, wie beklagten, daß der sozialdemokratische Terrorismus ausgeschaltet werden sollte — nein, im Gegenteil, wir beklagen und bedauern die Aufrechterhaltung des reaktionären Terrors, wie er künftig auf dem Lande geübt werden kann und wird. Dieser Terror ist ganz unbestreitbar, und es ist unüberlebensfähig, daß das Zentrum sich durch seine Kompromißpolitik hier nur

zum Handlanger des Freiherrn v. Zedlitz

gemacht hat, der da verlangt hatte, daß mit zweierlei Maß gemessen wird, daß man zwar in den Städten den Terror der Arbeiter verhindern, aber auf dem Lande den Terrorismus der Reaktion aufrecht erhalten und den ländlichen Wählern, sofern sie oppositionell wählen wollen, die Möglichkeit der freien Wahl nehmen müsse! Nach alledem bin ich denn doch der Meinung, daß das Zentrum unmöglich auf diesem Kompromiß beharren kann, daß es sich bemühen muß, den Kopf wieder aus der Schlinge zu ziehen. Eine Brücke könnte es sich schlagen dadurch, daß es für den freisinnigen Antrag stimmt, ferner durch eine Bestimmung, wonach die Wahlmänner aus dem ganzen Wahlkreis gewählt werden können, weiter durch eine Sicherung der geheimen Wahl dadurch, daß die Stimmgabe in einem geschlossenen Raum vorgenommen wird und namentlich durch einen Antrag auf Einführung einheitlicher Wahlurnen, die jede Wahlmanipulation unmöglich machen. Das wäre natürlich nur der allererste Schritt zum Rückzug für das Zentrum, denn alle Sicherungen, die hier getroffen werden könnten, würden ja die Schäden des Kompromisses nicht beseitigen, sie würden nicht daran ändern, daß die größte Zahl der Wähler auf dem Lande nicht so wählen kann, wie es ihrer Ueberzeugung entspricht. Handelt das Zentrum nicht so, wie ich es angebeutet habe, dann muß es sich den Vorwurf gefallen lassen, daß es Herrn v. Zedlitz Handlangerdienste geleistet und einen

infamen Verrat an dem Wahlrecht

geübt hat!

Vorsitzender: Einen solchen Ausdruck dürfen Sie in Bezug auf Mitglieder des Hauses nicht gebrauchen.

Ein Nationalliberaler spricht sich für den freisinnigen Antrag aus und erklärt, man müsse ernstlich erwägen, ob das Ziel der geheimen Wahl noch erreicht wird, wenn man sie mit der indirekten Wahl verknüpft.

Der Zentrumsredner von vorher erwidert unserem Genossen in sehr erregter Stimmung und wirft ihm unter andern vor: wenn er erst fünf oder sechs Jahre im Parlament sitzen würde, würde er sich schämen, solche Reden in der Kommission zu halten. (Diesen Ausdruck trägt der Vorsitzende nicht.) Das Zentrum habe nur mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten einen Kompromiß mit den Konservativen geschlossen. Es werde bei der zweiten Lesung einen Antrag einbringen, wonach die Auswahl der Wahlmänner sich in weiterem Kreise vollziehe. Gerade um das Wahlgeschäft zu einem reellen Geschäft zu machen, müsse man die Wahlmänner verpflichten, öffentlich abzustimmen, damit die Wähler wissen, ob ihre Vertrauensleute ihr Versprechen halten.

Ein Freisinniger weist darauf hin, daß die Regierungsvorlage von den Kompromißparteiern in ihr Gegenteil verkehrt sei; statt der öffentlichen und der direkten Wahl sei die geheime und indirekte Wahl eingeführt, noch dazu unmittelbar nachdem der Minister erklärt habe, daß dadurch das Zustandekommen der Vorlage äußerst gefährdet sei. Allerdings wolle solche Erklärung angesichts des Verhaltens der Regierung bei der Reichsfinanzreform nicht beängstigen. Wäre das Zentrum logisch, dann dürfte es sich überhaupt nicht auf die indirekte Wahl einlassen. Was hier der Zentrumsredner über Kompromisse gesagt habe, stimme nicht, denn solche Kompromisse würden doch bei jeder Reichstagswahl abgeschlossen und gewöhnlich auch gehalten.

Ein konservativer Redner nannte die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners „redaktionelle Ergüsse“. Wenn der sozialdemokratische Redner gemeint habe, das Kompromiß des Zentrums sei ein Tribut an die Junker, so frage er, wo denn eigentlich die Junker zu finden wären. Die konservativen Abgeordneten seien „ehrliche Arbeiter“. Der Junker im Sinne des sozialdemokratischen Redners existiere gar nicht in Wirklichkeit, sondern sei nur eine dem „Kladderadatsch“ entnommene Figur. Die Sozialdemokraten hätten kein Recht, sich über den Terror anderer zu belügen, da sie bekanntlich selbst den schlimmsten Terror geübt, nicht nur bei der öffentlichen, sondern auch bei der geheimen Wahl. Die Sozialdemokraten seien die schlimmsten Feinde der Freiheit.

Ein zweiter Zentrumsredner versucht nochmals, das blaueschwarze Kompromiß zu beschönigen. Das Zentrum habe die verständige Politik verfolgt, da nicht alles zu erreichen gewesen sei, wenigstens das geheime Wahlrecht zu sichern. Die wichtigste Frage sei ja die geheime Wahl gewesen. Daß die geheime Wahl bereits mit 15 gegen 13 Stimmen von der Kommission angenommen gewesen sei, habe nicht genügt. Die Majorität sei zu klein gewesen, als daß man habe erwarten dürfen, daß Regierung und Herrenhaus ihren Widerstand gegen das geheime Wahlrecht aufgeben hätten. Der Vertreter der Sozialdemokratie habe in einer früheren Sitzung selbst erklärt, daß er der Befestigung der indirekten Wahl keine allzu große Bedeutung beimesse. Jetzt aber, da das Zentrum in dieser unwesentlichen Frage nachgegeben habe, erhebe die Sozialdemokratie ein großes Geschrei. Die Angriffe der Sozialdemokratie bewiesen, daß sie das Zentrum für ihren gefährlichsten Gegner halte. Diese Angriffe ließen das Zentrum aber kalt. Die Sozialdemokratie werde vor dem Zentrum dereinst noch die Segel streichen müssen.

Es ist inzwischen ein Schlußantrag eingegangen, der sich natürlich gegen den sozialdemokratischen Redner richtet, der auf der Rednerliste an zweiter Stelle steht. Auf die Beschwerde des politischen Vertreters, daß seine Partei überhaupt noch nicht in dieser Frage zum Wort gekommen sei, wird ihm noch das Wort gegeben. Er bemerkt, daß das Zentrum in Oberböhmen gar nicht genug unabhängige Männer habe, um die Wahlmännerposten zu besetzen. Dort könnten die Polen und die Grundbesitzer das Zentrum einfach erdrücken. Dieses handle daher im eigenen Interesse, wenn es dafür Sorge, daß die Wahlmänner nicht dem Stimmbezirk angehören brauchten, sondern aus dem ganzen Wahlkreis entnommen werden könnten.

Ein erneuter Schlußantrag macht hierauf der Debatte ein Ende.

Ein unentdecktes Vorkommnis in einer Kommission,

wo es bisher geschlossen war, die Debatte solange fortzusetzen, bis sie durch Erschöpfung der Verhandlung ihr natürliches Ende gefunden. Also auch die Kommissionen arbeiten jetzt mit dem Maulkorb, um den Vertretern der Sozialdemokratie das Wort abzuschneiden und damit die Möglichkeit zu nehmen, sich gegen die Angriffe der Gegner zu verteidigen. Trotzdem ein konservativer und zwei Zentrumsredner in der ausgiebigsten Weise gegen den sozialdemokratischen Vertreter polemisiert hatten, schritt man diesem rücksichtslos das Wort zur Erwidmung ab. Die Geschäftsführung des Dreiklassenhauses wird immer strenger und korrupter! Bei der Abstimmung wird der freisinnige Antrag auf Einführung der geheimen Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner mit 19 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag stimmen die Nationalliberalen, Freisinnigen, der Sozialdemokratie

und der Pole. Die Kompromißfassung des § 23 wird alsdann mit dem gleichen Stimmenverhältnis angenommen. Daraus wird der Rest der Vorlage ohne wesentliche Debatte angenommen.

In persönlicher Bemerkung bedauert der sozialdemokratische Vertreter, daß ihm durch den Schluß der Debatte die Gelegenheit zur Vertagung gegen die irigen und entstehenden Behauptungen der gegnerischen Redner abgeschnitten worden sei. Er müsse sich daher mit folgenden persönlichen Bemerkungen begnügen:

Wenn der erste Zentrumsredner gemeint habe, er, der sozialdemokratische Redner, werde sich in fünf oder sechs Jahren wahrscheinlich schämen, in einer Kommissionsverhandlung derartig allgemeine Ausführungen gemacht zu haben, so erkläre er demgegenüber, daß er sich umgekehrt selbst in 12 oder 15 Jahren schämen werde, bei einer so wichtigen politischen Frage nicht auch größere und allgemeinere Gesichtspunkte in die Debatte hineinzuziehen und sich zu der Auffassung der Ueberreife, der Jaulnis zu belassen, daß so wichtige politische Fragen in der Form kleinlicher Schwärzpolitik zu erledigen seien. — Der konservativer Redner habe sich über seine Wiederholungen, seine redaktionellen Ergüsse beschwert. Dabei habe dieser konservativer Redner sich selbst nicht geschämt, den unsinnigen Vorwurf zu wiederholen, daß die sozialdemokratische Partei sogar bei der geheimen Abstimmung Terror übe! — Der zweite Zentrumsredner habe entgegen den Tatsachen behauptet, daß der sozialdemokratische Vertreter die Frage der direkten oder indirekten Wahl überhaupt für gleichgültig erklärt habe. Diese unrichtige Darstellung habe er nur machen können, indem er die heutigen Ausführungen des sozialdemokratischen Vertreters bewußt und geistlich ignoriert habe! —

Die Kommission beschloß zuletzt gegen den lebhaften Widerspruch der Linken, die Beratung über die Resolutionen betreffend die Neueinteilung der Wahlkreise erst nach der zweiten Lesung in der Kommission vorzunehmen. Das bedeutet nichts anderes, als daß der blaueschwarze Antiwahlrechtsblock die Wahlrechtsveränderung erst vollständig durchgeführt sehen will, bevor er sich dazu herbeiläßt, die Anträge auf Neueinteilung der Wahlkreise in den Papierkorb zu sperieren!

Die zweite Lesung der Kommission soll am Donnerstag nächster Woche beginnen. Man hofft, die zweite Lesung dann spätestens am Freitag oder Sonnabend beenden zu können.

## Wahlrechts-Demonstrationen sind Aufruhr.

Halle, 23. Februar.

Die Halle'sche Polizeibehörde veröffentlicht eine „amtliche Darstellung“ der blutigen Vorgänge am 13. Februar, die alle Schuld an der Rebele von der Polizei abwälzt und den Demonstranten zuschiebt. Das Schriftstück wimmelt nur so von Entstellungen und unwahren Behauptungen. Namentlich wird behauptet, daß der erste Angriff der Polizei auf die Volksmenge erfolgte, weil mit Faustgroßen Steinen nach den Beamten geworfen worden sei. Die Polizei hat natürlich alle Ursache, gerade diesen Angriff mit scharfer Waffe zu reaktifizieren, weil aus ihm sich alle Weiterungen des Tages ergaben. Es kann und wird jedoch durch Hunderte von Augenzeugen festgestellt werden, daß die Polizisten dreinschlugen, bevor die Menge auch nur das geringste ahnen konnte. Der Angriff erfolgte von der Hauptpost aus. Ein Kommando von etwa 50 Polizisten mit einem Kommissar an der Spitze kam aus der Großen Steinstraße vom Markt her auf den Postplatz. Die abziehenden Demonstranten sahen und die in der Nacht vorher scharf geschliffenen Säbel herausziehen, war eins. Dann, ohne daß irgendeine Aufforderung, auseinanderzugehen, vernommen, wurde dreingehauen und die Menge bis zum Stadttheater getrieben. Bei dieser Gelegenheit wurden mehrere Personen verletzt, darunter auch ein Kind. Dieser Vorgang brachte die Menge zur Erbitterung und es sauste dann ein Stein gegen den kommandoführenden Beamten, der inzwischen mit einem starken Polizeiaufgebot auf der anderen Seite erschienen war. Wer den Stein, der übrigens niemand traf, geworfen, konnte nicht ermittelt werden. Jedenfalls gab unmittelbar hierauf der Polizeikommissar den zweiten Befehl zum Platzgehen, der weitere Verletzungen im Gefolge hatte.

Gewissenhaft zählt nun der amtliche Bericht jeden Steinwurf auf, der irgend einen Beamten traf oder — treffen konnte. So steht da, daß zwei Polizeibeamte am Helm verletzt wurden, einem fiel ein Bierglas vor die Füße, einem soll der Säbel durch Stoßschläge unbrauchbar gemacht worden sein usw. Nur einen einzigen Beamten weiß der amtliche Bericht anzugeben, der eine blutende Wunde erhielt und zwar durch einen Stoßschlag. Alle diese Dinge sind aber erst geschehen, nachdem die Masse, zu der sich natürlich auf die Kunde von Zusammenstößen zweifelshafte Elemente gesellten und die nachweislich von Spiegeln begleitet wurde, durch die blutigen Ergüsse der Polizei zur maßlosen Empörung gebracht worden war. Es ist also fraglos die Schuld der Polizei, wenn der oder jener der Beamten mit einem Steinwurf bedroht worden ist. Die Polizeiverwaltung hat ja selbst auch in allerdings nichtoffiziellen Mitteilungen zugegeben, daß Mißgriffe ihrer Organe „vorgekommen sein könnten“. In der amtlichen Darstellung steht davon freilich nichts.

Nun aber wird in dem Bericht — und das läßt seine Absichten zur Genüge erkennen — gesagt, daß die Polizei nicht daran zweifelte, daß „selbst der sozialdemokratischen Parteileitung ein gewaltsamer Zusammenstoß mit der Polizei von vornherein beabsichtigt war“. Diese schmähliche Verleumdung soll dadurch begründet werden, daß — Mitglieder der Arbeiter-Samariter-Kolonie, die später den Verwundeten beifprangen, die von der Polizei nicht nur liegen gelassen, sondern auch mit Füßen getreten wurden, mit im Zuge waren! Die Arbeiter-Samariter sind bei jeder größeren Veranstaltung der Arbeiterschaft anwesend, also auch in den gewaltigen Demonstrationsversammlungen, und naturgemäß gingen auch sie nach deren Beendigung nach Hause. Der Polizeibericht verschweigt aber, daß in einer Schleiferei die Arbeiter die ganze Nacht zum Sonntag hindurch arbeiten mußten, um alle Polizeisäbel scharf zu bekommen! Angesichts dieser Tatsache magt man es zu behaupten, daß die sozialdemokratische Parteileitung gewaltsame Zusammenstöße vorbereitet hat. Zu einer solchen strechen Verleumdung hat man sich wohl in keiner der Städte, wo der Polizeisäbel wütete, aufgeschwungen.

Auch weitere Seiten weist der Bericht auf. So behauptet er, daß „man“ einer großen Anzahl Kinder je fünf Pfennige gegeben habe, damit sie die

Polizei belästigten. Von den Steinen, mit welchen die Beamten bedroht worden sein sollen, weiß der Bericht zu erzählen, daß sie von den Demonstranten bei sich geführt wurden. — Wahrscheinlich rohen die Steine sozialdemokratisch. —

Zum Schluß wird verkündet, daß gegen 33 Personen Verfahren wegen Aufruhrs bezw. Aufschlags schweben. 31 Personen will man wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen belangen, elf wegen Verübung groben Unfugs, neun wegen Beamtenbeleidigung, zwei wegen Widerstandes und eine wegen Gefangenensbefreiung.

Die Gerichtsverhandlung wird den Polizeisandal von Halle aller Welt in vollem Glanze offenbaren.

## Der Wahlrechtskampf.

Die Frankfurter Blutnacht vor der Strafkammer.

Frankfurt a./Main, 21. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Heute fand vor der hiesigen Strafkammer die Verhandlung gegen den Genossen Hergert statt, dessen Verhaftung bei der Demonstration am Donnerstag so unheilvolle Folgen hatte. Die Anklage lautete auf Widerstand gegen die Staatsgewalt und groben Unfug (§§ 118 und 300 des Strafgesetzbuchs). Die Verhandlung gestaltete sich zu einer ungeheuren Niederlage und Blamage der Polizei. Es wurde erwiesen und von dem Gericht als wahr unterstellt, daß vor dem Zug ein Mann mit einem Hut auf einem Stod herließ und die Menge zu Rufen aufforderte. Dieser Mann, den die Schutze, die als Zeugen heute auftraten, nicht gesehen haben wollen, wurde von mehreren Entlassungszeugen als Späher bezeichnet. Erwiesen wurde, daß Hergert nicht Führer des Zuges war, sondern im Gegenteil getrennt der Parteiparole die Masse aufforderte, seinen Zug zu bilden. Er brachte lediglich Hergert aus. Der Angeklagte und sein Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Winzheimer, bestritten die Verhaftung der Verhaftung. Widerstand könne schon allein deswegen nicht in Betracht kommen. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und vier Wochen Haft wegen groben Unfugs. Der Verteidiger beantragte Freisprechung. Das Urteil bedeutet eine Ohrfeige für die Polizei und den Minister des Innern, der in seiner Landtagsrede vom Mittwoch von Anführern und Aufwieglern sprach. Hergert wurde wegen Widerstands zu 120 Mark Geldstrafe und wegen groben Unfugs zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Die 30 M. wegen groben Unfugs wurden durch die Untersuchungsgefängnis verhängt erachtet. Der Haftbefehl wurde aufgehoben. In der Begründung des Urteils stützte sich das Gericht auf die Aussage des Schutzmannes, der die Verhaftung vornahm. Dieser habe das Auseinanderdrücken der Arme Hergerts als einen Befreiungsversuch und als Widerstand empfunden. Dadurch sei der Widerstand erwiesen. Auch grober Unfug liege vor. Die Verhaftung sei objektiv berechtigt gewesen!

Eine neue Demonstration in Frankfurt a. M.

In Frankfurt a. M. wird am nächsten Sonntag eine gemeinsame Wahlrechtsdemonstration der Sozialdemokraten, der demokratischen und der neuen demokratischen Partei stattfinden. Geplant ist eine Versammlung unter freiem Himmel auf der Hundswiese und ein Demonstrationszug durch die Stadt.

Die blutbefleckte Unterhose — Aufreizung zum Klassenhaß.

Der Genosse Düntz von der „Frankfurter Volksstimme“ wurde am Mittwoch zum Untersuchungsrichter bestellt, wo ihm mitgeteilt wurde, daß ein Verfahren auf Grund des § 130 (Aufreizung) gegen ihn anhängig gemacht worden sei. Das Verbrechen soll begangen sein durch die Ausstellung der blutbefleckten Unterhose des schwer verwundeten Genossen Köhler im Schaufenster der Expedition der „Volksstimme“, Köhler, der Invalid ist, wurde von der Polizei zu Boden geschlagen, weil er dem Befehl: Laufen Sie! nicht nachkommen konnte. Er liegt zurzeit schwer krank im Heiliggeist-Spital; ein Schuß aus der Browningpistole ist ihm durch das linke Bein gegangen, ein zweiter streifte den Kopf und ein dritter Schuß blieb im rechten Bein oberhalb einer silbernen Nöhre (die ihm dort vor Jahren nach einem Wundfall eingestekt wurde) stecken. Außerdem hat Köhler noch einen Säbelhieb über das Gesicht erhalten und zwar, als er schon am Boden lag.

Die Debatte, daß die Ausstellung der blutbefleckten Unterhose eines Polizeioffiziers eine Aufreizung zum Klassenhaß sei, ist eine juristische Grobheit, die wahrhaft beräufelnde Perspektiven eröffnet. Auf die Begründung der Anklage darf man gespannt sein.

Die christlichen Arbeitersekretäre und die Wahlreform.

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben: Die ultramontanen Blätter suchen unsere Mitteilung von der Zusammenkunft der rheinischen christlichen Arbeitersekretäre und ihre Stellungnahme zum Wahlrechtsentwurf als frei erfunden hinzustellen. Es steht indes fest, daß die Konferenz in Düsseldorf getagt hat. An ihr hat auch der Reichs- und Landtagsabgeordnete Giesberts teilgenommen und es ist ihm ein gebundenes Mandat mit nach Berlin gegeben worden. In dieser Konferenz ist von einigen Arbeitersekretären, die noch wegen der Stellung Giesberts zur Erbschaftsteuer mit ihm in schwerer Feindschaft liegen, gesagt worden, daß sie sich bedanken würden, ihn nochmals heranzuholen. Auf Veranlassung dieser Konferenz ist Giesberts auch in die Wahlreformkommission gewählt worden. Es ist ihm ausdrücklich gesagt worden, wenn er sich in die Enge gedrückt sieht, wenn er Abstimmungen befürchtet, die ihm gefährlich werden können, so soll er sich von einem anderen Abgeordneten vertreten lassen, der nicht so wie er in dem Vordergrund der Arbeiterbewegung steht. Im Landtage selbst soll Giesberts möglichst eine Agitationsrede halten.

Die Ablehnung der ultramontanen Blätter erntet daran, daß auch die damals in Essen im Kriegerheim tagende Konferenz, in der Giesberts so gründlich der Kopf wegen seiner Haltung in der Reichsfinanzreform gewaschen wurde, so lange abgelehnt wurde, bis sie eben nicht mehr abzuleugnen war.

Die Wahlrechtsfrage in den Stadtparlamenten.

Auch die in der Halle'schen Stadtverordnetenversammlung sitzenden Genossen haben einen schleunigen Wahlrechtsantrag eingebracht. Außer unseren Genossen haben den Antrag, der am kommenden Montag verhandelt wird, 11 bürgerliche Stadtverordnete mit unterzeichnet.

Die Stadtverordnetenversammlung in Solingen nahm am Dienstag ohne Begründung und Debatte einstimmig nachstehenden sozialdemokratischen Antrag an: „In Erwägung, daß die Wahlrechtsvorlage der Regierung zum Preussischen Landtag weder eine den Einfluss der Städte und der Industrie berücksichtigende neue Wahlkreiseinteilung, noch eine

Beseitigung der höchst ungerechten Klassenwahl, nach die Abschaffung der öffentlichen Stimmabgabe vorschleibt, beschließt die Stadtverordnetenversammlung, die Verwaltung zu beauftragen, an das Haus der Abgeordneten eine Petition zu richten, in welcher um Ablehnung der Regierungsvorlage und entsprechende Abänderung im Sinne obiger Ausführungen ersucht wird.

### Die Zensur nach 1848!

In Preußen hat die Polizei Blatte der Demokraten, die zu Versammlungen einladen sollten, worin gegen die Wahlvorlage protestiert werden sollte, anzufragen verboten. Das Wort „protestieren“ hatte es ihr angetan. Sie bildet sich wohl ein, wenn sie das Protestieren verbietet, sei das Volk zu friedlich? Wie herrlich weit haben wir es doch unter der Konterrevolution seit 1849 gebracht!

Trotz der polizeilichen Verhinderung der Anzeige durch Blatte war übrigens am Mittwochabend die Versammlung der Demokratischen Vereinigung sehr stark besucht, allerdings zu einem großen Teil von Sozialdemokraten.

Die Ausführungen des Redners v. Gerlach besonders über die Uebergänge der Polizei fanden stürmischen Beifall. Die Versammlungen zogen nach Schluß der Versammlung auf den Wälderplatz und den Ring, wo sie sich auf die Straße ausbreiteten und den Wahlrechtsvers der Parzelliste sangen, bis die Polizei die Demonstration zerstreute.

## Herr Cassel als freiwilliger Regierungskommissar.

Herr Oscar Cassel, einer der freisinnigen Vertreter Berlins, ist zwar nur zum Geheimen Justizrat ernannt, und auch das nur, weil die Regierung in der verflochtenen Blodäre das Bedürfnis verspürte, dem Freisinn ab und zu einen Brocken zuzuwenden, aber er hat den Ehrgeiz, Geheimen Regierungsrat zu werden. Da die Aussichten hierfür recht gering sind, so begnügt er sich einstweilen mit der Rolle eines freiwilligen Regierungskommissars. Wäre die Sache nicht so tief traurig, so könnte man darüber lachen, wie eifrig er sich in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom Donnerstag, in der die Generaldebatte zum Etat des Ministeriums des Innern fortgesetzt wurde, der armen, unschuldigen, von der Sozialdemokratie verfolgten Polizei annahm, wie er insbesondere die Berliner Polizei bis in den Himmel erhob, weil es am 13. Februar nicht zum Blutvergießen gekommen ist, und wie er sogar nicht einmal das vor Gericht an den Pranger gestellte Verhalten der Polizei im Anschluß an die Ferrer-Versammlungen mißbilligte! Wenn jemand, der die politischen Verhältnisse Preußens nicht kennt, der besonders die Geschäfte des Freisinn nicht studiert hat, diese Rede mitangehört hätte, so könnte er, falls er weiß, daß Herr Cassel im Nebenamt stellvertretender Vorsteher der Berliner Stadtverordnetenversammlung ist, auf die Vermutung kommen, daß Cassel ihm am besten darüber Auskunft zu geben vermöchte, auf wessen Anordnung am vorigen Donnerstag das Rathaus durch Polizei besetzt war. Wir nehmen es dem biederen Freisinnführer ja nicht übel, wenn ihm schon bei dem bloßen Gedanken an Strafendemonstrationen das Herz in die Hosen fällt, wir haben auch nichts dagegen, daß er sich zum Verteiliger der Polizei aufwirft; was wir ihm aber vorwerfen, das ist: daß er in einem Moment, wo das Proletariat alles aufbietet, um Vollrechte zu erringen, dem kämpfenden Proletariat in so niederträchtiger Weise in den Rücken fällt.

Hatte es in den letzten Wochen zeitweise so geschienen, als sei es auch dem Freisinn mit seinem Wahlrechtelampf ernst, so muß man nach dem unverantwortlichen Auftreten Cassels doch recht sehr an der ersten Absicht seiner Parteifremde zweifeln. Innere Genossen haben von der Tribüne des Landtags herab wiederholt erklärt, daß sie bereit sind, Schulter an Schulter mit allen wirklichen Freunden des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts den Kampf gegen die Regierung und die Reaktion zu führen. Jetzt endlich hat einer der Führer des Freisinn die Antwort darauf erteilt. Sie ist so ausgefallen, wie wir es vermuteten: Um das höchste Wahlrecht zu kämpfen, lohnt sich für einen Freisinnmann nicht; man fasse sich in Geduld und warte, bis einem das Wahlrecht von oben bescheidet wird. Wahrscheinlich die Reaktion wird ihre Freude an Herrn Cassel haben! Als Milderungsgrund könnte man höchstens gelten lassen, daß Herr Cassel seit Mächten von Dolchen, Kerdoldern und gestohlenen Pfeiler träumt und sich in die Idee hineingeredet hat, daß die Sozialdemokraten ohne diese Dinge nicht auf die Straße gehen.

Vor Herrn Cassel hatte der Freisinnler Graf Molke eine Vorstellung gegeben, und wie wir offen eingestehen wollen, eine recht heitere Vorstellung. Der edle Graf zog aus die Sozialdemokratie zu vernichten, der Effekt seiner Rede aber war, daß er sich unsterblich blamierte. Als Beispiel aller Tugenden schwebt ihm der Reichstagsverband vor Augen, den zu übertrumpfen sein höchste Ehrgeiz ist. So erging er sich dem eine Stunde lang in Verdächtigungen, Beschimpfungen und Verleumdungen unserer Partei, wobei er sich der ältesten, längst widerlegten Märchen bediente, auf die einzugehen an dieser Stelle nicht lobt. Mit einem Gegner, der sich nicht entblödet, die sozialdemokratische Presse als Revolberpresse zu bezeichnen, der die Wahlrechtslämpfer auf eine Stufe stellt mit dem einen Zerstörerladen plündernden Mob, mit einem solchen Gegner lassen wir uns auf Auseinandersetzungen nicht ein. Die Ehre erweisen wir ihm nicht! Im Junkerparlament mag Graf Molke ernst genommen werden, da jubelt man ihm Beifall zu, aber außerhalb des Dreiklassenparlamentes dürfte es nur wenig Menschen geben, die ihn als „Erfolgs“ beneiden.

Welchen Wert die Behauptungen des freisinnigen Redners haben, das wurde ihm noch in derselben Sitzung durch den Abgeordneten Smita la gezeigt, der das vom Grafen Molke gefälschte genährte Märchen vom „Reichstaat“ Preußen an der Hand standalöser Vorgänge aus den polnischen Landestheilen gründlich zerstückte und den Polizeistaat Preußen in seiner ganzen schamlosen Nacktheit enthüllte. Besonders eindrucksvoll war das Kapitel: „Epizetum und Probotation“, das der Redner am Schluß seiner Ausführungen behandelte. Klamentlich der Spiegel Rakowski wurde dadurch endlich verdientermaßen an den Pranger gestellt, aber nicht nur er, sondern mit ihm die ganze politische Geheimpolizei.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Februar 1910

### Sozialpolitik für Arbeiter.

Aus dem Reichstag, 24. Februar. In den mehrtägigen Debatten zum Etat des Reichsamt des Innern hatte der Staatssekretär Delbrück es bisher nicht für nötig befunden, auf Arbeiterfragen einzugehen. Den Signalen der bürgerlichen Redner folgend, hatte er sich über Handels- und Mittelstandspolitik verbreitet, sich die Arbeiterfragen aber durch eine nebenfällige Bemerkung für später vor-

behalten, trotzdem Genosse Fischer mit hinreichendem Nachdruck diese Fragen angeschnitten hatte.

So kam heute als zweiter sozialdemokratischer Redner Genosse Hoch zum Wort, ohne daß der vorsichtige Herr Delbrück ihm Gelegenheit gegeben hatte, ein sozialpolitisches Regierungsprogramm kritisch beleuchten zu können. Hoch nahm zunächst Anlaß, die Delbrück'schen Ausführungen über die Syndikate und Kartelle durch eine Perspektive über die zukünftige Entwicklung des Wirtschaftslebens zu vervollständigen: Jetzt schon beherrscht eine kleine Zahl Großindustrieller und großer Bankherren die Produktion. Mit Riesenschritten führt die Entwicklung zu dem Zeitpunkt, der die Uebernahme der Produktion durch die Gesamtheit zur gebieterischen Pflicht machen wird. Jetzt schon heißt aber das riesenhaft angewachsene Heer der 16—18 Millionen Industriearbeiter eine bessere Berücksichtigung seiner Lage. Die Regierung verhält sich mehr und mehr gleichgültig ihm gegenüber. Die bürgerlichen Parteien weitern zwar in schönen Worten, sie wollen aber nichts Ernstliches tun. Graf Posadowsky habe einmal, so führte Genosse Hoch weiter aus, treffend von der argen Heuchelei gesprochen, die sich vielfach hinter dem sozialreformerischen Gerbere verberge. Was wir beäugen an Arbeiterchutz, hätten sich die Arbeiter selbst in langem Kampfe ihrer Organisation gegen Regierung und Unternehmertum erworben.

Der Minister Delbrück redete sich wegen seines langen Schweigens über Arbeiterfragen darauf hinaus, daß er nach Fischers Rede noch habe abwarten wollen, ob nicht auch bürgerliche Parteien, insbesondere das Zentrum, gleichfalls auf Arbeiterfragen zu sprechen gekommen wären, das sei aber nicht der Fall gewesen. Während nämlich der erste Redner der Zentrumspartei, Mayer-Kaufmann, nur in Handelspolitik gemacht hatte, kam der zweite, der Tischlermeister Göring aus der Pfalz, nicht über die zünftlerische Mittelstandskritik hinaus. Aber die charakteristische Umgehung der Arbeiterfrage durch das Zentrum rechtfertigt immer noch nicht, daß der Minister seinerseits beharrlich weiter schwieg, denn nach Göring war vor Hoch noch der Nationalliberale Findel und der Freisinnige Carstens zum Wort gekommen. Was Herr Delbrück jetzt aber zur Arbeiterfrage beitrug, war herzlich wenig. Er verwies auf die eingebrachten Gesetzentwürfe und kam sonst über die in Ministerreden eifrig gepflegten Allgemeinheiten nicht hinaus. Bemerkenswert ist nur, daß er erklärte, die Regelung der Arbeitszeit müsse ausschließlich der Verständigung zwischen Unternehmern und Arbeitern vorbehalten bleiben. Diese Weisheit kann man schon in den vergilbtesten Schmöckern der Manchesterei nachlesen.

Morgen geht die Generaldiskussion weiter.

### Aus der Reichstagsfraktion.

Unsere Reichstagsfraktion beschloß gestern, an Stelle des Genossen Singer — dessen Befinden sich gebessert hat, der aber durch seine Krankheit leider noch auf längere Zeit hinaus behindert ist, an den Reichstagsitzungen teilzunehmen — den Genossen Geher in die Geschäftsordnungskommission zu delegieren.

Die Fraktion beschloß ferner, beim Etat des Reichsanzers eine Resolution einzubringen, in der der Reichskanzler ermahnt wird, dafür zu sorgen, daß die Ersgewahlen zum Reichstage künftig nicht mehr in verfassungswidriger und wahlrechtswidriger Weise so verspätet anberaumt werden, wie das bisher zumeist der Fall war.

Bei der Präsidentenwahl wird die Fraktion für den Kandidaten stimmen, der von der stärksten Fraktion des Hauses, die Anspruch auf den Posten des ersten Präsidenten hat, vorgeschlagen wird.

### Ein parlamentarischer Vorrecht des Bundesrats.

Am Donnerstagvormittag trat die Geschäftsordnungskommission in die Beratung der ihr überwiesenen Anträge auf Abänderung der Geschäftsordnung ein. Zunächst wurden die Vorschläge auf Verringerung des § 48 in Angriff genommen. Auf Grund der Verfassung kann ein Bundesratsmitglied im Reichstag jederzeit das Wort nehmen, nicht nur nach Schluß der Diskussion, sondern selbst außerhalb der Tagesordnung. Der gegenwärtige § 48 der Geschäftsordnung sagt nun:

„Nimmt ein Vertreter des Bundesrats nach dem Schluß der Diskussion das Wort, so gilt diese auch neue für eröffnet.“

Für den Fall, daß er außerhalb der Tagesordnung das Wort nimmt, ist aber überhaupt keine Möglichkeit vorgesehen, daß ein Abgeordneter auf die betreffende Frage eingehen kann.

Das ist an sich ein dem parlamentarischen System widersprechendes Vorrecht. Es hat auch schon zu Mißbräuchen geführt, so als Herr Bülow im Jahre 1908 außerhalb der Tagesordnung eine Erklärung gegen die Strafendemonstrationen im Wahlrechtskampfe abgab. Die Sozialdemokraten hatten deshalb schon im Dezember 1908 bei Einbringung der Verfassungsanträge diesen Mißstand zu beseitigen gesucht, indem sie beantragten, daß der vorhin angeführte § 48, Absatz 1 den Zusatz erhalten soll:

„... nimmt er außerhalb der Tagesordnung das Wort, so ist die Diskussion über seine Ausführungen zu eröffnen.“

Dieser Antrag war auch in diesem Jahre von der Sozialdemokratie wieder eingebracht.

Dagegen beantragten die Herren Junck (nall.) und Müller-Retlingen (fr. Vp.) im Anschluß an einen vorjährigen Kommissionsbeschluß eine Abmildung dieses Antrages dahin: daß die Eröffnung der Diskussion in einem solchen Falle erst von einem Beschluß des Reichstags abhängig gemacht werden solle.

In der Debatte vertrat Genosse Ledebour den sozialdemokratischen Standpunkt mit dem Hinweis darauf, daß der Grundgedanke der Gleichberechtigung zwischen Bundesrat und Reichstag die beantragte Renierung unbedingt erforderlich mache. Tatsächlich habe bei der gegenwärtigen Praxis der Reichskanzler oder ein beliebiges Bundesratsmitglied es völlig in der Hand, eine Frage selbstherrlich auf die Tagesordnung zu setzen, indem er gleichzeitig dafür sorgt, daß ihm niemand sofort erwidern kann. Die von liberaler Seite vorgeschlagene Lösung sei aber ungenügend, da eine Mehrheit gar nicht wissen könne, ob nicht einer oder der andere Abgeordnete hinreichenden Grund zur Wortmeldung hätte. Die Konservativen Kretsch und Graf Westarp sowie die Freisinnler v. Dirksen und Schultzy bekämpften die Verringerung des § 48 überhaupt, brachten aber als Eventualanträge zum Antrag Junck-Müller allerdand Erleichterungsbestimmungen in Vorschlag. Sie alle bekämpften die Renierung auch als ein Produkt sozialdemokratischer Machtgier mit dem schweren Gefühl verfassungsrechtlicher Bedenken. Den Herren Junck und Müller schloß sich der Zentrumsabgeordnete Hoerer an in der Verantwortung des liberalen Vermittelungsvorschlags, der ja auch in der vorigen Session von dem Zentrumsabgeordneten Jochter eingebracht war.

Nach längerer Debatte wurde zunächst der sozialdemokratische Antrag mit 18 gegen 4 Stimmen (Sozialdemokraten und 2 Freisinnige) abgelehnt. Ebenso wurden abgelehnt die konservativen Eventualanträge gegen 8 Stimmen (Konservative, Reichspartei und Antisemiten). Gegen die namentlichen 8 Stimmen wurde dann mit 14 Stimmen (Nationalliberale, Freisinn, Zentrum, Polen und Sozialdemokraten) der Antrag Junck-Müller angenommen.

Die Sozialdemokraten stimmten dafür, um wenigstens ein, wenn auch abgeschwächte Möglichkeit der Antwort auf eine Regierungserklärung außerhalb der Tagesordnung zu ermöglichen.

Die nächste Sitzung findet Mittwoch, den 2. März statt.

### Herr v. Molke und das Zentrum.

Dem Zentrum genügt die schöne Straspredigt nicht, die gestern im preussischen Abgeordnetenhaus der Minister v. Molke von seiner eigenen Partei anhören mußte. Unerbittlich, wie es seinen Gegnern gegenüber ist, erscheint dem Zentrum die naive Art und Weise, in der sich der Herr Minister des Innern nach dem Rezept ertrappter Schulungen mit seiner Unwissenheit entschuldigte, noch immer nicht als eine genügende Bloßstellung der geistigen Qualitäten dieses talentvollen Ministers. Die Zentrumspreise läßt es sich deshalb nicht nehmen, dem Herrn v. Molke noch einige weitere Siege auf jenen hinteren Körperheil zu applizieren, der bei diesem Minister zweifellos der edelste von allen ist. Woran geht die „Köln. Volksztg.“, die sich in einem Artikel über die geistige Sitzung des Abgeordnetenhauses folgende boshafte Bemerkungen leistet:

„Als Abg. Dr. Bell ein amtliches Schreiben aus dem Ministerium des Innern, unterzeichnet mit dem Namen des Ministers v. Molke vorliest, der selbst dieses Pamphlet noch amtlich empfahl, da post helle Aufregung auch die Konservativen. Herr v. Heidenbrand geht zu Abg. v. Pappenheim hinaus. v. Pappenheim bespricht sich mit Herrn v. Erffa, eilt dann ins Ministerbüro, spricht kurz mit einem Geheimrat und konferiert dann wieder in sichterlicher Erregung mit seinen Parteifreunden. Die Abgg. Dr. Fuchsnide und Dr. Friedberg tuscheln eifrig zusammen. Der Unterstaatssekretär Holz redet erregt auf den Minister ein, immer wieder auf das Empfehlungsschreiben zeigend. Der Minister sitzt am Plage unbeweglich und scheint nachwachsam, als ob ihn die ganze Sache nichts anginge. Mit dem Wunsch, der Minister möge eine beruhigende Aufklärung geben, schließt Dr. Bell seine eindrucksvolle Rede, durch die das ganze Haus noch lange in Atem gehalten wird.“

Sofort erhebt sich jetzt Minister v. Molke ohne ein Zeichen äußerer Erregung, nur daß er unverständlich leise die paar Worte der Entschuldigung buchstäblich herausflottert und ferner mit einer unwilligen Handbewegung ein Manuskript seines Unterstaatssekretärs zurüd gibt, kann man als Zeichen seiner inneren Erregung deuten. Was er sagte, war naiv. Er habe das Buch nicht gelesen, nur durchgeblättert und manche Stellen darin hätten Amüßantes über politische Tagesfragen enthalten. Auch Herr Bülow habe ja das zu seinem Lob geschriebene Buch empfohlen.

Das geht auch den Konservativen zu weit, und Abg. v. Pappenheim macht seiner Entrüstung sogar in lebhaften Zwischenrufen Luft. Ohne ein Zeichen des Beifalls setzt sich der Minister nach der Rede wieder. Auf der Linken lachen ein paar Abgeordnete über die peinliche Szene.

Sofort greift Abg. v. Pappenheim den Fall auf und verurteilt ihn auf das Schärfste. Ich habe ihn noch nie in solcher Erregung gesehen. Die Worte überstürzten sich förmlich, als er dem Minister zurief: So etwas ist für uns unverständlich. Das Schreiben ist eine amtliche Empfehlung, und wir können unmöglich annehmen, daß ein preussischer Minister sich mit einem solchen Buche identifiziert. Erregt schlägt v. Pappenheim bei diesen Worten mit der Faust auf den Tisch, und die Konservativen spenden demonstrativ stürmischen Beifall.“

Das sind, wenn man die Stellung der „Köln. Volksztg.“ als des Hauptblattes einer Regierungspartei in Betracht zieht, recht bittere Sottisen. Die gestrigen Ausführungen des Herrn v. Molke zeugten zwar dafür, daß er ungewisselhaft eine sichere Anwartschaft auf den Himmel hat, der den Einmächtigen im Geiste verheißt wird; aber zu seiner Entschuldigung muß doch gesagt werden, daß seine Kollegen im Amte auch nicht auf einer viel höheren geistigen Rinne stehen und seine Intelligenz immerhin der Stufe entspricht, die Preußen als Kulturstaat unter den zivilisierten Nationen einnimmt.

### Wer wird Reichstags-Präsident?

Gegen das Gerücht, daß das Zentrum den Vizepräsidenten Dr. Spahn zum ersten Präsidenten vorschlagen will, wendet sich die „Nämliche Volkszeitung“. Sie schreibt, im Zentrum habe man nie im Ernste daran gedacht, den Anspruch auf den ersten Präsidentenposten jetzt wieder zu erheben, nachdem man erst vor knapp vier Monaten verzichtet habe, das Zentrum werde vielmehr den von den Konservativen vorgeschlagenen Kandidaten zum Reichstagspräsidenten wählen.

Ein angeblich parteiloses Berliner Blatt will wissen, daß Graf Scherwitz-Löw nicht geneigt sei, das Amt des Präsidenten anzunehmen, weshalb in konservativen Kreisen die Absicht erwogen werde, den Abg. Dietrich oder den Abg. Finl v. Finlenstein in Vorschlag zu bringen. — Warum nicht gleich den Herrn Kretsch oder den Herrn v. Oldenburg?

### Die Selbstständigkeitsbestrebungen der Reichslande vor dem Landesausschuss.

Im Landesausschuss für Elsaß-Lothringen kamen am Donnerstag die Anträge auf Abänderung der Verfassung und des Wahlrechts zur Verhandlung. Der Antrag auf Gleichstellung Elsaß-Lothringens mit den deutschen Bundesstaaten wurde mit allen gegen eine Stimme, der Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts unter Anwendung des proportionalwahlverfahrens mit allen gegen 5 Stimmen (bei einer Stimmenthaltung) angenommen.

In der Debatte über den Verfassungsantrag stellte der Abgeordnete Ditsch (Lothringer) die Frage, wie lange noch die Regierung warten wolle, um die langjährige Erregung zu beruhigen. Der Staatssekretär Born von Dulsch gab im Namen der Regierung eine Erklärung ab, wonach die Regierung ernstlich bestrebt gewesen sei, den Ausbau der Verfassung im Sinne einer größeren Selbständigkeit des Landes zu vollenden. Es sei zu hoffen, daß die erneuten Verhandlungen bald das Stadium der Erwägungen verlassen würden.

Zu der Frage des Wahlrechts erklärte der Abgeordnete Ditsch, daß die Elsaß-Lothringer für die Anwendung dieses Wahlrechts mündig seien. Born von Dulsch gab wiederum eine Erklärung ab, wonach die Regierung nicht grundsätzlich einer Umänderung des Wahlrechts abgeneigt sei; sie halte es aber für richtiger, damit zu warten, bis das Land selbst über diese Maßnahme beschließen könne.

### Zustände auf der kaiserlichen Werft in Kiel.

Es wird fortgewerkselt! Der „Berliner Volkszeitung“ wird aus Kiel berichtet: Bei der Untersuchung des mit Sand beladenen

Führerwerks eines an den Ausschachtungsarbeiten beteiligten Unternehmers, die am Werkstoff durch Werkstoffschleute vorgenommen wurde, stellte sich heraus, daß unter dem Sande zirka dreihundert Zentner Metall verborgen waren, die auf der Werkstoffschleute gefunden wurden.

### Der nervöse Polizeipräsident.

Der Polizeipräsident von Gelsenkirchen hat, trotzdem ihm vom Genossen Kreis Auklärung über die am letzten Sonntag abgehaltenen 40 Werbeversammlungen gegeben worden war, im ganzen Stadt- und Landkreis Gelsenkirchen ein ungeheures Polizeiaufgebot auf die Beine gebracht. Die Polizeibeamten wurden sämtlich mit Revolvern ausgerüstet, die Säbel waren geschliffen. In der Schreinerrei von Bruch im Stadtteil Vulske waren 20 Polizeibeamte im Bereitschaft. In Eidel sollte eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins stattfinden. Obgleich die Versammlung infolge Lokalaufhebung durch die Polizei nicht abgehalten werden konnte, waren anwesend: zwei berittene Gendarmen, ein Polizeidiener, drei Fußgendarmer, fünf Schutzleute, ein Kommissar und ein Wachtmeister.

Der Verlauf der 40 Versammlungen hat dem Polizeipräsidenten gezeigt, daß seine Befürchtungen über den „geheimen Zweck“ der Versammlungen grundlos waren.

### Oesterreich.

#### Wiederzusammentritt des Parlaments.

Wien, 24. Februar. Das Abgeordnetenhaus wählte heute nach seinem Wiederzusammentritt zu Vizepräsidenten Komancz (Katholik) und Dr. Conci (Italiener), und begann darauf die erste Lesung der Rekrutenvorlage. Landesverteidigungsminister v. Georgi empfahl schnellste Erledigung der Vorlage. Nachdem die Rekrutenvorlage dem Behrausschusse überwiesen worden war, trat das Haus in die Verhandlung der heute eingebrachten Dringlichkeitsanträge ein, unter denen sich ein Antrag Mastalka über die von Deutschland geplante Einfuhrung von Eisbahnschiffabgaben befindet.

### Frankreich.

#### Das Altersversicherungs-gesetz.

Paris, 24. Februar. Die von einem Teile der sozialistischen-radikalen Deputierten erhabene Forderung, der dem Senat in erster Lesung erledigte Gesetzentwurf über die Arbeiterrenten möge im Sinne einer vollständigen Gleichstellung der Landwirtschaftlichen und industriellen Arbeiter abgeändert werden, wird vom Arbeitsminister Viviani als unannehmbar bezeichnet. Ministerpräsident Briand teilte durchaus diesen Standpunkt und ist entschlossen, die Vertrauensfrage zu stellen, wenn Zusatzanträge eingebracht werden, die wesentliche Punkte der Vorlage abändern würden.

In Kammertreffen verläutet, daß eine große Anzahl republikanischer Deputierter beschloffen habe, eine Versammlung einzuberufen, die eine wirkungsvolle Kundgebung zugunsten des Ministeriums bilden solle. Auf dieser Versammlung werde der Ministerpräsident eine Rede halten, um die Wahlsparole und das Arbeitsprogramm der künftigen Kammer darzulegen.

Die Neuwahlen sollen für den 24. April ausgeschrieben werden.

### England.

#### Zur Lage.

London, 24. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die hinterhältige Taktik Asquiths erweckt unter den Radikalen steigende Mißgunst. Für englische Verhältnisse ist es außerordentlich befremdlich, daß der Führer der Regierungspartei das Land so lange im Dunkel über seine Worte gelassen hat. Denn es war die allgemeine Auffassung, daß mit den Garantien, von denen Asquith in seiner großen Rede in der Albert-Hall gesprochen hatte, Zusagen des Königs gemeint waren, im Notfall eine genügende Anzahl liberaler Peers zu ernennen. Sein jetziger Rückzug auf die Ausrede, nur eine starke Majorität gemeint zu haben, hat der Regierung schwere moralische Schädigung gebracht. Dies und die unklare Haltung in der Oberhausfrage veranlaßte die Radikalen, unter dem Vorsitz von Sir Charles Dike eine Besprechung abzuhalten und eine Abordnung zu dem Ministerpräsidenten zu schicken. Die Deputation ersuchte Asquith, sich nicht etwa auf eine Reform des Oberhauses einzulassen, sondern die Abschaffung des Vetorechts zu beschleunigen. Asquith ersuchte, die Unterredung angesichts der Schwierigkeit der Lage geheim zu halten. Offiziell sucht man die radikalen Besorgnisse mit der Versicherung zu zerstreuen, daß an der Abschaffung des Vetos festgehalten werde. Die berechtigten aber die Befürchtungen der Radikalen sind, beweist eine Rede des Unterstaatssekretärs im Kolonialministerium Seely. Dieses Mitglied der Regierung, das bei den allgemeinen Wahlen unterlegen war und jetzt in Alleston (Verbschire) kandidiert, hielt gestern Abend eine Rede, in der es dafür eintrat, daß das Oberhaus ebenso in demokratischer Weise gewählt werde wie das Unterhaus. Natürlich würde jede solche Reform die Autorität des Oberhauses härten und damit zu einer Befestigung des Zweikammersystems führen.

### Türkei.

#### Milderung des Bandengesetzes.

Saloniki, 24. Februar. Großwesir Hakkı hat, um die durch die Färten des Bandengesetzes verursachte Erregung der Bulgaren zu befähigen, im administrativen Wege bedeutende Milderungen verfügt. So ist soeben allen Familien von Komitadschis, die dem Bandengesetz gemäß nach Ästen verbannt worden sind und sich schon auf dem Wege ins Exil befanden, die Rückkehr in ihre Heimat gestattet worden.

### Tibet.

#### Flucht des Dalai-Lama.

London, 24. Februar. Nach einer Wittermeldung aus Kalkutta ist der Dalai-Lama mit mehreren tibetanischen Notablen aus Lhasa geflohen und hat die indische Grenze überschritten. Der Grund zur Flucht soll in dem Vorgehen chinesischer nichtbuddhistischer Truppen liegen, die die tibetanischen Klöster geplündert hätten. Die Unterhandlungen, welche der Dalai Lama in letzter Zeit mit Rußland angestellt hat, scheinen in Peking Mißtrauen gegen den tibetanischen Hohenpriester erweckt zu haben, so daß die chinesische Regierung sich veranlaßt sah, Truppen zur Verstärkung der Garnison von Lhasa zu entsenden, die aber in Wirklichkeit zur Ueberwachung des Dalai Lama geschickt worden sein dürften. Dieser Ueberwachung scheint sich der Dalai Lama durch die Flucht entziehen zu wollen.

Es ist übrigens schon zum zweitenmal, daß das geistliche Oberhaupt der Tibetaner in der Fremde Zuflucht sucht. Vor ungefähr zwei Jahren flüchtete der Dalai Lama nach der Mongolei und stellte sich dort unter den russischen Schutz. Damals wurde die Flucht des Dalai Lama Differenzen mit England zugeschrieben, das durch einen Vertrag sich in Tibet verschiedene Konzessionen erworben hatte. Von Peking aus wurden damals alle Anstrengungen gemacht, um den Dalai Lama zur Rückkehr nach Lhasa zu bewegen, und es kostete viele Mühe, bis der Dalai Lama sich den Wünschen der chinesischen Regierung fügte.

Uebrigens wäre der Dalai Lama auf seiner Flucht von den Chinesen beinahe gefangen genommen worden. Man glaubt, daß er eine Unterredung mit dem Bisköpfung von Indien nachsuchen wird.

## Gewerkschaftliches.

### Mohrenwäsche.

Der Hirsch-Dundersche „Gewerkverein“ bricht wieder einmal eine Lanze für die armen geplagten Hirsch-Dunderschen Berliner Töpfer. Kein Zentralist wolle mit ihnen mehr zusammenarbeiten, und da sei es dann allerdings kein Wunder, wenn gelegentliche Tarifverstöße durch die armen verfolgten Unschuldslämmer vorkämen, denn leben wolle doch schließlich jeder.

Der „Gewerkverein“ ist offenbar über die wahren Verhältnisse nicht unterrichtet. Der Zentralvorstand der Töpfer hat sich dort, wo Hirsch-Dundersche Töpfer in ehrlicher Weise gewerkschaftliche Ziele anstreben, nie geistert, mit ihnen gemeinsame Sache zu machen. So sind beide Organisationen schon wiederholt in Danzig bei Lohnbewegungen oder Streiks Hand in Hand gegangen. Die sogenannten Hirsch-Dunderschen Töpfer Berlins aber sind Leute, die systematisch den Sperre- und Tarifruch pflegen. Die „Begründer“ dieser „Organisation“ waren fast durchweg ehemalige Zentralisten, die sich in ihrer früheren Organisation durch Streik- und Sperrebruch unmöglich gemacht haben. Und sie pflanzten und predigten das weiter, weswegen sie aus dem Verbands entfernt wurden. Die Berliner Hirsch-Dunderschen Töpfer sind also nichts weiter als ein Streik- und Sperrebruch-Konfession in Reinkultur, das nur deshalb unter Hirsch-Dunderscher Flagge segelt, um seinem fortgesetzten Arbeiterverrat eine gewisse Legitimität aufzubringen und in der sicheren Erwartung, daß sie dann hin und wieder in der Hirsch-Dunderschen Presse als „Märtyrer“ ihrer „Ueberzeugung“ gefeiert werden. Mehnlich steht es auch mit den „Hirsch-Dunderschen“ Töpfnern in Dresden, Chemnitz, Königsberg und Leipzig.

Solche Auch-Organisierte mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen, ist einfach sittliche Pflicht aller christlichen Arbeiter.

### Berlin und Umgegend.

#### Streik der Fräseleutchen in Sicht.

Der Tarifvertrag für die Kutscher und Hilfsarbeiter in den Fräseleien, Hobel- und Schneidmühlen ist am 15. Januar abgelaufen, nachdem er von den Arbeitgebern gefündigt worden war. Die Arbeiter hatten daraufhin eine neue Tarifvorlage ausgearbeitet und dem Verein der Fräseleibesitzer angestellt. Dieser teilte durch Schreiben vom 28. Januar der Verwaltung des Transportarbeiterverbandes, die mit der Ausführung des Beschlusses der Arbeiter beauftragt war, mit, daß es seine Mitglieder ablehnen, einen Lohnvertrag zu den gestellten Bedingungen einzugehen. In der darauf am 6. Februar stattgefundenen Versammlung der Arbeiter erklärte sich die Mehrheit derselben für die sofortige Arbeitseinstellung, während die Minderheit sowie die Organisationsleitung eine abwartende Haltung anrieth, bis die Situation im Holzgewerbe einigermaßen geklärt sei. Der Organisationsleitung gelang es auch schließlich, ihren Einfluß in diesem Sinne bei den Arbeitern geltend zu machen und diese zur Befolgung dieses Rats zu veranlassen. Am Mittwoch hielten nun die Kutscher und Hilfsarbeiter wieder eine Versammlung ab. Der Verbandsvertreter Uthoff berichtete von den Verhandlungen und Beschlüssen der inzwischen abgehaltenen Vertrauensmännerung. Zur Zeit der letzten Versammlung war der Vertrag in der Holzindustrie noch nicht abgelaufen. Es war noch nicht mit Sicherheit zu sagen, was beim Ablauf beselben vor sich gehen wird. Wenn auch jetzt ein offener Kampf noch nicht ausgeschlossen gilt, so sei doch heute anzunehmen, daß die noch andauernden Verhandlungen einen neuen Vertragsabschluß bringen werden. Es ist auch anzunehmen, daß der Verein der Fräseleibesitzer mit Rücksicht auf die damalige Situation im Holzgewerbe einem Vertragsabschluß zur Regelung der Löhne der Kutscher und Hilfsarbeiter vorläufig ausweichen wolle. Jetzt dürften die Arbeitgeber eher dafür zu haben sein. Er, Redner, empfahl daher im Einverständnis mit den Vertrauensmännern, daß nunmehr den einzelnen Unternehmern ein Ausweg der hauptsächlichsten Forderungen aus der dem Arbeitgeberverein zugestellten neuen Tarifvorlage unterbreitet und um Antwort bis zum 28. Februar ersucht wird. Die hauptsächlichsten Forderungen sind: ein Mindestlohn von 30 M. für Kutscher und 26 M. für ältere Hilfsarbeiter, 1 M. für das Füllern der Pferde an den Sonntagnachmittagen. Die Arbeitszeit der Kutscher soll morgens um 6 beginn, 6 1/2 Uhr beginnen und mit Erledigung der Touren, spätestens aber um 7 Uhr abends endigen. Den Hilfsarbeitern soll die gleiche Arbeitszeit wie den Maschinenarbeitern gewährt werden. Bei Neueinstellungen soll der Arbeitsnachweis des Transportarbeiterverbandes zunächst berücksichtigt werden. Ueberall dort, wo vom 28. Februar ab diese Bedingungen nicht gewährt werden, soll die Arbeit eingestellt werden. Nach einem kurzen Meinungsaustausch stimmte die Versammlung einstimmig diesen Vorschlägen zu. Für die Bewegung kommen 41 Betriebe mit 111 Kutschern und 46 Hilfsarbeitern in Betracht. Der Streik wird allerdings nur ein partieller sein, weil bei einem guten Teil der Unternehmer die geforderten Bedingungen schon seit längerer Zeit durchgeführt sind.

#### Die Tarifbewegung in den Berliner Ringbrauereien gescheitert.

Gestern fand im Gebäude der Berliner Handelskammer die erste Tarifverhandlung der Lohnkommission der Brauereiarbeiter mit den Vertretern der Ringbrauereien statt. Gleich bei Eröffnung der Beratung gab der leitende Syndikus, Herr Reher, die Erklärung ab, daß der Verein der Brauereiarbeiter verlangt, daß die Tarifverhandlungen gemeinsam mit den Christlichen, den Hirsch-Dunderschen und den Bundesgesellen geführt werden sollen. Der Bevollmächtigte der Lohnkommission gab nach eingehender Beratung die Erklärung ab, daß die freiorganisierten Arbeiter nicht in der Lage seien, mit den Vertretern des Bundes deutscher Brauereigesellen, welcher eine ausgesprochene gelbe Organisation ist, gemeinsam zu verhandeln. Dem Verlangen der Unternehmer könne aus diesen prinzipiellen Gründen nicht stattgegeben werden. Der Vertreter der Ringbrauereien, Herr Syndikus Reher, gab hierauf die Erklärung ab, daß nunmehr die Tarifverhandlungen als gescheitert zu betrachten seien.

In welcher „wohlwollender“ Weise die Unternehmer der Tarifbewegung gegenüberstehen, beweist die Tatsache, daß die Schultze-Brauerei einigen bei ihrer beschäftigten Lohnkommissionsmitgliedern den Urlaub zu der gestrigen Verhandlung verweigerte. Erst durch energisches Eingreifen der Organisation wurde der Urlaub bewilligt.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Verhandlungen nunmehr mit den ringfreien Brauereien aufgenommen werden.

Achtung, Arbeiter! Die Sperre bei der Firma Kielhorn in Charlottenburg ist aufgehoben.

Achtung, Metallarbeiter! Die Schlosser sowie sämtliche Arbeiter der Firma Belter u. Schneebogel in Wittenau befinden sich im Streik. Die Kollegen verlangten eine Erhöhung der bisherigen Stundenlöhne. Jedoch waren die Zugeständnisse so gering, daß die gesamten Arbeiter sich nicht damit einverstanden erklärten konnten. Da weitere Verhandlungen resultatlos blieben, waren die Kollegen gezwungen, den Streik zu beschließen. Die Firma versucht nun, Arbeitswillige zu bekommen. Wir erwarten von allen Metallarbeitern, daß etwaige Arbeitsangebote von Belter

u. Schneebogel zurückgewiesen werden. Diese Firma ist bis auf weiteres für Metallarbeiter gesperrt.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Der Streik der Rennbahnangestellten ist beendet. Am Montag tagte in Dahlewitz im Gasthof „Zum Deutschen Sport“ eine Versammlung aller an der Rennbahn beschäftigten Stallburischen. Der Vorsitzende Thiele des Internationalen Stallburischenvereins gab nun bekannt, daß durch Vermittelung des „Union-Club“ eine Verständigung stattgefunden habe, und vom „Union-Club“ beschloffen sei, daß die Herren Rennstallbesitzer 24 M. Wochenlohn zu bezahlen haben. Die Versammlung beschloß, mit diesem Angebot einverstanden zu sein. Abgegeben für den Beschluß war mit, daß der Kassierer des Internationalen Stallburischenvereins, Stephan Rapp, 74, zirka 1700 M. unterschlagen hat. Die Versammlung beschloß, die Unterschlagungsaffäre der Staatsanwaltschaft zu überweisen. Von allen Disziplinarrednern wurde betont, man müsse sich doch einer großen Organisation anschließen. Der Gauleiter des Deutschen Transportarbeiterverbandes, der in dieser Versammlung anwesend war, schloß den Versammlung die Notwendigkeit eines beratigen Anschlusses aneinander. Es meldeten sich auch sofort von allen Seiten Personen zur Aufnahme. Die Vertreter des Stallburischenvereins versuchten dem entgegen zu wirken. Als sie dabei auf den Widerstand der rebellisch gewordenen Mitglieder stießen, schloß der Vorsitzende auf Anraten des Lokalinhalters, des Gastwirts Grohwendt, die Versammlung.

### Deutsches Reich.

#### Vom „liberalen“ Reichsvereinsgesetz.

In Angstedt-Gräfinau (Schwarzburg-Rudolstadt) befindet die deutsche Textilarbeiterverband eine Filiale, die kürzlich eine Generalversammlung abhielt zwecks Neuwahl der Ortsverwaltung. An der Versammlung nahmen auch einige Mitglieder teil, die das 18. Jahr noch nicht erreicht hatten. Jetzt erhielt der Vorsitzende ein Strafmandat in Höhe von 5 M., weil er die Anwesenheit dieser jungen Leute gebudet und damit die §§ 17 und 18 Ziffer 5 des Reichsvereinsgesetzes verlegt haben soll. Nun besagen diese Paragraphen aber, daß in politischen Vereinen Mitglieder unter 18 Jahren nicht aufgenommen werden und auch an Versammlungen nicht teilnehmen dürfen. Da es sich hier um einen rein gewerkschaftlichen Vorgang handelt, ist es offensichtlich, daß das Strafmandat zu Unrecht ergangen ist. Gegen die Strafverfügung wird selbstverständlich Berufung eingelegt werden.

Auf der Westfälischen Metallindustrie in Bippstadt haben am 23. Februar zirka 140 Arbeiter die Arbeit niedergelegt wegen Abregulierung und weil eine Verständigung über die Affordbefreiung von der Firma abgelehnt wurde. Es kommen bei diesem Streik der Deutsche Metallarbeiterverband, der Christliche Metallarbeiterverband und der Gewerkverein H.-D. in Betracht. Es wird ersucht, den Zugang von Klemmern, Metallrädern, Schloßern, Drechern, Formern, Instrumentenmachern, Schleifern und Bernählern von Bippstadt fernzuhalten. Seit dem 4. Januar waren die Arbeiter bestritt, mit der Firma eine Verständigung herbeizuführen und lag es nur an dem hartnäckigen Standpunkt der Firma, daß es zur Arbeitsniederlegung kam.

In der Turmuhrenfabrik von J. und A. Ungerer in Straßburg i. E. haben sämtliche Arbeiter wegen Affordreduzierungen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist ferngehalten.

Bei der Firma Friedr. Voos u. Co. in Solingen-Wangendorf ist wegen Vertragsbruchs der Streik von neuem ausgebrochen. Am 21. Januar war, wie der „Vorwärts“ seinerzeit mitteilte, zwischen den beteiligten Organisationen und der Firma Voos eine Verständigung erzielt worden, nach welcher der fünfwöchige Streik aufgehoben wurde. Die Vereinbarungen, die mit Voos getroffen wurden, legten diesem verschiedene Verpflichtungen betreffs der Beschäftigung der wieder einzustellenden Arbeiter, Rückkehr auf ihren früheren Arbeitsplatz, die gleiche Beschäftigung usw. auf. Diese Vereinbarung hat die Firma Voos u. Co. nicht nur in einer schänden Art gebrochen, sondern es wurde gegen die alten Arbeiter in geradezu prävozierender Art vorgegangen. Aus diesem Grunde haben sämtliche Arbeiter die Arbeit abermals niedergelegt. In Betracht kommen alle Verufe der Schlädler- und Froimesserbranche.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### echt preussisch.

Frankfurt a. M., 24. Februar. (W. T. B.) Der heutigen Stadtkommissionen lagen zwei Anträge zur Wahlrechtsvorlage vor, wovon der eine von den Sozialdemokraten, der andere von den bürgerlichen Parteien eingebracht war. Beide Anträge bezweckten eine Eingabe an den Landtag, wurden jedoch zurückgezogen, weil Oberbürgermeister Adickes erklärte, der Magistrat stehe auf dem Standpunkt, daß politische Fragen in Stadtkommissionen nicht zu erörtern seien. Dagegen wurde mit allen gegen die Stimmen der Nationalliberalen und einiger Vertreter der Mittelstandspartei eine Erklärung angenommen, welche es bedauert, daß der Magistrat im Gegensatz zu Berlin und anderen Städten sich weigere, einer solchen Eingabe beizutreten, und die sich für die Einführung der geheimen, gleichen und unmittelbaren Stimmabgabe, sowie für Neueinteilung der Wahlkreise ausspricht. Diese Erklärung soll den beiden Häusern des Landtages mitgeteilt werden.

### Zur Lage in England.

London, 24. Februar. (W. T. B.) Im Oberhause gab Lord Rosebery die Erklärung ab, daß er am 14. März den Vorschlag machen werde, daß das Haus sich selbst als Komitee konstituiere, um die besten Mittel einer Reform seiner gegenwärtigen Organisation in Erwägung zu ziehen, damit derart eine starke und wirksame Zweite Kammer begründet werde. In Erwiderung einer Anfrage Curzons gab der Staatssekretär für Indien Morley eine Schilderung der Ereignisse in Tibet. Der Dalai Lama habe Peking am 21. Dezember 1908 verlassen und sei, wie berichtet wird, am 25. Dezember 1909 in Laza angekommen. Ueber seine Bewegungen in der Zwischenzeit sei wenig bekannt. Eine Erklärung über die Ursache seiner Flucht habe der Dalai Lama nicht gegeben und nur erwähnt, daß die Bevölkerung von Lhasa von der chinesischen herrischen Infanterie überwältigt worden sei. Eine Anzahl Tibetaner sei durch das Feuer der Chinesen getötet oder verwundet worden.

Lord Lansdowne führte aus, er habe vernommen, daß Lhasa tatsächlich von chinesischen Truppen besetzt worden sei mit der Wirkung, daß der Dalai Lama vertrieben wurde. Der Staatssekretär für Indien erwiderte, es würde verfehlt sein zu sagen, daß der Dalai Lama gewaltsam vertrieben worden sei. Er wäre geflohen, aber man könne die genaue Ursache seiner Flucht nicht wissen. Rosebery fragte, ob die chinesische Regierung für das gewaltsame Vordringen nach Lhasa einen Grund angegeben habe. Morley erwiderte, der Meinungsaustausch mit der chinesischen Regierung habe eben erst begonnen.

### Opfer seines Berufs.

Olsewig, 24. Februar. (W. T. B.) In der hiesigen Drahtfabrik erlitt der Arbeiter Klein einen furchtbaren Tod dadurch, daß ein glühender Draht sich mehrfach um ihn schlang, ihn einflammerte und endlich verbrannte.

### Ein Soldatensinder.

Paris, 24. Februar. (W. T. B.) Vom dem Kriegsgericht in Charolais für Marne wurde heute der Unteroffizier Faraco vom 8. Husarenregiment in Verdun, der in die Suppe seiner Kompanie Brannt geworfen hatte, um einen Soldaten, der ihm 300 Franz geliehen hatte, aus dem Wege zu räumen, zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit und Degradation verurteilt.

Reichstag.

48. Sitzung vom Donnerstag, den 24. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Die zweite Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern

nebst den dazu gestellten Resolutionen wird fortgesetzt. Abg. Werner (Antifemist): Die Landwirtschaft und der gewerbliche Mittelstand bedürfen des besonderen staatlichen Schutzes.

Abg. Göring (Z.): Eine Maßnahme im Tempo der sozialpolitischen Gesetzgebung könnte die Handwerker begünstigen, nur soll diese Maßnahme nicht dahin führen, daß gerade vor Maßnahmen zum Schutze des gewerblichen Mittelstandes Halt gemacht wird.

Der Hausierhandel müßte erheblich eingeschränkt werden; für ein prinzipielles Verbot bin ich nicht, wohl aber sollte in jedem einzelnen Falle die Verhältnismäßigkeit geprüft werden und auch die Würdigkeit dessen, der den Hausierhandel betreiben will.

Abg. Fintel (natl.): Viele, wenn auch nicht alle Klagen des Mittelstandes sind begründet. An manchen Stellen hat man die sozialpolitische Bedeutung des Mittelstandes noch nicht völlig erkannt.

Abg. Carstens (fr. Sp.): Darin ist dem Vorredner zuzustimmen, daß eine gesunde Wahlrechts- und Steuerpolitik die beste Mittelstandspolitik ist.

Die Schulpflicht betrachtet der Staatssekretär als „Erziehungsmittel“. Diese „Erziehung“ dauert ein bißchen lange.

Die sozialen Kämpfe der Schauspieler stehen jetzt im Vordergrund des Interesses weiter Kreise. Die Bühnenkünstler haben angefangen zu beklagen, daß sie auch nichts weiter sind, als Ausbeutungsbjekte der Unternehmer.

Kleines feuilleton.

Die sozialen Kämpfe der Schauspieler stehen jetzt im Vordergrund des Interesses weiter Kreise. Die Bühnenkünstler haben angefangen zu beklagen, daß sie auch nichts weiter sind, als Ausbeutungsbjekte der Unternehmer.

Kontrolle? Und vor allem: Wie denkt er über die preussische Wahlrechtsvorlage, die sehr geeignet ist, die Segel der Sozialdemokratie zu schließen? (Lebhafte Zustimmung bei den Liberalen.)

Rebner wendet sich gegen die sozialdemokratische Resolution, welche für die Arbeiter in der Glasindustrie die Arbeitszeit auf acht Stunden beschränken will, und sucht statistisch zu beweisen, daß die Arbeiter in der Glasindustrie gesundheitlich keineswegs besonders schlecht gestellt sind.

Abg. Hoch (Soz.):

Die Herren, welche dafür verantwortlich sind, daß wir beim Abschluß von Handelsverträgen uns in ungünstiger Lage befinden, beschweren sich jetzt darüber, daß wir ungünstige Handelsverträge abschließen müssen.

die Kartelle

gesprochen worden. Fraglos haben sie in vielen Punkten eine schädliche Tätigkeit entfaltet, aber natürlich kann man sie nicht einfach beseitigen; sie sind ein Produkt der wirtschaftlichen Entwicklung.

Bei den Kurssteigerungen an der Börse wird überhaupt keine produktive Arbeit geleistet. Da zeigt sich die Ausbeutung der Volksmassen, die doch in letzter Linie all die Reichthümer herbeibringen, in klarster Weise.

Die Arbeiter wollten gegenüber dem brutalen Vorgehen der Polizei ihre Meinung aussprechen und, um jeden Zusammenstoß zu vermeiden, die Versammlungen am Tage abhalten und verlangeten deshalb den Nachmittag frei von den Arbeitgebern.

Die Arbeiter wollten gegenüber dem brutalen Vorgehen der Polizei ihre Meinung aussprechen und, um jeden Zusammenstoß zu vermeiden, die Versammlungen am Tage abhalten und verlangeten deshalb den Nachmittag frei von den Arbeitgebern.

Die Arbeiter wollten gegenüber dem brutalen Vorgehen der Polizei ihre Meinung aussprechen und, um jeden Zusammenstoß zu vermeiden, die Versammlungen am Tage abhalten und verlangeten deshalb den Nachmittag frei von den Arbeitgebern.

Die Arbeiter wollten gegenüber dem brutalen Vorgehen der Polizei ihre Meinung aussprechen und, um jeden Zusammenstoß zu vermeiden, die Versammlungen am Tage abhalten und verlangeten deshalb den Nachmittag frei von den Arbeitgebern.

Die Arbeiter wollten gegenüber dem brutalen Vorgehen der Polizei ihre Meinung aussprechen und, um jeden Zusammenstoß zu vermeiden, die Versammlungen am Tage abhalten und verlangeten deshalb den Nachmittag frei von den Arbeitgebern.

Die Arbeiter wollten gegenüber dem brutalen Vorgehen der Polizei ihre Meinung aussprechen und, um jeden Zusammenstoß zu vermeiden, die Versammlungen am Tage abhalten und verlangeten deshalb den Nachmittag frei von den Arbeitgebern.

Die Arbeiter wollten gegenüber dem brutalen Vorgehen der Polizei ihre Meinung aussprechen und, um jeden Zusammenstoß zu vermeiden, die Versammlungen am Tage abhalten und verlangeten deshalb den Nachmittag frei von den Arbeitgebern.

Die Arbeiter wollten gegenüber dem brutalen Vorgehen der Polizei ihre Meinung aussprechen und, um jeden Zusammenstoß zu vermeiden, die Versammlungen am Tage abhalten und verlangeten deshalb den Nachmittag frei von den Arbeitgebern.

Die Arbeiter wollten gegenüber dem brutalen Vorgehen der Polizei ihre Meinung aussprechen und, um jeden Zusammenstoß zu vermeiden, die Versammlungen am Tage abhalten und verlangeten deshalb den Nachmittag frei von den Arbeitgebern.

Die Arbeiter wollten gegenüber dem brutalen Vorgehen der Polizei ihre Meinung aussprechen und, um jeden Zusammenstoß zu vermeiden, die Versammlungen am Tage abhalten und verlangeten deshalb den Nachmittag frei von den Arbeitgebern.

wie sie auf die wirtschaftlichen Verhältnisse eingewirkt hat und welche Lehren wir daraus zu ziehen haben. Der Staatssekretär hat darüber nichts gesagt, aber der Reichsblanzler hat bei der Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates gesagt, Deutschland habe die letzte Krise ohne gefährliche Erschütterungen überstanden.

außerordentliche Arbeitslosigkeit

gebracht. Bis in den April v. J. hinein sind Hunderttausende von Arbeitern arbeitslos gewesen. Die Aufnahme bei 320 Arbeiterhaushaltungen hat gezeigt, daß selbst die am besten gestellten Arbeiter langsam verhungern müßten.

Bei so traurigen Erfahrungen haben wir die Verpflichtung, hier zu fragen: Was soll dagegen geschehen? Was haben Sie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit getan? Was wollen Sie tun, um die Arbeitslosen gegen dieses Elend zu schützen?

glänzende Geschäfte an der Börse und bei den Großunternehmungen und Elend der Arbeiter

müßte unter allen Umständen erbitternd und aufreizend auf die Arbeiter wirken. Die Arbeiter müssen fragen: Was tut die Regierung, um das arbeitende Volk gegen dieses Elend zu schützen?

Die Arbeiter wollten gegenüber dem brutalen Vorgehen der Polizei ihre Meinung aussprechen und, um jeden Zusammenstoß zu vermeiden, die Versammlungen am Tage abhalten und verlangeten deshalb den Nachmittag frei von den Arbeitgebern.

Die Arbeiter wollten gegenüber dem brutalen Vorgehen der Polizei ihre Meinung aussprechen und, um jeden Zusammenstoß zu vermeiden, die Versammlungen am Tage abhalten und verlangeten deshalb den Nachmittag frei von den Arbeitgebern.

Die Arbeiter wollten gegenüber dem brutalen Vorgehen der Polizei ihre Meinung aussprechen und, um jeden Zusammenstoß zu vermeiden, die Versammlungen am Tage abhalten und verlangeten deshalb den Nachmittag frei von den Arbeitgebern.

Die Arbeiter wollten gegenüber dem brutalen Vorgehen der Polizei ihre Meinung aussprechen und, um jeden Zusammenstoß zu vermeiden, die Versammlungen am Tage abhalten und verlangeten deshalb den Nachmittag frei von den Arbeitgebern.

Die Arbeiter wollten gegenüber dem brutalen Vorgehen der Polizei ihre Meinung aussprechen und, um jeden Zusammenstoß zu vermeiden, die Versammlungen am Tage abhalten und verlangeten deshalb den Nachmittag frei von den Arbeitgebern.

Die Arbeiter wollten gegenüber dem brutalen Vorgehen der Polizei ihre Meinung aussprechen und, um jeden Zusammenstoß zu vermeiden, die Versammlungen am Tage abhalten und verlangeten deshalb den Nachmittag frei von den Arbeitgebern.

Die Arbeiter wollten gegenüber dem brutalen Vorgehen der Polizei ihre Meinung aussprechen und, um jeden Zusammenstoß zu vermeiden, die Versammlungen am Tage abhalten und verlangeten deshalb den Nachmittag frei von den Arbeitgebern.

Die Arbeiter wollten gegenüber dem brutalen Vorgehen der Polizei ihre Meinung aussprechen und, um jeden Zusammenstoß zu vermeiden, die Versammlungen am Tage abhalten und verlangeten deshalb den Nachmittag frei von den Arbeitgebern.

Die Arbeiter wollten gegenüber dem brutalen Vorgehen der Polizei ihre Meinung aussprechen und, um jeden Zusammenstoß zu vermeiden, die Versammlungen am Tage abhalten und verlangeten deshalb den Nachmittag frei von den Arbeitgebern.

Die Arbeiter wollten gegenüber dem brutalen Vorgehen der Polizei ihre Meinung aussprechen und, um jeden Zusammenstoß zu vermeiden, die Versammlungen am Tage abhalten und verlangeten deshalb den Nachmittag frei von den Arbeitgebern.

Humor und Satire.

Bei Zentrum!

Der Junterballe ist zwar dumm, wie's einmal Bullenart. Er droht uns einfach mit Bumbum und wähnt den Thron verwahrt.

Notizen.

Die älteste Industrienausstellung. Wie über viele wichtige Erfindungen und Fortschritte so herrscht auch über das Ausstellungswesen ein Prioritätsstreit.

Die gepfändelte Lokomotive. Die französischen Zollbehörden verstehen keinen Spaß, wenn jemand Rindböckchen zu schmuggeln sucht.

Reichskanzler, hatte die Befreiung der Frage zugesagt, ob zur Sicherung des Wahlscheiterns eine besondere Art von

**Wahlurnen**

vorgeschrieben werden soll. Prof. Siegfried aus Königsberg hat nun mehrere Pakete, in denen sich Wahlurnen befinden, an das Ministerium geschickt und sie nach einiger Zeit zurück erhalten, nachdem sie angeblich geprüft waren. Es zeigte sich aber, daß mehrere Pakete gar nicht geöffnet waren! (Heiterkeit.) Ich erlaube mir die Frage an den Staatssekretär, wie das zusammenhängt.

In seiner Programmvorrede hat der Staatssekretär gesagt er werde sich bemühen, die Gegenstände zu mildern. Schon seit Jahrzehnten bemüht sich das Reichsamt des Innern in derselben Weise, aber das allermotwendigste, was die Arbeiter gebrauchen, geschieht nicht. Angesichts der vielen Resolutionen, die von den Parteien eingebracht werden, muß man doch fragen, ob Sie es mit Ihren sozialpolitischen Bestrebungen auch eifrig meinen, denn wenn die bürgerlichen Parteien wirklich so starken sozialpolitischen Eifer hätten, so könnten doch nicht so viele ihrer Wünsche noch unerfüllt sein! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der freisinnig-konservative Vlod hatte ja auch zeigen wollen, daß er auf sozialpolitischem Gebiete anders vorgehen würde als das Zentrum. Aber geschehen ist ebenso wenig. Mit der Rettung des Mittelstandes wird der Staatssekretär nicht mehr Blick haben als seine Vorgänger. Auch heute haben wir darüber lange Reden gehört, die wir schon oft gehört haben. Eine Reihe Gesetze sind gemacht worden; aber fragen Sie doch mal die Handwerker, ob dadurch schon jemals ein Handwerker vor dem Ruin und vor der Konfuzenz des Großkapitals behütet worden ist! Wald will man die Konsumvereine verbieten, bald die Warenhäuser; warum nicht auch die großen Fabriken und die Eisenbahnen, damit die Arbeiter nicht zu Grunde gehen? Mit all diesem Herumpflackern erreichen Sie gar nichts gegen die wirtschaftliche Entwicklung, und Sie wissen das auch selbst sehr gut. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Fürst Hohenhausen schreibt am 14. Juni 1896 in seinen „Denkwürdigkeiten“: „Kochmittags war eine lange Sitzung des Staatsministeriums, in welcher das umfangreiche Gesetz über die Handwerkerorganisation beraten wurde. Es ist ein ziemlich dickes Gesetz; wenn aber die Handwerker es haben wollen, so soll man es ihnen geben.“ (Heiterkeit.) So sagen sich auch sehr viele von Ihnen. Es sind ja fürchte Gesetze, die wir verlangen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun sprechen Sie

**vom neuen Mittelstand**

und wollen den vor Ihren Augen spannen. Aber was ist für die Privatbeamten geschehen? Gar nichts! Der Staatssekretär erklärt, die Beamten seien noch nicht genügend geklärt, die Versicherung der Privatbeamten müsse zurückgestellt werden bis hinter die Reichsversicherungsordnung. Aber das sind nur Redensarten. Die Meinungen sind vollständig geklärt, aber die Regierung und die bürgerlichen Parteien wollen nichts tun! (Lebhafte sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie sollten doch offen aussprechen, welches der wahre Grund auch hier ist. Eine derartige Versicherung würde so große Kosten verursachen, daß das Reich in der Zeit der Herrschaft des Militarismus nicht die nötigen Gelder dafür aufbringen kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wollte man bei der Durchführung großer sozialer Probleme immer warten, bis alle Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt sind, dann könnte man bis zum Sanct Immerleinstag warten! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Herren nur wollten, dann könnten wir. — Die „Soziale Praxis“ hat kürzlich einen Artikel geworfen auf den Kampf der Privatbeamten um die Einführung der Pensionsversicherung und auf die von der Regierung gegebenen Versprechungen; sie kam dabei zu dem Schluss, daß die Behandlung der Privatbeamten durch die Regierung geradezu eine Verhöhnung der Privatbeamten darstellt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Abg. Wassermann hat eine Resolution beantragt, die die Vorlegung eines Gesetzentwurfs hierüber noch in dieser Session verlangt. Herr Wassermann weiß ganz genau, daß das doch nicht geschehen wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) und die Regierung weiß, daß die Parteien der Mehrheit sehr zufrieden sind mit dem, was die Regierung macht und nicht macht. Wenn die bürgerlichen Parteien wirklich ernsthaft eine Sozialpolitik wollten, dann könnten sie die Regierung dazu zwingen. Nach der Kraftprobe bei der Reichsfinanzreform glaubt kein Mensch mehr daran, daß am Widerspruch der Regierung etwas scheitern könnte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist nur zu richtig, was Graf Kosobowsky im vorigen Jahre auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik gesagt hat: daß der Arbeiterschutz viel mehr

**heimliche Segner**

habe, als man glaube und daß sich auf keinem Gebiete so viel Heuchelei zeige wie gerade hier. (Sehr gut! bei den Sozialdem.) Diese Worte können sich die Mehrheitsparteien merken. Wir werden den Mehrheitsparteien durch die Stellung von Anträgen Gelegenheit geben, zu zeigen, was sie wollen und die Regierung zur Durchführung zu zwingen. Ich möchte mich verpflichten, bei jedem von den bürgerlichen Parteien gestellten Antrag auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes nachzuweisen, daß dieser Antrag früher von uns schon gestellt worden ist, daß schon früher Gelegenheit war, diese Anträge anzunehmen, daß die bürgerlichen Parteien es aber nicht getan haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nicht eingelöst sind auch

**die den Landarbeitern gemachten Versprechen.**

Bei der Verabschiedung des Postarbeitsgesetzes wurde gesagt: Wenn die Landwirtschaft durch dieses Gesetz wieder gekräfftigt sein würde, würde man daran gehen, die Löhne der Landarbeiter zu erhöhen. Nichts, auch gar nichts von diesem Versprechen ist gehalten worden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Lohnverhältnisse der Landarbeiter sind noch genau so schlecht wie früher, und trotzdem schenke sich der konservative Abgeordnete Graf Carmer nicht, von dieser Stelle aus ein Schauergemälde zu malen, das eintreten würde, wenn den Landarbeitern das Koalitionsrecht gegeben würde. Nicht nur die Landwirtschaft würde zugrunde gehen, sondern das Deutsche Reich würde aus den Fugen gehen, hat er gesagt. Er vergißt wohl ganz, daß in Hessen und Württemberg die Landarbeiter das Koalitionsrecht haben und daß es diesen Ländern dabei ganz gut geht. Heute besteht ja für die Landarbeiter nicht einmal die Möglichkeit, ihre Rechtsansprüche geltend zu machen. Die Gewerbedirekte begreifen sich nicht auf die landwirtschaftlichen Arbeiter. Wir müssen es immer und immer wieder erleben, daß landwirtschaftliche Arbeiter zu uns kommen, denen in der schändlichsten Weise der Lohn vorenthalten wird, denen gegenüber in der schändlichsten Weise der Arbeitsvertrag gebrochen ist. Diese Arbeiter sind eben

**einfach rechtlos.**

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Im vorigen Jahre ist beschlossen worden, die Regierung zu ersuchen, eine Zusammenstellung der gesetzlichen Bestimmungen über die landwirtschaftlichen Arbeiter, die in den verschiedenen Ländern bestehen, zu machen. Ich möchte an den Staatssekretär die Frage richten, wie weit diese Arbeiten geblieben sind. Es ist die allerhöchste Zeit, daß der Arbeiterschutz auch den landwirtschaftlichen Arbeitern zuteil wird. Wenn es gilt, die Profitinteressen der Unternehmer zu schützen, wenn es gilt, den Großgrundbesitzern Vorteile zuzuschlagen, dann ist die Regierung bei der Hand, dann wird schnell gearbeitet. Auch wenn es gilt, die Arbeiter schwer zu schädigen durch Abgaben und Steuern, wird rasche Arbeit gemacht. Wenn es aber gilt, diese Schäden zu mildern und Mißstände zu beseitigen, die durch diese Wirtschaft hervorgerufen werden, dann verlagert die Gesetzgebung. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Was wir an Arbeiterschutz errungen haben, haben wir errungen im zähen Kampf gegen die bürgerlichen Parteien und gegen die Regierung. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Zunächst wurden wir immer abgewiesen, aber schließlich hat man dem Druck der Arbeiterorganisationen nachgeben und Zugeständnisse machen müssen. Die Mißstände sind so groß und die Not

in der arbeitenden Bevölkerung noch so ungenehmer, daß wir verlangen können, daß

**mehr Rücksicht auf die Interessen der Arbeiter**

genommen wird. Mit den Arbeitgebern und ihren Organisationen unterhält das Reichsamt des Innern enge Fühlung. Wir machen dem Staatssekretär den Vorwurf, daß das bei den Arbeitern nicht der Fall ist. Wo erscheint der Staatssekretär oder einer seiner Räte bei Arbeitern und sagt wohlwollende Prüfung oder Erfüllung ihrer Forderungen zu? Die Herren kommen in ihre Ämter vielleicht mit dem besten Willen, aber wenn sie sehen, daß sie doch nichts erreichen können, daß sie die Gegenstände doch nicht überbrücken können, dann geben sie es auf, und später scheiden sie dann aus dem Amt. Deshalb können sich die Arbeiter auf den guten Willen der Regierung nicht verlassen. Wir wollen uns ja freuen, wenn es einem Staatssekretär gelingt, für die Arbeiter etwas durchzusetzen, aber ein Verlaß ist darauf nicht, verlassen können sich die Arbeiter nur auf starke wirtschaftliche und politische Organisationen, die sowohl die bürgerlichen Parteien als auch die Regierung zwingen werden, ihren Forderungen nachzugeben. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Staatssekretär Deßbründ:**

Ich fürchte, es wird mir beim besten Willen nicht gelingen, die Zufriedenheit des geehrten Herrn Vorredners und seiner Parteifreunde zu erringen. (Heiterkeit und Sehe gut! rechts.) Ich kann doch dem Hause nicht dogmatische Vorlesungen über Sozialpolitik halten. Ich wollte warten, bis aus dem Hause heraus sozialpolitische Anregungen kommen würden. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Die hat doch schon Fischer gegeben!) Auf Anregungen nur von einer Partei wollte ich nicht eingehen. Ich erwartete namentlich Anregungen von der Mitte dieses Hauses. (Aha! bei den Sozialdemokraten.) Daß die Rede des letzten Herrn Vorredners mir wertvolle Anregungen gegeben habe, kann ich nicht gerade behaupten. (Erneute Heiterkeit rechts.)

Der große, grundlegende Unterschied zwischen der äußersten Linken und der Regierung nebst den bürgerlichen Parteien ist der, daß die Sozialdemokratie ausschließlich die Arbeiterinteressen vertritt, wir dagegen einen gerechten Ausgleich aller Interessen bezwecken. Wir wollen die Evolution, Sie (zu den Sozialdemokraten) die Revolution! (Lachen und Huh!-Rufe bei den Sozialdemokraten, lautes sehr richtig! rechts.) „Revolution“ versteht ich nicht gleich in dem Sinne, daß dabei sogleich an scharfe Waffen gedacht zu werden braucht. (Heiterkeit rechts.)

In der gegenwärtigen Debatte ist fortgesetzt von sozialpolitischen Fragen und Maßnahmen die Rede gewesen. Ich erinnere ferner an die sozialpolitischen Vorlagen. Gewiß, ich habe es abgelehnt und mußte es pflichtgemäß ablehnen, einseitig das Koalitionsrecht der Arbeitgeber zu beschränken. (Sehr gut! rechts.) Die Zeit ist noch nicht reif für obligatorische Einführung der paritätischen Arbeitsnachweise und für gesetzliche Regelung der Tarifverträge; aber

**das neue Stellenvermittlungsgesetz**

enthält eine Fülle sozialreformerischen Materials und sucht im Rahmen des zurzeit Möglichen die gemeinnützigen Arbeitsnachweise zu fördern.

Ich weise ferner auf

**das Hausarbeitsgesetz**

hin, das den ersten Schritt auf einem außerordentlich schwierigen Gebiet bedeutet. Wenn ich Gegner der Sozialpolitik wäre, so hätte ich nie dies dornenvolle Amt übernommen; ich bin aber allerdings der Meinung, daß alle diese Dinge sich nur im Zusammenhang mit der Gesamtheit unserer wirtschaftlichen Verhältnisse regeln lassen. (Sehr wahr! rechts.)

Weitere gesetzliche Maßnahmen auf dem Gebiete der Unfallversicherung, der Verkürzung der Arbeitszeit u. s. werden in Angriff genommen werden, aber die höchste Behutsamkeit ist geboten!

Es ist von verschiedenen Seiten ausgeführt worden, wie schwere Eingriffe in die Freiheit des Erwerbslebens hier bereits zu verzeichnen sind. Jenseits des im Interesse der Volksgesundheit Erforderlichen muß die Festsetzung der Arbeitszeit der freien Vereinbarung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern überlassen werden. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Meine Ausführungen über die Krise und ihre Folgen sind bemängelt worden. Ich stelle nicht in Abrede, daß diese Krise schwere Opfer gekostet hat, ich behaupte aber auch heute noch, daß Deutschland sie besser überlebt als andere Industrieländer. Im Zusammenhang damit steht die Frage der Fürsorge gegen Arbeitslosigkeit. Auf keinen Fall ist die Möglichkeit einer Reichsarbeitslosenversicherung heute gegeben? (Lebhafte Zustimmung rechts.) Wir müssen mindestens erst die Erfahrungen abwarten, die die Kommunen mit dieser Versicherung machen.

Es wurde ferner

**die Frage des Reichsbudgets**

gestreift. Nach wie vor stehen die verbündeten Regierungen auf dem Standpunkte, daß die reichsgesetzliche Lösung dieser Frage sich nicht empfiehlt. Die Einführung von Sicherheitsmännern im preussischen Bergbau habe ich nach harten Kämpfen durchgeführt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sie sind danach!)

**Zweifelslos muß**

**das Wahlschicksal**

gesehen werden. (Zuruf links: Preußen!) Meins Herren, hier handelt es sich nicht um Preußen, wo die öffentliche Wahl Rechts ist, sondern um das Reich, wo die geheime Wahl Gesetz ist. Wir sind in Deutschland gewohnt, bestehende Gesetze auszuführen. (Lebh. Just. rechts, Zuruf links: Nicht immer!) Ich bin also durchaus der Meinung, daß im Reiche das gesetzlich bestehende Wahlschicksal zu wahren ist. Nun dürfte nur in höchst seltenen Ausnahmefällen das Wahlschicksal unter der jetzigen Methode der Urnenauswahl gelitten haben. (Stärklicher Widerspruch bei den Sozialdemokraten, Huh!-Rufe rechts.) Die neuen von Herrn Siegfried vorgeschlagenen Urnen dürften auch recht beträchtliche Kosten verursachen. Trotzdem würde ich nicht abgeneigt sein, der Einführung dieser neuen Urnen ohne weiteres zuzugehen, wenn ich nicht fürchten müßte, daß sich dabei allerdings neue Mißstände herausstellen könnten. Statt eines alten bekommen wir vielleicht drei neue Mißstände. (Sehr gut! und Heiterkeit rechts.) Ich will aber gern versprechen, die Sache im Auge zu behalten.

Rechner verbreitet sich weiter über eine große Anzahl Resolutionen, streift Mittelstandsfragen und spricht sich unter Beifall der Linken gegen drakonische Maßregeln wider die Pigeuner aus: Man werde der Pigeunerplage wohl auch auf andere Weise beikommen. Er schließt mit der Erklärung, daß er hoffe, sich wenigstens über einen beträchtlichen Teil der Resolutionen und Wünsche geäußert zu haben. (Heiterkeit, Lebhafte Beifall rechts.)

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 12 Uhr.

Schluß 6 1/2 Uhr.

**Abgeordnetenhaus.**

27. Sitzung vom Donnerstag, den 24. Februar, mittags 1 Uhr.

Am Ministertische: v. Nolcke.

Die

zweite Lesung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt.

Abg. v. Nolcke (st.) (auf der Tribüne zunächst unverständlich) polemisiert gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Liebnecht: Wenn der alte Wilhelm Liebnecht, der mit den Kochpfeifen der radikalen Richtung aus den 50er bis 60er Jahren in unigierter Verührung stand, mit Männern wie Karg und Engels, den damaligen Größen des Tages, die aber doch noch Aether ausstrahlen bis in die heutige Zeit, aus dem ganzen Schatze seiner Erfahrung und seines Wissens heraus sprach, so machte das doch einen ganz anderen Eindruck als die Reden der heutigen Führer der Sozial-

demokratie, des Herrn Stadthagen, des Jehn-Gebole-Hoffmann und selbst des Herrn Dr. Karl Liebnecht. Wenn man diese Führer oder Verführer des Volkes hört, so muß man doch daran zweifeln, ob wirklich Dr. Karl Liebnecht recht hatte, wenn er gestern emphatisch ausrief: „Uns gehört die Zukunft!“ Ich dachte bisher, die „Zukunft“ gehört Herrn Maximilian Harden (Heiterkeit rechts), aber eins muß ich Herrn Dr. Liebnecht doch zugeben: Er ist nach meinem bescheidenen Dafürhalten ein großer Verwandlungskünstler, ein Pseudopolitiker, ich will das Wort Tadelpfeifer nicht gebrauchen. Er hat es fertig gebracht, im Handumdrehen aus dem preussischen Reichsstaat, dem eine vielhundertjährige Entwicklung als Basis dient, an dem die besten Männer ihrer Jahrhunderte mitgearbeitet haben, den nackten Polizeistaat zu machen.

Herr Liebnecht behauptete, auf einzelnen Polizeiwachen werde wohnheimmäßig geprügelt. Ich bin kein Freund vom wohnheimmäßigem Prügeln, aber selbst wenn es der Fall wäre, so wäre doch das wohnheimsmäßige moralische und ethische Prügeln, das Sie seit Jahrzehnten durch Ihre Presse an dem deutschen Volke ausüben und das sich ein großer Teil des Volkes erbarmungswürdigerweise von Ihrer Revolverpresse gefallen läßt, schlimmer. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten, Bravo! rechts.) Die Wohlthäter, die der sogenannte nackte Polizeistaat den Arbeitern bietet, gemehen diese ruhig mit, Sie aber zwingen die Arbeiter, noch höhere Beiträge an Ihre Kassen abzugeben. (Sehr richtig! rechts. Abg. Dirsch: Freiwillige Beiträge! Abg. Liebnecht: Die alten Wärdchen!) Von diesen Beiträgen geben Sie dann große Unterstützung an das Ausland. (Sehr richtig! rechts.) Ihre Devise „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ legen Sie in Ihrem besonderen Sinne aus. Sie wollen die Freiheit, die Sie meinen, unter Gleichheit verstehen Sie nicht die Gleichheit vor dem Gesetz, sondern die allgemeine Gleichheit auch des Eigentums. Redner ergält die alte Geschichte von Rothschild und dem Teufel. — Wie Sie die Gleichheit des Eigentums auffassen, hat sich bei früheren Demonstrationen in Hamburg gezeigt. Da wurde bei der Gelegenheit am Abend ein Juwelierladen geplündert, wobei keineswegs nur der Rob beteiligt war, und wenn auch, so kamen Sie doch als Anstifter in Betracht. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) — Was nun Ihre Brüderlichkeit anbelangt, so handeln Sie nach dem Wort: Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein. (Sehr gut! rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten, Zuruf: Nun kommt noch die Weidberggemeinschaft!) Unter dem Recht auf die Strafe verstehen Sie die Willkür, Ihre Herrschaft über die Strafe. (Sehr richtig! rechts.) Bei den Straßen Demonstrationen sind Sie selbst immer hinter den Kulissen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten. Ruf: Untah!?) Ich werde das zurücknehmen, sobald Sie mir nachweisen, daß Sie an der Spitze der Demonstrationszüge gewesen sind. (Sehr gut! rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.) Jedenfalls sind Sie geschickte Regieruhner. Gehen Sie lieber ins Marionettenbühnen in der Reichsdamer Straße. Wenn da die Statisten einmal umfallen, schadet das nichts; wenn aber die Statisten auf der großen Politiksbühne einmal umfallen werden, so gibt es eine Tragödie. (Sehr richtig! rechts.) Wenn Herr Liebnecht schließlich mit dem Rasenkreisel gedroht hat, so erinnere ich ihn an die Erfahrung mit dem schwedischen Generalstreck. (Abg. Liebnecht: Denken Sie doch an den belgischen Generalstreck!) Fahren Sie nur so fort, um so eher wird das Volk sich über Sie klar werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Gassel (st. Sp.): Ganz so, wie der Herr Vorredner meinte, liegen denn doch die Dinge in Preußen nicht. Tatsächlich haben wir in Preußen ein konservatives Parteiniment. Dabei haben die Liberalen auf dem Gebiete der Selbstverwaltung gezeigt, was sie positiv Schöpferisches leisten können. Die Klasse des Ministers über die unparteiische Ausführung des Reichsvereinsgesetzes sind gewiß sehr schön, aber sie werden nicht ausgeführt. Ich erinnere an den Wiener Fall. In Berlin hat der englische Arbeiterführer MacDonald ruhig in englischer Sprache in Versammlungen sprechen dürfen. (Hört! hört! links.) Wie entspricht es weiter der angeblichen Parteilosigkeit der Regierung, wenn Landräte auf die Lehret einwirken, damit sie konservativen Vereinen beitreten?! (Hört! hört! links.) Unter diesen Umständen müssen wir es entschieden befehlen, wenn durch die neue Verwaltungsreform der Einfluß der Landräte noch vermehrt werden soll. Die Dezentralisation der Verwaltung kann besser dadurch erreicht werden, daß die Befugnisse der Selbstverwaltungskörper ausgedehnt werden.

**Was die Straßendemonstrationen**

anlangt, so wollen wir, daß ohne Rücksicht auf die Parteiverfassungen unter freiem Himmel und Untzügen dem Gesetze gemäß nur verboten werden, wenn Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Werden solche Versammlungen grundsätzlich verboten, so haben die Veranstalter das Recht, sich zu beschweren. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Es sollen aber Versammlungen und Untzüge ohne Erlaubnis unter keinen Umständen stattfinden. Ergeben sich aus der Abhaltung verbotener Untzüge Unzuträglichkeiten, so tragen die Veranstalter die Verantwortung. (Sehr richtig! rechts.) ... Abgesehen von der Rechtsfrage hatten wir die Straßendemonstrationen nicht für zweckmäßig, weil wir der Ueberzeugung sind, daß Erfolge auf politischem Gebiet bei und nicht durch Straßendemonstrationen erzielt werden können, sondern nur durch den Kampf der Geister. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Geisig mag es sein, daß die Ordnung bei den letzten Untzügen größtenteils den sozialdemokratischen Ordnern zugesprochen ist. Aber es wäre wohl nicht ohne Unordnung abgegangen, wenn die Berliner Polizei nicht in außerordentlich geschickter Weise ihre Schuldigkeit getan hätte. (Sehr richtig! rechts.) Was würde geschehen, wenn nun auch andere Parteien Untzüge veranstalten würden und zwei gegnerische Jüge aufeinander stießen?! (Sehr gut! bei den Freisinnigen.) Auch in England greift übrigens die Polizei bei Untzügen im Volkstanz hart zu. (Sehr richtig! rechts.) In solche Demonstrationen züge schließen sich immer auch Elemente ein, die nur auf Kaduau ausgehen. Wir sind überzeugt, daß bei der Regierung keine Tendenz vorlag, durch Instruktion an die Beamten Mißbräuchen herbeizuführen; sie hat im Gegenteil alles getan, um unnützes Blutvergießen zu vermeiden. In

**Frankfurt**

trifft den die Verantwortung, der das erste Blut vergossen hat, und das sind hier die Kassen! (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Meinen Sie denn, die Leute hätten ganz zuzüglich Revolver und gestöhnen Pfeffer mit auf den Untzug genommen? (Sehr gut! bei den Freisinnigen.) Nein, sie waren von vornherein auf einen Zusammenstoß mit der Polizei eingerichtet. Es ist ja möglich, daß auch hier es nicht Sozialdemokraten, sondern lediglich radikalisierte Elemente waren, die die Polizei provozierten, aber das spricht eben gegen solche Kundgebungen. Wir bezweifeln die Straßendemonstrationen, wir wollen unsere Ziele durchsetzen im geistigen Kampfe, und wir wollen und darin eins sein mit unseren Wählern. (Lebhafte Beifall bei allen bürgerlichen Parteien.)

Minister v. Nolcke: Positive Vorschläge zur Verwaltungsreform werden hoffentlich schon in der nächsten Sitzung gemacht werden können. Daß die Wesehung der Staatsämter nach politischen Gesichtspunkten erfolgt, muß ich zurückweisen. Ich folge bei der Wesehung der Beamtenstellen lediglich den Interessen des Dienstes. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Herr Gassel hat Bescheid gegeben über die unzulässige Abonnentenwerbung durch den Landrat für die „Fürstentümer Zeitung“ in Köslin. Ich habe dem betreffenden Landrat eröffnet, daß er mit der Uebernahme einer Aufsichtsratsstellung in der Aktiengesellschaft dieser Zeitung die Pflicht übernimmt, sich jeder Beeinflussung des Publikums zugunsten dieser Zeitung zu enthalten und daß in der Inanspruchnahme der Gemeindevorsteher zu Abonnentenwerbungen eine unzulässige Beeinflussung zu erblicken sei. Sie werden mir danach zugeben müssen, daß die Handhabung des Vereinsgesetzes von mir aus ohne Rücksicht auf Parteiinteressen erfolgt. (Bravo!)

Hg. Switalski (Polen) führt Beschwerde über die schändliche Handhabung des Vereinsgesetzes gegen die Polen. Der Redner bringt eine Reihe von Fällen vor, in denen die Polizei mit Gewalt in geschlossene polnische Versammlungen eingedrungen ist, grundlose Freiheitsberaubungen vorgenommen hat usw. Die Unterbeamten würden bei ihrem rechtswidrigen Vorgehen von den Vorgesetzten gedeckt. Die Proklamation der Polizeispitze trage noch dazu bei, die Polen zu verbittern. Es sei eine Ehrenpflicht des polnischen Volkes, bis zum äußersten für die Erhaltung seiner Nationalität zu kämpfen. (Bravo! bei den Polen.)

Staatssekretär Holt bestreitet, daß die Polizei Spiel als Probotaxe benutzt habe.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 12 Uhr.

Schluss 5 1/2 Uhr.

### Berichtigung.

In der gestrigen Rede Liebknecht ist vom „Fall Schiefer“ die Rede. Gemeint ist: Schiefer!

## Parlamentarisches.

### Was unser Geld bleibt. — Der Untergang Helgoland's.

Für Schiffsbauten und Ausrüstungen enthält der Marineetat 75.550.000 M. gegen 65.450.000 M. im Vorjahre. Begründet wird die Mehrforderung damit, daß wir, dem Beispiele des Auslandes folgend, unsere neuen Schiffe mit großtätigen Geschützen auszurüsten gezwungen wären. . .

Was unser Geld bleibt, erfährt man durch einen Blick in den Marineetat. Für fortlaufende und einmalige Ausgaben wird die ungeheuerliche Summe von 514.838.958 M. gefordert; das sind 31 Millionen mehr als im Vorjahr! Hierfür hat die Kommission, um ihren angeblichen „Spargrundsatz“ praktisch zu belegen, allerdings drei Millionen abgestrichen. Das bedeutet zunächst gegenüber der ungeheuer hohen Gesamtsumme von 514 Millionen herzlich wenig, und dann weih man ja auch, wie solche Abstriche häufig genug vom Plenum wieder „gut gemacht“ werden. . .

Zu nennenswerten Debatten kam es in der Kommission nur bei einigen Reuanforderungen, so wegen der als erste Ration zum Bau einer „Turbinenwerkstatt“ in Wilhelmshafen verlangten 300.000 M., bei der zum Bau einer Ingenieur- und einer Dekoffizierschule in Kiel angeforderten Summe von 500.000 M. und zum Bau einer Kaserne auf Helgoland 400.000 M. Zur Unterbringung einer verstärkten Besatzung von 300 Mann soll hier eine Kaserne in Bau genommen und sollen die für Offiziere und Unteroffiziere erforderlichen Wohnungen errichtet werden. Der Gesamtaufwand ist auf 1.105.000 M. veranschlagt!

Hierbei machte nun Abg. Erzberger darauf aufmerksam, daß im preussischen Stat zur Sicherung der Insel Helgoland eine hohe Summe angefordert und dabei in der Begründung gesagt sei: wenn nicht eine feste Schutzmauer aus Zement um die Insel herum errichtet werde, dürfte Helgoland durch die ankommenden Meeresswellen bald weggespült sein! Habe die preussische Regierung, so führte Erzberger weiter aus, mit dieser Auffassung recht, dann müsse der Reichstag es sich überlegen, Mittel zu Kasernenbauten auf einem Grund und Boden zu bewilligen, der bald ins Meer versenkt sein werde. — Der Staatssekretär gab beruhigende Erklärungen ab. Nach seiner Ansicht (worauf er diese Ansicht stützt, verriet er nicht) wird Helgoland noch lange den Meereswellen standhalten, wenn mit den Schutzbauten sorgsam verfahren werde. Auch etwa eine feindliche Flotte die Insel zusammenschließen versuchen könnte, glaubt er nicht, weil der Sandstein angeblich den Geschossen einen zu starken Widerstand entgegensetzen und daher der Aufwand an Munition zu den Erfolgen in keinem Verhältnis stehen würde. — Diese Berichtigung beruhigte die ängstlichen Gemüter in der Kommission und der Staatssekretär erhielt seine Kaserne auf Helgoland bewilligt.

Bei der Frage der Errichtung einer Turbinenwerkstatt in Wilhelmshafen machte Genosse Severing darauf aufmerksam, daß die in Wilhelmshafen entlassenen Arbeiter ganz besonders hart getroffen würden, weil es dort keine Privatindustrie gäbe und der Arbeitswechsel für sie gleichzeitig auch die Aufgabe des bisherigen Wohnortes bedeute. Die Marineverwaltung müsse das berücksichtigen und für einen möglichst Ausgleich in den Aufträgen sorgen, damit nicht auf der einen Seite Arbeiter entlassen und auf der anderen Ueberstunden gemacht werden könnten.

Während nun der Abg. Semler sich zu diesem von unserem Genossen aufgestellten vernünftigen Grundgedanken, nahm sein Parteifreund Baasche einen anderen Standpunkt ein und erklärte: wenn keine Arbeit mehr vorhanden sei, müssen die überzähligen Arbeiter entlassen werden. Er überließ dabei, daß Severing und Semler nur eine entsprechende Verteilung der vorhandenen Arbeit verlangt hätten.

Am Freitag sind noch die Posten des außerordentlichen Etats und die Forderung für die Verwaltung der Marinestation Kiautschou zu beraten, womit der Marineetat in der Kommission erledigt wäre.

Die Reichstagskommission, der der Gesetzentwurf, betreffend die Stellenvermittlung überwiesen ist, hielt am Mittwoch die erste Sitzung ab.

Unsere Parteigenossen beantragen, in allen Gemeinden paritätische Arbeitsnachweise durchzuführen. Die Anträge haben folgenden Wortlaut:

§ 1. Behufs Herbeiführung einer umfassenden, einheitlich organisierten Stellenvermittlung sind in allen Gemeinden Arbeitsnachweise zu errichten, die nach Bedarf berufslich gegliedert werden können.

Für mehrere in einem Bezirk gelegene Gemeinden kann der Arbeitsnachweis gemeinsam von den Gemeinden an einem Ort errichtet werden.

Ueber die Abgrenzung des Bezirks entscheiden die beteiligten Gemeindebehörden, und insofern eine Verständigung nicht erzielt wird, die höhere Verwaltungsbehörde.

§ 2. Für die Verwaltung des Arbeitsnachweises ist eine Kommission zu bilden, die zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehen muß.

Für die Wahlen der Vertreter finden die §§ 13 bis 18 des Gewerbeverordnungsgegesetzes entsprechende Anwendung.

§ 3. Die dem gewerbdmähigen Stellenvermittler bereits bei Erlass dieses Gesetzes erteilte Erlaubnis für den Betrieb einer Stellenvermittlung erlischt mit dem 1. Januar 1914.

Die Entziehung der Erlaubnis für einen früheren Zeitpunkt kann erfolgen, wenn durch die Unzuverlässigkeit in Bezug auf den Gewerbebetrieb des Stellenvermittlers dies geboten erscheint.

§ 4. Der gewerbdmähigen Stellenvermittlung ist gleich zu achten: 1. wer Vermittlung eines Vertrags über eine Stelle betreibt; 2. wer Gelegenheit zur Erlangung einer Stelle nachweist und sich zu diesem Zweck mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern in besondere Verbindung setzt.

§ 5. Die gewerbdmähige und nicht gewerbdmähige Stellenvermittlung der Vereine, Verbände, Gesellschaften ist untersagt.

§ 6. Die Erfordernisse des § 1 Abs. 1 sind für ein bestimmtes Gewerbe erfüllt, wenn an einem Ort oder für einen Bezirk für einen erheblichen Teil des Gewerbes auf Grund einer Vereinbarung oder eines Tarifs eine Stellenvermittlung errichtet ist, für deren Verwaltung eine Vertretung vorgesehen ist, die zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter Leitung eines unabhängigen Vorstehenden zusammengesetzt ist.

Unsere Parteigenossen Schmidt, Schwach und Hildenbrand weisen darauf hin, daß ohne Beseitigung der privaten Stellenvermittlung die Schäden in diesem Gewerbe nicht beseitigt

werden können und daß ein Bedürfnis für eine private Stellenvermittlung nicht mehr vorhanden ist, wenn die Gemeinden verpflichtet werden, allgemeine Arbeitsnachweise einzurichten, die unter einer Aufsicht stehen, in der Arbeiter und Unternehmer in gleicher Weise vertreten sind. Eine Ausnahmebestimmung soll nur denjenigen Nachweisen gewährt werden, die an Tarifverträge gebunden sind.

Die Redner aller übrigen Parteien wenden sich gegen den Antrag: Man könne die private Stellenvermittlung nicht ganz untersagen; der Antrag der Sozialdemokraten mache einen zu radikalen Schritt bei der Regelung des Arbeitsnachweises. Außerdem müsse in Erwägung gezogen werden, daß die Stellenvermittler entschädigt werden müßten, wenn sie ihr Gewerbe aufgeben sollen. Die Kosten wären sehr erhebliche, und die Gemeinden würden mit der allgemeinen Einrichtung von Arbeitsnachweisen schwer belastet. Den gleichen Standpunkt vertreten im wesentlichen die Regierungsvertreter.

Von unserer Seite wird erwidert, daß eine Entschädigung für die Stellenvermittler nicht geboten erscheint, da vielfach in diesem Gewerbe Personen tätig sind, die keinerlei erhebliche Aufwendungen für die Einrichtung ihres Gewerbes gemacht haben und deshalb eine Entschädigung nicht beanspruchen können. In Gemeinden, die wirklich sozialpolitische Aufgaben erfüllen, bestehen heute kommunale paritätische Arbeitsnachweise, die eine erhebliche Förderung erfahren würden, wenn ihnen die Konkurrenz der Stellenvermittler abgenommen würde.

Die Anträge werden gegen die Stimmen unserer Parteigenossen abgelehnt.

Desgleichen wird ein Antrag unserer Genossen abgelehnt, nach dem die Vereine, die sich zu dem Zwecke bilden, den Vorschriften über die Führung des Arbeitsnachweises zu entziehen, als gewerbdmähige Arbeitsnachweise angesehen werden. Es sollten damit die Vereine, die besonders im Gastgewerbe ihre Zwecke treiben, sowie alle anderen gewerbdmähigen Arbeitsnachweise der Aufsicht der Behörden und den Beschränkungen des Gesetzes unterstellt werden.

### Hausarbeitsgesetz.

Die Reichstagskommission zur Beratung des Hausarbeitsgesetzes hielt am Donnerstag ihre erste Sitzung ab. Eine sehr ausgedehnte Debatte knüpfte sich an § 1 der Vorlage, die den Begriff des Hausarbeiters dahin definiert:

„Für Werkstätten, in denen

1. der Arbeitgeber ausschließlich zu seiner Familie gehörige Personen gewerblich beschäftigt,

2. eine oder mehrere Personen gewerbliche Arbeit verrichten, ohne von einem den Werkstattbetrieb leitenden Arbeitgeber beschäftigt zu sein, gelten neben den bestehenden reichsgesetzlichen Vorschriften die Vorschriften dieses Gesetzes.“

Unsere Parteigenossen Schmidt und Hirsch bestritten, in Ziffer 1 die Bezeichnung „Arbeitgeber“ zu streichen und dafür „Hausarbeiter“ zu setzen. Begründet wurde dieses Verlangen damit, daß, wenn im Gesetz festgestellt würde, daß die Hausarbeiter Arbeitgeber, d. h. selbständige Gewerbebetreibende, sind, die günstigen Bestimmungen der Gewerbeordnung über den Arbeitsvertrag aufgehoben würden. Wenn auch diese Frage schon heute strittig ist und einige Gewerbebetriebe auch heute schon die Hausarbeiter außerhalb der Bestimmungen des Lohnbefehlsgesetzes stellen und damit die Lohninbehalten für angeblich nicht ordnungsmäßig vollzogene Arbeit für zulässig erachten, so würde durch das Gesetz jetzt allgemein die ungünstige Auslegung für die Hausarbeiter Anwendung finden. Statt eines Schutzes würde eine Benachteiligung der Hausarbeiter eintreten.

Von dem Vertreter des Zentrums und von dem der Freisinnigen wurden Bedenken geäußert, daß nach der Fassung der Vorlage auch die kleinen selbständigen Handwerker, die ohne fremde Hilfskräfte arbeiten, mit unter die Bestimmungen für die Hausarbeiter fallen. Das wäre bisher nicht klar zum Ausdruck gekommen. Demgegenüber wurde vom Regierungsvertreter hervorgehoben, daß allerdings die Absicht der Regierung war, auch die kleinen Gewerbebetriebe unter die Bestimmungen des Gesetzes zu stellen. Dann wenn es in der Zigarrenfabrikation notwendig ist, gewisse sanitäre Vorschriften zu erlassen, so bestehen die Rängel nicht nur bei den kleinen Selbständigen, die allein in ihrer Wohnung für eigene Rechnung arbeiten. Schließlich wurde der Antrag unserer Genossen insofern stattgegeben, daß an Stelle der Worte „der Arbeitgeber“ das Wort „jemand“ gesetzt wurde. Damit schwinden die Bedenken, die von unserer Seite geäußert wurden.

In § 3 will die Regierungsvorlage dem Bundesrat die Befugnis erteilen, daß für bestimmte Gewerbe angeordnet werden kann, daß von den Kaufleuten, die Hausarbeit vergeben, in ihren Räumen Lohnlisten aufgehängt werden, auf welchen die für die Artikel gezahlten Löhne ersichtlich sind. Vom Zentrum wurde beantragt, daß den Hausarbeitern ein Recht auf eine Aufstellung über die Löhne zugänglich sein soll. Diese Aufforderung wurde von den Freisinnigen, Konservativen und Nationalliberalen als eine zu große Belastung des Gewerbes und als nicht ausführbar angesichts der Bistätigkeit der Nutzer in einigen Gewerben erachtet. Unsere Genossen wandten dagegen ein, daß wir uns auf die bedingte Vollmacht des Bundesrats nicht verlassen können; es bedürfe einer allgemeinen dringenden Vorstufe, um diese Art der Lohnrückerei zu begegnen, wenigstens auch damit die Beseitigung nicht erzielt werden wird. Zur Abstimmung über den Antrag kam es nicht, da die Kommission die Verhandlung vertagte.

## Aus der Partei.

### In Sachen Marenbrecher

erhalten wir folgende Zuschrift:

Ich sehe leider erst nachträglich, daß die Redaktion des „Vorwärts“ sich in zwei Nummern mit den von mir am 14. und 15. Februar in Leipzig gehaltenen Jesusvorträgen beschäftigt hat. Wenn es nun schon auch recht verspätet ist, möchte ich doch zur Klarstellung dieser Angelegenheit folgendes sagen:

Erstens. Diese und ähnliche Vorträge, die noch in anderen Städten halten werde, sind ein geschäftliches Unternehmen des Verlags der Hilfe, bei dem ein Buch von mir über die Entstehung des Christentums erscheint. Der erste Band unter dem Titel „Von Nazareth nach Galgatha“ ist im letzten Herbst erschienen, der zweite Band unter dem Titel „Von Jerusalem nach Rom“ wird wahrscheinlich zu Ostern herauskommen. Ich habe mit der geschäftlichen Vorbereitung dieser Vorträge nichts zu tun, habe also weder Einfluß auf die Wahl des Saales, noch auf die Preise der Plätze, noch auf die Wahl des Datums, noch schließlich auf die Art der Propaganda, die für diese Vorträge gemacht wird. So wenig es aber einer Verlagsbuchhandlung verwehrt werden kann, zur Propaganda für die in ihrem Verlage erschienenen Bücher günstige Zeitungsberichte abzudrucken und auch persönliche Mitteilungen über den Autor zu machen, so wenig kann es dem Verlag der Hilfe verübelt werden, wenn er diese bei allen Verlegern übliche Methode auch auf die Propaganda dieser Vorträge überträgt.

Zweitens. Der Ausdruck „sozialdemokratischer Theologe“ gefällt auch mir nicht, da ich mich nicht mehr als „Theologe“ fühle. Sobald ich ihn sah, habe ich den Verlag gebeten, in allen Prospekten, die neu gedruckt werden, den Ausdruck durch den sachgemäheren zu ersetzen: der Sozialistische Religionshistoriker. Die Prospekte, die einmal gedruckt sind, müssen natürlich verbraucht werden.

Drittens. Es steht natürlich jedem Parteigenossen frei, über die Art und Weise oder über den Inhalt dieser Jesusvorträge zu denken was er will. Ebenso aber steht es mir frei, meine wissenschaftlichen Studien in der Weise und an dem Ort zu verwerthen, wo ich will. Darüber hat weder der einzelne Parteigenosse noch die Partei als solche das Recht zu einem Urteil.

Es müßte denn zuvor ein Parteigesetz erlassen werden, daß kein zur Partei gehöriger Schriftsteller für eine Verlagsbuchhandlung arbeiten darf, die der Partei nicht gehört, daß kein Rechtsanwalt den Prozeß eines bürgerlichen Klienten führen, kein Arzt für die Behandlung eines bürgerlichen Kranken Honorar nehmen, und daß kein Arbeiter für einen bürgerlichen Unternehmer Mehrlohn erzeugen darf. Bis es nicht ein solches Parteigesetz gibt, kommt es nicht darauf an, wie und wo ich meine wissenschaftlichen Studien verwerte, sondern darauf, was diese Studien an sich wert sind und ob sie in ihrem Ergebnis der Arbeiterklasse eine Förderung oder eine Hinderung auf ihrem Wege zur Emanzipation bedeuten. Und nach diesen beiden Richtungen hin habe ich das denkbar beste Gewissen.

Viertens. Ich habe den Verlag der Hilfe gebeten und er ist bereitwillig darauf eingegangen, daß in jeder Stadt, wo ich rede, Vorleser getroffen wird, daß den organisierten Arbeitern Eintrittskarten zu einem ermäßigten Preise geboten werden. Diese Stütze wird von uns nicht beibehalten, ohne daß wir uns um das Geheiß einiger Parteijournalisten weiter bekümmern, die offenbar mehr freie Zeit haben als ich.

Indem ich diese Erklärungen abgebe, schließe ich meinerseits jede weitere Diskussion, indem ich es nun den Redaktionen der Parteipresse wie jeder anderen Zeitung an einzelnen Orten überlasse, ob und wie sie zu meinen jeweiligen Vorträgen vorher oder nachher Stellung zu nehmen belieben.

Max Marenbrecher, Erlangen.

Für den Genossen Marenbrecher sind also bei Abschluß des Vertrages nur geschäftliche Rückfragen maßgebend gewesen — Rückfragen auf seine parteigenössliche Pflicht glaube ich daher nicht nehmen zu brauchen! Das ist eine sehr — eigenartige Ansicht, die nicht besser wird, wenn Marenbrecher sich auf den Rechtsanwalt, den Arzt und den Arbeiter beruft, die für Bürgerliche arbeiten. Er vergißt dabei eine Kleinigkeit, nämlich die, daß beratende Tätigkeit mit Parteinteressen nicht kollidiert, was aber sehr wohl der Fall ist, wenn ein Sozialdemokrat in einem gesperrten Lokal Vorträge hält. Wer die Ideen der Sozialdemokratie in der Öffentlichkeit vertreten will, hat sich eben in Rücksicht auf die Partei gewisse Beschränkungen aufzuerlegen und darf sich nicht lediglich den reinen Geldinteressen leiten lassen. Und wer das nicht will, der mag ein brauchbarer Agent des Hilfe-Verlages, eine schätzbare Stütze der geschäftlichen Unternehmungen des Herrn Raumann sein, aber für die Partei wird er unbrauchbar werden und er sollte sie verlassen, je eher, desto besser.

### Vom Fortschritt der Presse.

Der letzte Sonntag hat der „Volksmacht“ in Breslau über 600 neue Abonnenten gebracht. Die Zahl von 31.000 Abonnenten ist überschritten.

### Unsere Toten.

In Stuttgart ist Genosse Christian Stahl nach langem Leiden im 63. Lebensjahre gestorben. Stahl, von Beruf Schreiner, war einer der Pioniere der Arbeiterbewegung Stuttgarts. Er zählt zu den Gründern des Deutschen Tischlerverbandes und stand auch in den vordersten Reihen der Partei von ihren Anfängen an.

## Aus Industrie und Handel.

### Rentabilität der Maschinenbauanstalten.

Die Geschäftsberichte der deutschen Maschinenbauanstalten, die im Laufe des Jahres 1910 im Zentralhandelsregister ihre Bilanzen veröffentlichten, stellen sich erheblich günstiger als im Jahre zuvor. Unter Ausschluß von 3 Maschinenfabriken, die sich mit der Herstellung elektrotechnischer Erzeugnisse befassen und sämtlich mit Gewinn arbeiteten, veröffentlichten im Januar 1910 insgesamt 16 Aktiengesellschaften mit einem Nominalkapital von zusammen 21.97 Millionen Mark ihre Bilanz. Für die Gesamtheit dieser Gesellschaften wurde trotz der Verluste bei 5 Gesellschaften eine Dividendensumme von 1.83 Millionen Mark verteilt. Demnach entfällt auf die Gesamtheit der 16 Gesellschaften eine durchschnittliche Dividende von rund 8,3 Proz., während sich die im Jahre 1908 verteilte Dividende auf nur 7,8 Prozent belief. Im Verlauf des ganzen Jahres 1909 wurden insgesamt die Bilanzen von 312 Aktiengesellschaften des Maschinenbaues mit Ausschluß der elektrotechnischen Gesellschaften veröffentlicht, die insgesamt eine durchschnittliche Dividende von 7,6 gegen 8,4 Proz. im Vorjahre ausschütten konnten. Die Durchschnittsdividende der Jahresbilanzen 1909 bedeutet also mit 8,3 gegen 7,8 Proz. im Vorjahre eine starke Besserung der Rentabilität im reinen Maschinenbau. Unter Berücksichtigung der 3 Aktienunternehmen, die der elektrotechnischen Warenherstellung angehören, ergibt sich nach ein bedeutend günstigeres Resultat, zumal diese 3 Gesellschaften über ein Aktienkapital von 114,35 Millionen Mark im Vergleich von nur 21,97 Millionen Mark der 16 reinen Maschinenbauanstalten verfügen. Die seitens der 3 Aktiengesellschaften der elektrotechnischen Branche im Januar 1910 verteilte Dividendensumme stellte sich auf 10,59 gegen 8,64 Millionen Mark im Jahre 1909. Die für das letzte Geschäftsjahr ausgeschüttete Dividende betrug bei den drei Aktiengesellschaften der elektrotechnischen Industrie 9,3 gegen nur 7,5 Prozent im Jahre zuvor. Während demnach die reinen Maschinenbauanstalten mit dem Nominalkapital von 21,97 Millionen Mark ihre Dividende um durchschnittlich 0,5 Prozent erhöhen konnten, stellte sich die Rentabilität der drei Gesellschaften der elektrotechnischen Branche um 1,8 Prozent günstiger als im Jahre zuvor. Hieraus ist ersichtlich, daß die Rentabilität bei den Betrieben der elektrotechnischen Industrie sich noch wesentlich günstiger gestaltet hat als bei den Maschinenfabriken im engeren Sinn.

Ueber die Lage am rheinisch-westfälischen Eisenmarkt berichtet die Rhein-Westf. Ztg., daß sich ein Fortschritt zum Besseren nicht konstatieren lasse. Während ein Teil der Werke reichlich zu tun hat, gibt es noch andere mit nicht genügender Beschäftigung, besonders in Fabrikanlagen, wo bereits stärkere Preiserhöhungen eingetreten sind. Der Abbruch läßt darin zu wünschen übrig. Im Eisenhandel besonders scheinen Zweifel in eine günstige Weiterentwicklung zu bestehen mit Rücksicht auf die Störungen am amerikanischen Markt und auf die schwankende Haltung der internationalen Börsen. In industriellen Werkstätten ist man zuversichtlich gestimmt und drängt auf weitere Preiserhöhungen. In Anbetracht der noch schwankenden Rohpreismärkte in England und den Vereinigten Staaten erscheinen weitere Preiserhöhungen aber nicht unbedenklich, zumal in Amerika ein Umschlag nicht unmöglich erscheint.

50 Prozent Dividende. Die Generalversammlung der Mecklenburg-Strelitzischen Hypothekendarb. beschloß die Verteilung einer Dividende von 50 Prozent.

Betriebsbeschränkung. Der Verein der österreichischen Dammholzhauer beabsichtigt eine 25—33prozentige Betriebsreduktion auf die Dauer von 6 Monaten.

### Fleischnotstand.

Der kürzlich erschienene Jahresbericht des Ackerbauministeriums der Vereinigten Staaten macht folgende Angaben über den Verbrauch an Fleisch, pro Kopf im Jahr:

Vereinigte Staaten . . . . .	84,03 Kilogramm
Großbritannien und Irland . . .	56,92 „
Deutschland . . . . .	52,82 „
Frankreich . . . . .	35,74 „
Dänemark . . . . .	34,42 „
Belgien . . . . .	21,71 „
Schweden . . . . .	23,09 „

Obwohl Amerika an erster Stelle steht, ist die Gewinnung von Fleisch gegenüber dem Wachstum der Bevölkerung doch schon stark zurückgegangen. Auf je 100 Einwohner wurden nämlich gezählt:

	Rinder	Schafe	Schweine
1840	88	113	154
1900	69	52	83

Der Fleischvorrat ist pro Kopf vermindert in den sechzig Jahren um über 40 Proz. gesunken! Dabei ist die Ausfuhr des amerikanischen Fleisches in den letzten Jahren immer weiter zurückgegangen. Die jährliche Ausfuhr von Rind- und Schweinefleisch gestaltete sich folgendermaßen:

	Rindfleisch in Millionen Pfund	Schweinefleisch in Millionen Pfund
1891-1895	521	1061
1896-1900	601	1462
1901-1905	617	1242
1906	733	1465
1907	600	1268
1908	579	1237
1909	419	1053

Die Ausfuhr ist demnach stark gefallen! Eine der Ursachen ist der Umstand, daß der amerikanische Grundbesitzer im Getreidebau jetzt mehr verdient als bei der Viehzucht. Die amerikanischen Weiden sind Jahr um Jahr eingeschränkt worden. Getreide ist jetzt Trumpf! Dazu kommt noch die völlige Verdrängung des Viehtriebes.

## Kommunales.

Erste Lesung des Stadthaushaltsetats für 1910.

Der Stadthaushaltsetat ist diesmal für unsere Gemeindebehörden eine extra harte Nuß. Gestern machte die Stadtverordnetenversammlung ihren ersten Versuch, sie zu knaden. Der Stadtkämmerer Steiniger legte sein Werk vor mit einer einführenden Rede, deren Inhalt sich zusammenfassen ließ in den Ruf: „Die Taschen zu!“ Die Taschen zu gegenüber den immer neuen Ansprüchen, die an die Stadtverwaltung herantreten! Die Taschen zu vor allem auch gegenüber den Forderungen, die von den Arbeitern der Gemeinde gestellt werden! Herr Steiniger bekam es fertig, den Ausspruch zu tun, daß die Werke der Stadt doch nicht nur dazu da seien, Arbeiter zu „verloren“. Und er schloß mit der Erklärung, es sei höchste Zeit, daß die Stadt Berlin ihre Politik ändere. Die Freisinnsmänner dankten ihm mit stürmischen Bravorufen und begeistertem Gändeklatzen. Unser Genosse Borgmann fragte, ob dieser Beifall vielleicht Freude über das „graue Geipenst“ bekunden solle, das der Herr Kämmerer gemalt hatte, um graulich zu machen. Dem Kämmerer entgegenete Borgmann mit einem von ihm entworfenen Bild unserer Gemeindeverwaltung, das sehr viel weniger rühmlich für den Stadtfreisinn war. Den Arbeitern der Stadt seien ihre berechtigten Forderungen bisher so wenig erfüllt worden, daß man fürchten müsse, ihnen werde endlich die Geduld reizen. Auch in der allgemeinen Arbeiterfürsorge, in der Schaffung eines Arbeitsnachweises und einer Arbeitslosenversicherung habe die Stadt Berlin ihre Pflicht noch immer nicht getan. Borgmann kam

im letzten Teil seiner Rede auch auf die Polizeikassen zu sprechen, die die Bevölkerung Berlins bei Gelegenheit der Ferrerprotestversammlungen sich hat bieten lassen müssen, und bedauerte, daß der Oberbürgermeister nichts getan habe, die Rechte der Bürgerschaft zu wahren. Die beiden folgenden Redner, Herr Gelpke von der sogenannten „Freien Fraktion“ und Herr Cassel von der „Alten Linken“, machten allerlei Vorschläge, von deren Ausführung zu erwarten sei, daß man die Erhöhung der Steuerätze noch einmal werde umgehen können. Als Herr Gelpke in seiner Sparsamkeitspredigt, dem Kämmerer zustimmend, über die Höhe der Arbeiterlöhne lamentierte, antwortete ihm aus den Reihen der sozialdemokratischen Fraktion entrüstete Zwischenrufe, in die die Besucher der vollbesetzten Tribüne — zumeist Arbeiter der Stadt Berlin — lebhaft einstimmen. Herr Cassel suchte vergeblich sich zu wehren gegen einen Vorwurf, den Borgmann ihm gemacht hatte, gegen die Festnagelung, daß Cassel im Abgeordnetenhaus die Polizeikassen beschönigen zu lassen geglaubt hat. Oberbürgermeister Kirchner, der sodann in die Debatte eintritt, machte der Polizei sogar das Kompliment, daß man in Berlin mit ihr zufrieden sein könne. Zum Etat sprach er in längeren Ausführungen, in denen er mit Entschiedenheit die namentlich von Borgmann vorgebrachten Angriffe abzuwehren suchte. Den Sparsamkeitspredigern antwortete er mit dem offenen Bekenntnis, an den Ausgaben lasse sich ohne Schädigung der Stadt nichts mehr streichen, das habe schon der Magistrat mit einer das zulässige Maß vielleicht überschreitenden Gründlichkeit besorgt. Die Redner, die nach dem Oberbürgermeister noch zum Worte kamen, fanden nur noch wenig Aufmerksamkeit; die Debatte schleppte sich hin bis in die zwölfte Stunde. Der Etatsauschuss wird nun zu prüfen haben, welche der in der ersten Lesung gegebenen Anregungen akzeptabel scheinen. Wird er einstimmen in das „Streichkonzert“, von dem der Kämmerer sprach?

## Aus der Frauenbewegung.

Konflikt im Bund für Mutterschutz.

In einer vom Bund für Mutterschutz für Mittwoch abend nach dem Architektenhaus einberufenen Versammlung kam es zu schweren Wortkämpfen gegen die eigentliche Leiterin Dr. Helene Stöcker. Substantiierte Angaben können wir allerdings nicht machen, da die unter dem Einfluß von Frau Schreiber-Krieger stehende Mehrheit die Zulassung der Presse verweigerte. Gegen Dr. Helene Stöcker wird der Vorwurf erhoben, in selbstherrlicher Weise, ohne geordnete Kasienführung gewirtschaftet zu haben. Formell sind die Monitas anscheinend vollaus berechtigt, denn der nominelle Kassierer der Berliner Ortsgruppe des Bundes, Dr. Krenndt, gab folgende Erklärung ab: „Einen Kasienbericht kann ich nicht geben, ich bin seit anderthalb Jahren Kassierer, habe aber nie etwas von der Kasie zu sehen bekommen. Ich habe in jeder Sitzung darauf gedrungen, daß die Sache endlich geregelt werde, aber ist nicht geschehen.“ Die von Dr. Stöcker beliebte Wirtschaft ist ganz zweifellos entschieden zu verurteilen. Wir sind aber überzeugt, daß ihre falschen Maßnahmen des persönlichen materiellen Begehrens vollständig entbehren; durch

den Ausschluß der Presse hat man jedoch dem Verdachte unlauterer Praktiken Vorschub geleistet. Das ist schon im Interesse der Sache zu bedauern. Hoffentlich ist es dem Ausschuss, der den Auftrag erhielt, die gegen Dr. Helene Stöcker erhobenen Beschuldigungen zu prüfen, recht bald möglich, einen klärenden Bericht zu erstatten, damit der höchst peinliche Eindruck, den die Affäre hinterlassen muß, der guten Sache selbst nicht allzusehr schadet.

## Kommunales Frauenwahlrecht in Italien.

Die italienische Kammer hat am 10. Februar er. fast einstimmig beschlossen, den Gesetzesentwurf des Abgeordneten Gallini zur Ausdehnung des kommunalen und provinziellen Wahlrechts auf die Frauen in Erwägung zu ziehen. Der Entwurf will das Wahlrecht unter den heute herrschenden Bedingungen (Elementarbildung oder ein gewisser Steuerzensus) auf die über 25 Jahre alten Frauen ausdehnen. Weiter sollen alle öffentlichen Ämter ohne Ausnahme den Frauen offen stehen und die eheherrliche Autorisation, von der heute die Rechtsfähigkeit der verheirateten Frau abhängt, abgeschafft werden. Der Ministerpräsident Sonnino erklärte, der Reform sympathisch gegenüberzustehen.

## Versammlungen — Veranstaltungen.

Reich-Budew. Montag, 28. Februar, 8 1/2 Uhr, im Lokal „Rosenferrasse“, Chausseest. 60/70. Vortrag. Genosse R. Groger.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 22. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Die Straßenkinder. — Herrn Lugin-Baranowski's Karikatur. Von Ant. Vannoele. — Steuerprobleme. Von R. Karst. — Wie können wir den Gefahren der ungelerten Frauenarbeit entgegenwirken? Von Hulda Raurenbrecher. — Literarische Rundschau: Albert Sobel, Gedichtliches Handbuch. Von M. N. — Notizen: In eigener Sache. Von H. Kautsky. Budget eines ledigen Arbeiters. Von A. R. — Zeitkritiken. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolporteurs zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

## Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		seit		Wasserstand	am		seit	
	23. 2.	22. 2.	23. 2.	22. 2.		23. 2.	22. 2.	23. 2.	22. 2.
Remel, Tüft	405 <sup>1)</sup>	+9	cm	cm <sup>1)</sup>	Saale, Großh.	236	+21	cm	cm <sup>1)</sup>
Regel, Ansternburg	45 <sup>1)</sup>	+15	cm	cm <sup>1)</sup>	Saale, Spandau <sup>2)</sup>	124	0	cm	cm <sup>1)</sup>
Reichel, Horn	176	0	cm	cm <sup>1)</sup>	Rathenow <sup>3)</sup>	154	0	cm	cm <sup>1)</sup>
Ober, Ratibor	320	+52	cm	cm <sup>1)</sup>	Spree, Spremberg <sup>4)</sup>	88	0	cm	cm <sup>1)</sup>
• Krossen	167	-2	cm	cm <sup>1)</sup>	• Weßlow	151	0	cm	cm <sup>1)</sup>
• Frankfurt	180	-4	cm	cm <sup>1)</sup>	• Wejer, Müden	174	+56	cm	cm <sup>1)</sup>
• Warthe, Schrimm	142	-16	cm	cm <sup>1)</sup>	• Rhinow	202	+4	cm	cm <sup>1)</sup>
• Landsberg	134	+3	cm	cm <sup>1)</sup>	• Rhein, Maximiliansau	438	-1	cm	cm <sup>1)</sup>
• Rega, Borchmann	20	+3	cm	cm <sup>1)</sup>	• Raub	323	+4	cm	cm <sup>1)</sup>
• Elbe, Leitzmeritz	56	+15	cm	cm <sup>1)</sup>	• Rölln	430	+20	cm	cm <sup>1)</sup>
• Dresden	-72	-9	cm	cm <sup>1)</sup>	• Redar, Heildrom	185	+45	cm	cm <sup>1)</sup>
• Parby	216	-1	cm	cm <sup>1)</sup>	• Rain, Berthelm	263	+6	cm	cm <sup>1)</sup>
• Magdeburg	178	-1	cm	cm <sup>1)</sup>	• Roßel, Lrier	379	+62	cm	cm <sup>1)</sup>

1) + bedeutet Hoch, - Fall. — 2) Unterpegel. — 3) Eisstand. — 4) Eisfrei.

# HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Preise nur für Freitag und Sonnabend gültig

## Lebensmittel

Sowohl Vorrat

### Kolonialwaren

Kaffee gebrannt Pfund	95 Pf.	1 <sup>05</sup>	1 <sup>15</sup>	1 <sup>35</sup>	1 <sup>55</sup>
Kakao deutsch Pfund	75, 90 Pf.	1 <sup>10</sup>			
Schokolade Haushalt Block Pfund	68 Pf.	1 <sup>10</sup>			
Schokolade Bahnen Block Pfund	68 Pf.	1 <sup>10</sup>			
Franz. Pflaumen Pfund	35, 45, 55 Pf.				
Prünellen Pfund	60 Pf.				
Alpenmilch-Eiernudeln Pfund	48 Pf.				
Maccaroni „Marke Tietz“ Pfund	36 Pf.				
Java-Reis Pfund	22, 26 Pf.				

### Konserven

	1/2 Dose	1/2 Dose
Leipziger Allerlei Kons.-Melange	48 Pf.	—
Spinat	38, 24 Pf.	
Junge Schoten extra fein	88, 49 Pf.	
Junge Schoten mittel fein	55, 33 Pf.	
Wirsing Kohl	32 Pf.	—
Pflaumen extra-sauer	52, 31 Pf.	
Reineclauden	75 Pf.	—
Rhein. Apfelkraut	80, 45 Pf.	

### Fleisch und Wurstwaren

Holsteiner Cervelat	Pfund 1 <sup>10</sup>
Holsteiner Salami	Pfund 1 <sup>15</sup>
Teewurst, Rügenwalder Art	Pfund 1 <sup>10</sup>
Feine Leberwurst	Pfund 95 Pf.
Landleberwurst	Pfund 85 Pf.
Jagdwurst	Pfund 85 Pf.
Fleischwurst	Pfund 85 Pf.
Speck mager, Zell	Pfund 85 Pf.

### Fischkonserven u. Räucherwaren

Hering in Gelee	Dose 22 Pf.
Bismarck od. Bratheringe	Dose 38 Pf.
Delikatessheringe 1/2 D.	75, 1/2 D. 48 Pf.
Appetit-Sild	Dose 32, 42, 52 Pf.
Aal in Gelee	Dose 78 Pf.
Sardinen in Öl, Dose	38, 48, 58, 70 Pf.
Kieler Bücklinge Kiste, 20 Stück	55 Pf.
Sprottbücklinge	Kiste 40 Pf.

Valen. Apfelsinen Dtz.	20, 30, 40 Pf.
Graue Reinetten Pfund	16 Pf.

Messina Blutapfelsinen in Original-Käfig	6 <sup>25</sup> 150 6 <sup>75</sup> 180 6 <sup>90</sup> 200
Italienische Tafelbirnen in Original-Käfig	Pfund 24 Pf.

Blut-Apfelsinen Dtz.	25, 35, 45 Pf.
Citronen Dutzend	20, 30 Pf.

## Wild und Geflügel

Ungarische Mastputen	Pfd. 75 Pf.
Brathühner	Stück 1 <sup>30</sup> 1 <sup>50</sup> 1 <sup>75</sup>
Suppenhühner	Stück 1 <sup>50</sup> 1 <sup>75</sup> 1 <sup>95</sup>
Schneehühner	Stück 85 Pf.

Renntierfleisch	Pfd. Ragout Blatt Rücken Keule 20 55 70 80 Pf.
Hirschfleisch	Pfd. Ragout Blatt Rücken Keule 25 55 80 90 Pf.
Kasseler Rippespeer	Pfund 80 Pf.
Junge Tauben	Paar 1 <sup>25</sup>

Sonnengartner Spanischer Kraftwein Flasche	100
Oestr.-ung. Süßwein Flasche	

Alter Taragona-Port Flasche	85 Pf.
Samos-Muscato Flasche	

Halb und Halb Flasche	110
Tafel-Kümmel Flasche	

Deutscher Kognak in Rangier-Schachtel Flasche	300
Samaritaner Tropfen Spezialität Flasche	

Aus der Strafkammerkommission.

In der gestrigen Sitzung gelangte die Debatte über die in erster Lesung beschlossene Preßknebel nicht zum Abschluß. Der Abgeordnete Stadthagen verlangte die Befestigung der Beschlüsse erster Lesung. Für die unangelegliche Erhöhung der Strafen im § 186 liege, wie die Statistik zeigt, nicht der geringste Grund vor.

Durch die Erhöhung der Geldstrafen von 600 auf 1000 M. und von 1500 auf 10 000 M. und gar noch durch die Möglichkeit, auf Freiheitsstrafe und auf Geldstrafe kumuliert zu erkennen, werde ja die üble Nachrede im Sinne des § 186 härter bestraft als die frivole Verleumdung nach § 187 bestraft werden könnte.

Die neue Vorlesung ferner gegen Geheimnisbruch (§ 186a), die den Wahrheitsbeweis ausschließt, sei schon wegen der darin baren Begriffe „Privatleben“ und „öffentliche Interesse“ unannehmbar. Wollte man Geheimnisse des ehelichen oder Familienlebens schützen, so möge man dies ausdrücken, wiewohl auch hier die bestehende Gesetzgebung völlig ausreiche.

Der Regierungskommissar betonte, der Regierung habe es ferngelegen, durch die Erhöhung der Strafen die oppositionelle Presse zu treffen. Gegen eine andere Gestaltung des Geheimnisbruchsparagraphen sei nichts einzuwenden, wenn nur der Zweck erreicht würde, das Waschen solcher schmutzigen Wäsche, das keinerlei öffentliches Interesse hat, in der Öffentlichkeit zu verhindern.

Stadtverordneten-Versammlung.

7. Sitzung vom Donnerstag, den 24. Februar, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Nischel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr mit einem Rückruf an den am 19. d. M. verstorbenen Reichstagspräsidenten Grafen Stolberg und den am 20. verstorbenen früheren Stadtv. Freyfel.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Entwurfs des Stadthaushalts-Etats für 1910. Kammerer Dr. Steiniger: Da uns bei der vorläufigen Balance des Etats für 1910 noch 1 1/2 Millionen fehlten, gingen wir ans Streichen; das reichte aber nur für 7 1/2 Millionen, und da erlaubte unser Streichposten, wir mühten versuchen, bei den Einnahmen zuzusetzen, und es gelang das mit 2 1/2 Millionen bei der Kanalisationsabgabe. Es blieben zirkulär 4 1/2 Millionen zu decken.

200 000 M. niedriger angelegt werden müssen. Die Zahl der Steuerpflichtigen bis zu 3000 M. Einkommen ist in dem letzten Jahr um 102 Proz. gestiegen.

Was die Ausgaben betrifft, so sind sie wesentlich beeinflußt durch die neue Gehaltsaufbesserung. Die Schulverwaltung rechnet mit einem Rückgang von 1285 Schülern; trotzdem sind 2 1/2 Millionen für neue erste Bauarbeiten eingeplant. Auf den Kopf des Gemeindefiskus entfallen heute nahezu 100 M.; der Tag ist in zehn Jahren um 50 Proz. gestiegen. Die Armenverwaltung fordert auffälligerweise in diesem Jahre ein ganz erhebliches Plus; die Einwohnerzahl ist in den letzten zehn Jahren um 19 Proz., die Zahl der Unterstügten aber um 27 Proz. gestiegen.

Stadtv. Borgmann (Soz.): Daß das graue Gespenst, welches der Kammerer vorgegaukelt hat, auch noch bellatiert werden konnte, hätte ich doch nicht für möglich gehalten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) So liegen die städtischen Finanzen nicht. Das Kreditverhältnis der Stadt wird durch solche offiziellen Darstellungen ganz erheblich geschädigt. (Widerspruch und Zustimmung.) Gegen die neue Gewandlung des Etats haben wir nichts einzuwenden, erkennen darin vielmehr einen Fortschritt, da sie die tatsächlichen Zustände im richtigen Maße zeigt.

Stadtv. Borgmann (Soz.): Daß das graue Gespenst, welches der Kammerer vorgegaukelt hat, auch noch bellatiert werden konnte, hätte ich doch nicht für möglich gehalten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) So liegen die städtischen Finanzen nicht. Das Kreditverhältnis der Stadt wird durch solche offiziellen Darstellungen ganz erheblich geschädigt. (Widerspruch und Zustimmung.)

Die Sparmaßnahme erscheint mir durchaus falsch. Die Verwaltung der Gaswerke muß man für ihre kaufmännische Wirksamkeit geradezu Anerkennung zollen; wäre das schon früher eingetreten, es wäre vieles besser. Um die Straßeneinrichtung kann und sollt jede Stadt der Welt beneiden; auch dieses Moment kommt doch hier in Betracht, und das muß auch der Vertreter der Finanzverwaltung beachten.

Sie spielen finanziell eine große Rolle, aber vom Osthafen hören wir kein Wort. Die Versammlung hat doch ein Recht darauf.

Die „ungemessenen“ Lohnforderungen der Arbeiter müssen nach Ansicht des Kammerers eingeschränkt werden oder ganz unbefristigt bleiben. Ja, die Verhältnisse, welche zu der Gehaltsbesserung der Beamten geführt haben, drücken doch auch auf die Arbeiter. Der Magistrat hat in letzter Stunde eine Subkommission für diese Lohnfragen eingesetzt, gleichzeitig aber an die Verwaltungsdeputation die Anweisung gegeben, keine Herabsetzung der Arbeitszeit vorzuschlagen.

tarifunten

zu bezeichnen. (Hört! hört!) Die Submissionsbedingungen schreiben die Respektierung der Tarifverträge vor, aber in keiner einzigen Verwaltung wird tarifmäßig bezahlt. (Hört! hört!) Die Bauhilfsarbeiter bekommen nicht 55, sondern nur 42-46 Pf.; auch die Maurer, die Zimmerer, die Klempner bekommen nicht den tarifmäßigen Stundenlohn. Alle Forderungen und Vorstellungen der Arbeiter und der Arbeiterausschüsse werden abgelehnt oder bleiben unbeantwortet.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse

und die bezüglichen Wünsche der Arbeiter sollte der Magistrat in eine schlüssige, wohlwollende Erwägung ziehen. Die Vorschläge der Straßeneinigungsdeputation sind freilich vom Magistrat abgelehnt worden! Da muß ja den Arbeitern schließlich die Geduld reichen. (Anrufe.) Auf unseren Mietsfeldern haben wir heute auch noch Ackerarbeit für 50 und 60 Pf. pro Tag. (Hört! hört! und Juchse.) Die betreffenden gesetzlichen Bestimmungen sind im Interesse der Grenzier gemacht. Man hat sogar versucht, Pflanzgezeile zu brauchen zu beschäftigen, und man hat das mit glänzendem Ungeschick in Szene gesetzt; man hat Gruppen von 12, 18, 20 solcher jungen Leute herausgebracht, hat sie einem Wärter übergeben und sie die ganze Zeit da draußen arbeiten lassen, ohne jede Hilfe eines Pädagogen (Heiterkeit)...

Die Frage der Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises ist für Berlin brennend geworden. Zahlreiche Städte sind und darin vorangehen. Ohne einen städtischen Arbeitsnachweis werden geordnete Verhältnisse überhaupt nicht erreicht werden; er bildet auch die Vorbedingung für eine städtische Arbeitslosenversicherung.

städtischen Arbeitsnachweises

ist für Berlin brennend geworden. Zahlreiche Städte sind und darin vorangehen. Ohne einen städtischen Arbeitsnachweis werden geordnete Verhältnisse überhaupt nicht erreicht werden; er bildet auch die Vorbedingung für eine städtische Arbeitslosenversicherung. Diese Frage darf man auch nicht hinausschieben. Der Zugang armer Elemente nach der Großstadt hängt doch mit dem Wesen der letzteren zusammen; und die Großstadt hat auch vermöge der innigen Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Land gewisse Verpflichtungen gegenüber dem platten Lande.

Der Ausbau hat ein sehr schlechtes Gesicht erhalten. Unter den 2 1/2 Millionen erster Klassen für Neubauten befinden sich nur zwei Gemeindegemeinschaften! In das Polizeiwesen haben wir bekanntlich nicht hineinzureden, das ist Gesetz; wir haben nur zu zahlen, und zwar 9 Millionen. Diese 9 Millionen hat in letzter Zeit durch die Führung ihrer Dienstgeschäfte zu den lebhaftesten Klagen Veranlassung gegeben. Wenn Dinge vorkommen könnten, wie bei der Ferrer-Versammlung, dann hätte der Oberbürgermeister bei der Aufsichtsbühre Vorstellungen erheben müssen.

Unser Fortbildungsschulwesen bedarf dringend einer Verbesserung. Die jungen Leute können nicht auf den Kinderbänken sitzen. Auch unser Pflichtfortbildungsschulwesen muß besser als bisher verwaltet werden. Die Wahl-Fortbildungsschule wird jetzt außerordentlich tief mütterlich behandelt. Die Fortbildungsschulen für Mädchen müssen ebenfalls obligatorisch gemacht werden. Die Realschulen sind überfüllt und müssen erweitert werden; schon hier kommt das Arbeiterelement sehr schlecht weg. Die höheren Schulen erfordern trotz des Schulgeldes von 140 M. einen Zuschuß von Kopf und Jahr von 100 M. (Hört! hört!), die sich die besitzenden Klassen eben von der Stadt lassen lassen. Auch in den höheren Schulen ist die Frequenz der höheren Klassen eine sehr geringe.

Zum Schluß ein Wort von der beabsichtigten Verwaltungsreform.

Die Hinzuziehung eines Beamten zu Vorschlägen für die Vereinfachung der Verwaltung scheint mir etwas eigentümlich. Der Magistrat sollte doch zu seinen eigenen gesamten Kräften genügend Vertrauen haben. Böllig versagt hat der Magistrat auf dem Gebiete der Verkehrspolitik; die Vorschläge der Verkehrsdeputation haben bei ihm nicht das nötige Verständnis gefunden. Hoff scheint mir, daß dort die Initiative für weitestgehende Projekte nicht vorhanden sind, daß persönliche Momente dort die fachlichen unterdrücken. Daher denn auch die Berliner Kritik. (Große Irrtüme.) Der Magistrat hat die Verpflichtung, für die Verkehrsmittel zu sorgen, die geschaffen werden müssen, auch dann, wenn die Mittel dazu nicht parat sind. Der Durchbruch der Volkstraßen ist eine Notwendigkeit. (Lautes Nein bei der Mehrheit.) Selbst die oberste Instanz der Stadtverwaltung (Lautes Ja bei der Mehrheit.) . . . Ist es denn das erste Mal, daß wir der Stadtregierung Anerkennung zollen, namentlich wenn sie sich gegen Sie gerichtet hat. (Sehr gut und große Heiterkeit.) . . . Ihre Selbstverwaltung, Herr Kollege Jacoby, ist für die Stadt! (Stürmische Heiterkeit.) Wir haben die Absicht, an der Prüfung des Etats mit derjenigen Gründlichkeit mitzuarbeiten, die uns geboten ist. Mit der Zeit werden unsere Anstrengungen den Erfolg haben, den wir wünschen, das hat die Geschichte unzweifelhaft bewiesen. (Beifall bei den Sozialdemokraten. Bischof bei der Mehrheit.)

Stadiv. Dr. Welpke (fr. Fr.) kritisiert scharf die ganze bisherige Finanzwirtschaft, redet der Verpachtung der städtischen Werke das Wort, spricht sich gegen den Bau von Häfen und Lagerhäusern der Stadt wegen aus, rät zur Bekämpfung des städtischen Grundbesitzes in den östlichen Vororten, ist entsetzt über die Unmenge von Personal im Bischof-Krankenhaus, verteidigt die städtische Postverwaltung für die Schüler der höheren Lehranstalten und hält eine Bilanzierung des Etats mit 100 Proz. für sehr gut möglich, besonders wenn man auch die 100 000 M. freische, die bei der Straßenreinigung zur Lohnaufbesserung dienen sollen. (Stürmischer Widerspruch.)

Stadiv. Gafel (A. L.): Zuerst die Bemerkung, daß ich den Standpunkt des Kammerers hinsichtlich der Kulturaufgaben nicht teile. Berlin muß sich auch auf diesem Gebiet etwas leisten können. Die Erhöhung der Einkommensteuer über 100 Prozent ist ein Vorschlag, der aufs genaueste geprüft werden muß. Schon die erste Nachricht von der Möglichkeit der Erhöhung auf 105 Prozent hat Erregung hervorgerufen und bei zahlreichen bemittelten Bürgern den Gedanken an Wegzug geweckt. Es wird aber unzweifelhaft in diesem Jahre gelingen, mit 100 Proz. wieder auszuweichen; allein schon das Ergebnis der Einkommensteuer dürfte dafür bürgen. Bei der Gewerbesteuer wird sich der Aufschwung noch stärker fühlbar machen. Für die Verpachtung der Gaswerke lasse ich mich begeistern; zu unterziehen ist aber, wie sie ertragsreicher gemacht werden können. (Zuruf.) Ganz und gar kann ich eine Kommune nicht als ein launhaftes Unternehmen betrachten. In guten Jahren kann man ja heimliche Sparpässe anlegen; aber diese in schlechten Zeiten nicht anzugreifen, sondern die Steuern zu erhöhen, wäre unwirtschaftlich. Wegen der Streichung der 100 000 M. für Verbesserung der Löhne bei der Straßenreinigung muß ich mich entschließen erklären, wie ich überhaupt dem Magistrat dafür Dank weiß, daß er trotz der Ungunst der Zeit die Löhne fast überall erhöht hat. (Stadiv. Pinke (Soz.): Sehr wenig!) Ihnen kann man es natürlich nie recht machen. Der Etatsauschluß wird nicht nötig haben, an irgendeiner notwendigen Ausgabe zu streichen. Unser Grundbesitz in Rummelsburg, Treptow und Rigdorf ist zum gemeinen Wert mit 87 Millionen eingeschätzt; die Bruttoeinnahme davon ist 240 000 M., wovon 212 000 M. Steuern abgehen, in Wirklichkeit haben wir davon überhaupt keine Einnahme. Benutzen können wir kaum etwas davon, die Vororte aber schädigen wir, wenn wir diese Terrains nicht verkaufen. Es sollte daher mit der Veräußerung zu angemessenen Preisen begonnen werden. Ebenso wäre schleunigere Veräußerung des Scheunenvierfels erwünscht. Die Markthallen wurden vor 30 Jahren von der ganzen Bevölkerung verlangt; jetzt haben sich auf diesem Gebiete die Verhältnisse gründlich geändert. Von Optimismus bin ich fern, aber doch fern von dem Pessimismus des Kammerers; ich glaube nicht, daß es mit dem Anwauchen unserer Einnahmen zu Ende ist — im ganzen werden wir uns aufwärts bewegen. Neue Steuerquellen will ich gern objektiv erwägen.

Oberrbürgermeister Kirschner: Ich bin ausdrücklich aufgefodert worden, gewissen Ausführungen der Schulmannschaft gegenüber Rede zu fassen. Das dürfte doch nur bei außerordentlichen Vorläufen geschehen, und ich würde sehr wenig Erfolg haben, wenn ich meine Vorstellung darauf stütze, daß eibliche Neugenaussagen vorliegen, denen allerdings andere gegenüberstehen. Ich glaube, in dieser Weise kann ich nicht vorgehen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Eine Etatsberatung hat für den Magistrat immer einen recht eigentümlichen Charakter. Wir bemühen uns das ganze Jahr, die Forderungen, die an uns gestellt sind, auf ein erträgliches Maß zurückzuführen, in der Regel ist die Veranschlagung freigezügelter als wir; wenn dann aber eine Etatsbedeckung geschaffen werden soll, werden uns die bittersten Vorwürfe gemacht. Bei der Organisation der Verwaltung soll der Magistrat versagt haben, und das Gutachten der Treuhändergesellschaft soll ein Mißgriff sein. Bei anderen Gelegenheiten ist ganz direkt gefordert worden, ein Kaufmann müsse unsere bürokratische Verwaltungsweise prüfen. Nachdem nun das Gutachten erklärt hat, wir hätten eigentlich zu wenig Beamte, da ist es natürlich nicht recht. Wir haben aber auch mit unseren eigenen Beamten über die Reform verhandelt und auch eine ganze Menge von Anordnungen bereits getroffen, welche auf Vereinfachung hinführen. Es hat sich aber gezeigt, daß eine grobhartige Umgestaltung der Dinge überhaupt nicht möglich ist, sondern daß unsere Verwaltung im ganzen auf ganz gesunden Füßen beruht. Die

Arbeitsloshverhältnisse

sind auch im Magistrat sehr eingehend geprüft worden. Die eventuelle Erhöhung der Löhne muß aber von einer Zentrale ausgehen; es ist eine Magistratskommission zur Prüfung eingesetzt und im Etat sind an verschiedenen Stellen Beiträge zur eventuellen Lohnerrhöhung eingestellt worden. Eine Verkürzung der Arbeitszeit sollen die Deputationen nicht ohne weiteres verfügen können, sondern dem Magistrat zur Genehmigung vorkommen, und das ist notwendig. Wir sind lebhaft bemüht, den Arbeitern, soweit irgend möglich, ihre Lage und ihre Einkommen zu verbessern und werden in diesem Bemühen nicht rasten. Es erleichtert uns aber diese Aufgabe nicht, wenn Ausdrücke fallen wie: „Die Arbeiter würden ihre Rube verlieren.“ — Der Stadtverordnete Welpke will die städtischen Werke verpachten. Die Gaswerke haben und eine Beleuchtung geschaffen, mit der wir wirklich an der Spitze der großen Städte marschieren. Die Wasserwerke müssen ab sofort im Besitz der Stadt bleiben (Lebhafter Beifall); wir haben unsere Bürger mit Wasser zu versorgen. Es ist ein ganz unbegründeter Vorwurf, daß sich die Stadt bei dem Ankauf der Inseln bei Tegel hat über den Häffel barbarisieren lassen. Die Inseln wurden uns zu günstigen Preisen angeboten, mit einem Verkaufsberechtigten haben wir und in Verbindung gesetzt, ihn zum Verkauf bewegen wollen; das hat er nicht getan, und wir konnten nachher nicht verhindern, daß er von seinem Verkaufsberechtigten Gebrauch machte. Kritik im einzelnen ist ja gewiß zulässig, aber den Magistrat kann man nicht an die städtischen Aeselsfelder wie an eine landwirtschaftliche Verwaltung legen. (Sehr richtig!) Sie haben Preise gestiftet, die ein Landwirt nicht anlegen würde. Auf keinem Gebiete hat Berlin ein so gutes Geschäft in Ansehung der Zukunft gemacht wie auf diesem. (Lebhafter Beifall.) Die Markthallen waren seinerzeit ein enormer Fortschritt und eine Notwendigkeit; nur einzelne Spezialmarkthallen sind heute nicht mehr erträglich. Der Urbanhöfen ist eine unglückliche Anlage gewesen von Anfang an; er ist

vom großen Schiffverkehr abgeschlossen. Erstaunt bin ich, von einem Kaufmann zu hören, daß die Stadt sich bei dem Ost- und Westhafen in ein Unternehmen eingelassen hätte, das sie nicht hätte übernehmen sollen. Die gesamte Kaufmannschaft hat sie von uns und verlangt. Der Osthafen ist vergrößert worden, weil unser erstes Projekt auf Widerspruch stieß und umgearbeitet werden mußte, um nunmehr die Zufahrtbahn unter der Straße durchzuführen. Die Freude an unserer eigenen Straßenbahn lasse ich mir nicht rauben (lebhafter Beifall); die Ansprüche der „Großen“ sind zwar erhoben, aber noch nicht festgesetzt. Ob es möglich sein wird, die 105 Proz. auf 100 zu ermäßigen, weiß ich nicht. Dem Magistrat ist der Vorschlag nicht leicht geworden. Mir soll es recht sein, wenn es geht. Bei den Ausgaben aber werden Sie ohne Schwächung der Stadt nicht viel erreichen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Bei einzelnen Stellen sind wir schon über das Zulässige hinausgegangen. (Zustimmung.) Sehen Sie nicht auf dieses eine Jahr, sondern sehen Sie in die Zukunft. (Lebhafter Beifall.)

Nach 10 Uhr wird ein Antrag Vamberger (A. L.) auf Vertagung abgelehnt.

Stadiv. Rosenow (A. L.) tritt dem Kammerer und dem Stadtverordneten Dr. Welpke energisch entgegen und gibt ebenfalls der Ansicht Ausdruck, daß es gelingen werde, den Etat mit 100 Proz. zu balancieren.

Stadiv. Dr. Kreuß (Soz.-fortschr.) erhält nach 1/11 Uhr das Wort und beginnt mit den Worten: Incubus, Incubus, tritt hervor und mache den Schluß! Er polemisiert scharf gegen den Kammerer, dessen Geist noch nie so deutlich zum Ausdruck gekommen sei, die kommende Entwicklung der Stadt aber hoffentlich nicht beeinflussen werde. Der Kammerer habe sogar den in höheren Arbeitslöhnen sich dokumentierenden Kulturfortschritt bedauert!

Es sprechen noch Stadiv. Dr. Welpke, der sich gegen den Oberbürgermeister wendet, und Stadiv. Haberland (A. L.), der gegen Preuß eine Aitade reitet.

Am 11 Uhr tritt endlich der Schluß der Beratung ein. Der Etat geht an einen besonderen Etatsauschuß, der vom Vorstände sofort ernannt wird.

Schluß nach 11 Uhr.

Soziales.

Berechtigtes Fortbleiben wegen gefährdeter Gehaltszahlung.

Die 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts erklärte in ihrer letzten Sitzung in einer Klagesache das Verlassen des Dienstes für berechtigt, weil infolge der unregelmäßig erfolgten Zahlungen die ordnungsgemäße Gehaltszahlung auch für die Zukunft gefährdet erschien. Der Kläger K., der vom Beklagten Sp. mit 140 M. Monatsgehalt engagiert worden war, bekam sein Gehalt nur auf Drängen in Raten von 10 bis 30 M. Am 4. Februar legte er, des ewigen Monierens müde, die Arbeit nieder, indem er den Chef schriftlich benachrichtigte. Inzwischen hat Sp. das rückständig gewesene Januargehalt gezahlt. Das Kaufmannsgericht sprach K. aber auch das Februargehalt zu. K. hatte Grund zum Fortbleiben, weil auch für die Zukunft keine genügende Sicherheit für Erfüllung der Leistung des Prinzipals geboten war. — Die Entscheidung entspricht dem Gesetz.

Die Kohlenbarone als Wohltäter.

Im westlichen Kohlenrevier macht sich in jüngster Zeit in der Unternehmerpresse ein Dr. Paul Grabain viel zu schaffen, um die Kapitalisten als blütenweiße Unschuldengel und passionierte Wohltäter der Bergleute auszugleichen. Nun geht der Mann auch an die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ und wirft in einem langen Artikel, „Wohlfahrtsvereine im Ruhrrevier“, nach, welche „Opfer“ aus freien Stücken die Unternehmer bringen und daß auch hier ein menschliches Mitempfinden mit den Arbeitern vorhanden sei, selbst da, wo keine alte Familientradition — wie bei Arup — die Humanität seit Generationen zu einer Ehrenpflicht gemacht habe. Grabain schildert dann Kleinkinderschulen, Wohnanstalten, Industrie-, Koch- und Haushaltungsschulen usw. der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft, wie sie sich insbesondere auf den Schachtanlagen „Minister Stein“ bei Dortmund, „Grillo“ bei Rammeln und „Grimberg“ in Bergkamen befinden. Grabain ist so entzückt von den geschilderten Herrlichkeiten, daß man bloß nicht versteht, warum er nicht vorzieht, fortan dauernd solche ausgezeichneten Wohlfahrts herrlichkeiten zu genießen und als Bergmann zu leben, anstatt sich mit den Feinden der Kapitalisten herumzuschlagen. Man höre den beglückten Mann:

„Kurz, es war ein Anblick, der einem warm ums Herz machen konnte. Solange es noch solche Lichtblicke gibt, solange kann es mit der Welt doch noch nicht gar so schlecht bestellt sein, trotz all der Eiferer, und als ich dann nach herzlichem Abschied von der Schwester mit meinem freundlichen Führer wieder hinaustrat ins Freie, da wollte es mir scheinen, als ob das als so düster verzeichnete Industrie-Revier doch nicht ganz so trostlos schwarz sei, wie man immer tut.“

Gegenüber diesem gefühlswahnsinnigen Gequatsch wollen wir die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ selbst reden lassen, die vor einigen Jahren über „Wohlfahrtsvereine“ folgendes schrieb:

„Im allgemeinen liegen die Verhältnisse so, daß die Einrichtung von Wohlfahrtsvereinen gerade durch das Interesse der Arbeitgeber selbst bedingt wird. Man kann demnach sagen, daß überall da, wo für die Arbeitgeber ein Vorteil aus solchen Wohlfahrtsvereinen nicht erwächst, deren Schöpfung auch unterbleibt. . . . Außerdem unterscheiden sie (die Wohlfahrtsvereine) sich von den Werken der freien Wohltätigkeit dadurch, daß zwischen Geben und Empfangen, das heißt also zwischen den Unternehmern und den Arbeitern, ein Geschäftsverhältnis, nämlich der Lohnvertrag, besteht, woraus für den Geber die Möglichkeit erwächst, die Kosten für die Wohlfahrtsvereine auf den Empfänger selbst abzuwälzen, indem er sie ihm vom Arbeitslohn abzieht.“

Mit dieser realen, nüchternen Würdigung durch das Unternehmerblatt ist der Sermon des Dr. Paul Grabain in demselben Blatt ja völlig toteschlagen.

Die Invalidentarife im — Grabe.

Der Arbeiter D., im Jahre 1845 geboren, wurde am 8. Mai 1907 arbeitsunfähig. Sein täglicher Verdienst beim börsenrischen Forstamt betrug 1,80 M. Einer Krankenkasse gehörte er während seiner Krankheit nicht an. Am 20. November 1907 wurde das erste Gehalt um Rente an die oberfränkische Versicherungsanstalt eingereicht. Konstatiert wurde vom Forstamt, daß der Antrag als begründet erachtet wurde. Das Forstamt bestätigte, daß D. vom Jahre 1891 bis 1907 450 Wochen beschäftigt gewesen war, demnach nur 27 Wochen pro Jahr Arbeit hatte. Der behandelnde Arzt Dr. D. in E. gab an: „Vor 6 Jahren war D. an Lungenerkrankung acht Wochen bettlägerig. Vom 21. Januar bis 9. Februar 1907 war D. wegen Querschnung der linken Brustseite in meiner Behandlung. Er ist ein mittelgroßer, schwächlicher Mann von vollständigem Ernährungsstatus. Ueber der Lunge vereinigt latarrhalische Geräusche hörbar. Am linken Unterleibe besteht seit circa 10 Wochen eine Fistel, welche zweifellos tuberkulöser Natur ist. Der Befund ist vorzeitliche Altersschwäche, Knochenverluse bzw. Hautverluse. Seit Mitte Februar ist die Erwerbsminderung derart, daß man von da ab Invalidentarif annehmen muß.“ Trotzdem wurde die Rente noch nicht bewilligt. Das Gehalt ging an die Versicherungsanstalt, vor da zum Regierungs- und Kreismedizinalrat Dr. P. in A. Dieser ordnete bezirksärztliche Untersuchung an. Bezirksarzt Dr. G. in N. konnte auf Grund der Untersuchung keine dauernde Arbeitsunfähigkeit konstatieren. Das Gutachten lautete: Es ist leinerlei Befund an den inneren Organen zurzeit zu erheben, der Arbeitsunfähigkeit bedingen würde. Sicherlich ist D. noch imstande, ein Drittel des ortsüblichen Tagelohnes zu verdienen. Der ortsübliche Tagelohn beträgt 1,40 M., ein Drittel also 0,46 M. Das

Gesuch sei daher auf ein Jahr zurückzustellen. In der Sitzung vom 21. Februar 1908 zog dann D. leider mit Häudern sein Gesuch als aussichtslos zurück. Am 18. April 1908 stellte jedoch D. ein zweites Gesuch um Rente. Sein Arzt Dr. D. in E. begutachtete: „Die Eiterung des Unterleifers, welche 3 Monate bestand, hat momentan aufgehört und hat sich Fistel geschlossen. Ueber den Lungen sind Knistgeräusche hörbar. Es besteht Sturkamigkeit, die Diagnose ist chronischer Bronchitis-Cachexie Marasmus senilis praematurus.“ Dauernd erwerbsunfähig seit 23. Dezember 1907. Die Angaben beruhen auf eigener Wahrnehmung.“ Der Kreis- und Medizinalrat Dr. P. in A. schloß sich dem Gutachten Dr. D. in E. an. Die Versicherungsanstalt beantragte jedoch Untersuchung beim Bezirksarzt Dr. G. Dieser sprach sich am 9. Mai 1908 dahin aus: „Die Untersuchung ergab gleichen Befund wie am 12. Dezember 1907, die Hebung vollter Erwerbsunfähigkeit konnte nicht gewonnen werden. Audiat agorworte in erheblichem Maße und simuliert eine Atemnot, die in keinem Verhältnis zum objektiven Befund stand. Der Antrag, das Gehalt auf ein Jahr zurückzustellen, wird erneuert. Kreismedizinalrat Dr. P. schloß sich darauf dem bezirksärztlichen Gutachten an! Durch Bescheid vom 8. August 1908 wurde der Antrag auf Rente abgelehnt. Leider ließ D., der in einem Dorfe wohnte, es damit bewenden und erhob erst am 5. März 1909 sein drittes Gesuch. Sein Arzt Dr. D. begutachtete neuerdings: „D. ist dauernd erwerbsunfähig und benötigt eigene Marie und Pflege. Seit dem 28. Mai bezog D. am 14. Oktober 1907 wegen Knodentuberkulose zur Behandlung. Darauf begann sich die Tuberkulose in den Lungen zu lokalisieren. Seit Oktober 1908 konnte D. gar nichts mehr verdienen, d. h. Arbeitsunfähigkeit mit 100 Proz. Die Erwerbsunfähigkeit ist dauernd und ist ‚ictus letalis‘ (tödlicher Ausgang) in wenigen Wochen zu erwarten. Seit drei Wochen hat D. das Bett nicht mehr verlassen. Die Beantwortung der Fragen beruht auf eigener Wahrnehmung.“ Am 1. Mai beschloß darauf die Versicherungsanstalt eine Untersuchung durch den Bezirksarzt Dr. G. Der konnte nun aber Simulation nicht mehr konstatieren, denn D. starb am 28. April 1909.

Der Witwe wurde am 18. Juli 1909 die Rente im Betrage von 160,88 M. für die Zeit vom 28. März 1908 bis 28. April 1909 zugewilligt.

Der Arbeiter D. kann sich nun im Grabe an dem Genuß seiner Rente erfreuen. Empörend ist die Leichtfertigkeit, mit der im Gegenzug zu dem ausführlichen Gutachten des behandelnden Arztes die irrigen Gutachten der anderen Ärzte erachtet werden konnten, noch empörender, daß die Versicherungsanstalt diesen Gutachten Wert beilegte.

Verfammlungen.

Mißstände bei der Firma Karl Flohr.

Eine Betriebsversammlung der Arbeiter der Firma Karl Flohr, Berl. Berlin und Wittenau, fand am Mittwochabend in der Bodbrauerei, Chausseestraße, statt, einberufen vom Deutschen Metallarbeiterverband. Nach einem Vortrage über „Die neuen Steuern und die Gewerkschaften“ von Adolf Cohen beschäftigte sich die Versammlung, die sehr gut besucht war, mit einer Reihe von Mißständen bei der Firma Flohr. Ueber den Betriebsleiter Hornung wird viel geklagt, ebenso über verschiedene Meister, die sich einen sehr großen Ton gegenüber den Arbeitern angewöhnt haben und stark auf die Arbeiterpreise drücken. Das Strafsystem für allerlei Vergehen kommt immer mehr zur Anwendung. Der zu spät kommt, hat 50 Pf. zu bezahlen, wer sich Kaffee kocht oder aufwärmt, wer Fenster und Türen offen läßt oder wer irgendwo einen Keinen Schaden anrichtet oder daran beteiligt ist, wird bestraft. Auch die schlecht bezahlten Arbeiterinnen und die Lehrlinge haben Strafgelder zu entrichten. Die Arbeiter fragen: Wo bleiben diese Strafgelder? Sie verlangen eine Abrechnung darüber und eine Verwaltung, an der sie beteiligt sind. Die Lohnabrechnungen sollen monatlich nicht stimmen, so daß erst Reklamationen notwendig sind und die Arbeiter Scherereien haben. Die Monteure klagen, daß sie nur 55 bis 77 1/2 Pf. pro Stunde verdienen; die Heizer erhalten nur 88, 40 und 42 1/2 Pf. pro Stunde. Oftmals erfolgen noch Lohnabzüge für beschädigtes Werkzeug und dergleichen. Die Heizung der Säle ist mangelhaft; bei 8 bis 9 Grad Celsius mußte schon gearbeitet werden. Es fehlt an Sauberkeit, denn nur zweimal wird in der Woche ausgefegt. Die Ventilation ist schlecht; ein Gestank, wie er zum Beispiel in der elektrischen Abteilung durch die Anwendung des „Vergmann-Aitts“ entsteht, zieht tagelang nicht ab. In der Werkzeugmacherei haben die Schmiedegesellen keine Staubabsauger, zwei Härteöfen haben keinen Abzug und mit Hantalk wird frei gehandelt — alles Dinge, die die Gesundheit der Arbeiter sehr gefährden. Ueber schlechte Beleuchtung, besonders im Hofe, wird auch geklagt; mit den Wassereinrichtungen soll es ebenfalls schlecht bestellt sein. So wurden die Klagen fortgesetzt. Ähnlich sieht es in dem Werk in Wittenau aus; da gibt es keine Pentraheizung; die Fußböden bestehen aus Sand; es fehlt an Hilfswerkzeugen. Die Löhne sind noch schlechter wie in Berlin. Es wurde empfohlen, die Werkstättenversammlungen besser zu bejuden, gegen alle Mißstände energisch Cpposition zu machen, den Einfluß der Gelben zu bekämpfen und Unterstützung über den Wert der Organisation zu verbreiten. Die Versammelten nahmen eine Resolation in diesem Sinne an.

Der Verband der Fabenarbeiter und verwandter Berufsgegnossen hielt seine Generalversammlung am Sonntagvormittag im „Adnighat-Bafinu“ ab. Der Vorsitzende Kiehe erwähnte in seinem Jahresbericht, daß am 1. Juli die Verschmelzung mit dem Deutschen Transportarbeiterverband und dem Verband der Seelente vor sich gehen werde. Die Aktiale Berlin hatte am Ende des Berichtsjahres 362 Mitglieder. Einnahmen und Ausgaben bilanzierten mit 8092,13 M. Unter den Ausgaben stehen als Krankenunterstützung 3098,40 M. und als Sterbegeld 460 M. verzeichnet. Der Kassenbestand beträgt 334,50 M. Im Laufe des Jahres fanden 18 Vorstandssitzungen, 12 Mitgliederversammlungen und 2 öffentliche Versammlungen statt. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt und bleibt noch bis zum 1. Juli im Amt. Als Delegierten zum 11. Verbandstage in Hamburg wählte die Versammlung mit 119 Stimmen den Vorsitzenden Kiehe.

Eingegangene Druckchriften.

- Dr. Adolf Koellsch, Pflanzen zwischen Dorf und Triff. Rodesmo (Stuttgart, Brandtsche Verlagsbuchhandlung). Broch. 1.- M.; geb. 1,80 M.
- Aus dem Verzeichnis höherer Tiere von Dr. Solowjoff. Mit 10 Abbildungen von Tiermaler W. Heudach. 1 M., geb. 1,60 M. Leipzig, Verlag von Theob. Thomas.
- Empor! Nieder und Gedichte von R. Frohme. Geb. 1 M. Kuer u. Co. in Hamburg.
- Sehnsuchtsarbeit oder positive Erfolge. Beiträge zur Weltanschauung der Tüchtigkeit der deutschen Gewerkschaften. 50 Pf. Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin S. O. 18.
- Gewerliche Mittelstands-Bibliothek. Heft 7. Verlag der Mittelstands-Vereinigung für Handel und Gewerbe (E. V.), Düsseldorf.
- Protokol der Verhandlungen der 1. Konferenz der Gewerkschaften. 75 Pf. Verlag: Zentralverband der Schmiede, Hamburg.
- Kauschische Verbände. Aus dem Westfäl. Roman. Einzlig unterleierter Nachdruck. Von Frieda Stof. 847 Seiten. Verlag: J. Lohschützler, Berlin.
- Wissenschaften sei unser Ziel von A. Reiner. 1 M. Illmer Zeitung, K.-G. Elm a. D.
- Jahresbericht für das 10. Geschäftsjahr 1909 des Gewerkschafts-Karills Halle a. S. 64 Seiten. Selbstverlag des Arbeiterssekretariats.
- Der Schulhaat. Vorschläge zur Völlerbeschönung und Herbeiführung eines dauernden Friedens durch die Schule. Von J. S. Barolin. 8,00 M., geb. 4,80 M. D. Braumüller, Wien-Leipzig.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweites Hof,...

H. N. Vommerenddorf. Die Schöffen werden nach § 75 der Land-...

Dabei die Gemeindefeuern erheben. Stellen Sie einen Antrag auf Rück-...

Abstellung nicht in Frage, dagegen spielt es häufig in den Landgemeinden eine...

Witterungsüberblick vom 24. Februar 1910, morgens 8 Uhr.

Table with columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp., etc.

Wetterprognose für Freitag, den 25. Februar 1910. Ein wenig kühler, zeitweise aufklarend, vorwiegend noch trübe mit...

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 25. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Schauspielhaus. Strand-

Urania. Wissenschaftliches Theater. Freitag 8 Uhr: Im Firmenglanz des Ober-Engadin.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.). Freitag, abends 8 Uhr: Die erste Geige.

Folies Caprice. Folies Caprice. Freitag, abends 8 Uhr: Der Luftturner. Herr Wasserkopf.

Zirkus Schumann. Zirkus Schumann. Freitag, den 25. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Gala-Sport-Vorstellung.

Zirkus Busch. Zirkus Busch. Heute Freitag, 25. Februar, abends 7 1/2 Uhr präz.: Gala-Abend.

Passage-Panoptikum. Passage-Panoptikum. Senegal in Berlin! 50 wilde Weiber.

Passage-Theater. Passage-Theater. Abends 8 Uhr. Gussy Holl Lamborg.

Metropol-Theater. Metropol-Theater. Hallo!!! Die große Revue!

Herrnfeld Theater. Herrnfeld Theater. Kommandantenstr. 67. T. N. 4, 5088.

Circus Sarrasani. Circus Sarrasani. Alter Botan. Garten. Eingang Grunewaldstr.

Trianon-Theater. Trianon-Theater. Heute und folgende Tage, 8 Uhr: Theodore & Cie.

Berliner Theater. Berliner Theater. Heute: Pension Schöller. 8 Uhr. Morgen: Taifun.

Rigoletto. Rigoletto. SW., Belle-Alliance-Strasse Nr. 7/8. Anfang 7 1/2 Uhr.

Apollo Theater. Apollo Theater. Letzte Woche! 8 Uhr: Die großen Spezialitäten.

Casino-Theater. Casino-Theater. Rathenauer Straße 37. Anfang 8 Uhr. Heute zum letzten Male: Der Obergauener.

W. Noacks Theater. W. Noacks Theater. Schumannstr. 16, am Rosenhäger Tor. Der Sonnenwendhof.

Palast-Theater. Palast-Theater. Direktion: Robert Dill & Karl Pirau. Burgstraße 24, am Bahnhof Börje.

Luisen-Theater. Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Was Gott zusammenfügt.

Walhalla-Variete-Theater. Walhalla-Variete-Theater. Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor. Anfang 8 Uhr.

Deutschlands grösste und vornehmste Lichtbühne. Deutschland's grösste und vornehmste Lichtbühne.

Stadt-Theater Moabit. Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/48. Sonntag, den 27. Februar 1910.

Reichshallen-Theater. Reichshallen-Theater. Stettiner-Sänger. Der Nachtwächter von Zerpentkeule.

Buddenhagen. Buddenhagen. am Maritzplatz. Heute 9 1/2 Uhr ringen: Zuerst endgültiger Entscheidungstag.

Reform-Kind. Reform-Kind. Das schönste Programm Berlins. Anfang 8 Uhr.

Tonbild-Theater. Tonbild-Theater. Reichscaudorfer Str. 26-27. Das schönste Programm Berlins.

Brauerei Friedrichshain am Königstor. Brauerei Friedrichshain am Königstor. Grösste Schenkwürdigkeit Berlins.

Arnold Scholz. Arnold Scholz. Hasenheide 108/114. Täglich: Großes Bockbierfest in den bayerischen Alpen.

Kreuzberg-Festsäle. Kreuzberg-Festsäle. Besitzer: Otto Ernst. SW., Kreuzbergstraße 48.

Karl Haverland. Karl Haverland. Anfang Theater. präz. 8 U. 77/79 Kommandantenstraße 77/79.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1229. Charitestraße 2. Hof III. Amt 3, 1987.

Sonntag, den 27. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal 4), Engelauer 15:

## Allgemeine Versammlung der Rohrleger und Helfer Berlins u. Umg.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Ströbel.  
2. Diskussion.  
3. Branchenangelegenheiten.

In dieser Versammlung müssen alle Kollegen anwesend sein, da beim dritten Punkt der Tagesordnung eine Besprechung über eine wichtige Angelegenheit notwendig ist. Außerdem verweisen wir auf den Vortrag und erwarten deshalb, daß für einen guten Versammlungserfolg agitiert wird.

Sonntag, 27. Februar, vormittags 10 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

## Branchen-Versammlung aller in der Metallindustrie besch. Maschinenarbeiter u. Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Arbeitersekretärs Genossen Ritter über: „Mitarbeiter im Arbeitsvertrag.“  
2. Diskussion.  
3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

In dieser Versammlung sind alle in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter, Bohrer, Fräser, Stoher, ferner die in den Betrieben der Metallindustrie beschäftigten Schnittarbeiter, an Blechpressen und Stohrwerken Beschäftigte, ferner alle in der Metallindustrie tätigen Arbeiterinnen freundlich eingeladen.

Sonntag, den 27. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Röber, Elisabethenstr. 14.

## Branchen-Versammlung der Fahrstuhlmonteure und Helfer Berlins und Umg.

Tages-Ordnung:  
1. Branchenangelegenheiten. 2. Beschiedenes.  
Pflicht eines jeden Kollegen ist es, zu erscheinen. Keiner darf fehlen.  
Die Ortsverwaltung.

## Fliesenleger!

Nächsten Montag, den 28. Februar, findet abends 8 Uhr im Gewerkschaftshause, Saal 5, die

## Außerordentliche Mitgliederversammlung

Tages-Ordnung:  
1. Bericht von den Beratungen der gem. Vorstandssitzungen. 2. Vorstandswahl. 3. Wahl der Schlichtungskommission und des Arbeitsvermittlers. Kollegen, wir weisen nochmals darauf hin, daß es dringend notwendig ist, daß jeder hierzu erscheint.  
Der Sektionsvorstand.

## Steinarbeiter!

Sonntag, den 27. Februar 1910, vormittags 9 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

## Kombinierte Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Stellungnahme zur Tariffrage, 2. zur Erhebung von Extrasteuern, 3. zur auswärtigen Anfertigung kommunaler Arbeiten, 4. zur Gaukonferenz.  
Kollegen aller Branchen, erscheint ohne Ausnahme!  
Auch die Arbeitslosen müssen zur Stelle sein.  
Die Ortsverwaltung.

Am Sonnabend, den 26. d. M., abends 8 Uhr,

im Gewerkschaftshause, Engelauer 15:

## Oeffentliche Versammlung

## Berliner Arbeiter-Schachklubs.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag: Arbeiter und Schachspiel.  
2. Freie Diskussion.

Referent: Schachmeister S. Alapin.  
Alle Arbeiter, welche Interesse am Schachspiel haben, sind hierzu freundlichst eingeladen.  
Der Vorstand.

**Desinfizieren heisst nicht gerade riechen,** denn Automors beweist Ihnen, dass es eine nicht überriechende Desinfektion gibt.

## Abonnements- u. Monats-Garderoben

sowie wenig getragene nur auf Tage verbleibende gewebene Anzüge, Jacketts und Hosen in allen Größen und Preislagen vorräthig. In Ausverkauft und Jacous selbst dem verwichensten Geschmack entsprechend. Für gute Passform, prima Verarbeitung und erdrosselnde Zutaten dienen Ihnen zur Gewähr, daß dieselben größtentheils nur in ersten Werksstätten des In- und Auslandes hergestellt sind. Wir offerieren unter anderem trotzdem zu nachfolgend billigen Preisen

**Anzüge 9<sup>50</sup> 13<sup>50</sup> 17<sup>50</sup> 19<sup>50</sup> + Paletots 7<sup>50</sup> 10<sup>50</sup> 15<sup>00</sup> 18<sup>00</sup>**

Verteilschhaus feiner Herren-Moden, Leipzigerstr. 59 am Spittelmarkt, neben Wschinger (Sonntags geöffnet.)  
Verleihung von Anzügen, Paletots, Hosen auf Tage, Wochen, Monate.  
Gelegenheitskäufe in neuen Garderoben: Anzüge von 7.50. Paletots von 6.00. Hosen von 1.50 an.

# Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 27. Februar, vormittags 10 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58-59:

## Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Delegierten vom Verbandstag. 2. Diskussion.  
Begen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Einlaß.  
Der Zweigvereinsvorstand.

## Selowsky's Bolero-Cigaretten

bleiben unübertroffen!

mit Mundstück ohne Mundstück Goldmundstück

**10 Stück 20 Pfg.**

Max Ziegenhals, BERLIN NO. 43, 70 Neue Königstraße 70  
Telephon: Amt VII, 3047.

Billigste, bestsortierte Einkaufsquelle für Händler.

## Zigaretten, Zigarren und Tabake.

Größte Niederlage von:

## G.A. Hanewacker, Nordhausen.

nur echt in 10 Pfg.-Rollen.

**5 Pfg.-Stangen — und Twist mit Kopf.**

Jede Rolle nur echt mit Firmenzettel!

## Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands

Verwaltungsstelle Groß-Berlin.  
Sonnabend, den 26. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

## Große Versammlung mit Frauen.

Tages-Ordnung:  
Vortrag des Genossen Woldt: „Die Kondensationsmaschinen“. Bericht von der Gaukonferenz Altenburg. Beschiedenes.  
Die Kollegen, auch uns fernstehende, werden gebeten, zahlreich zu erscheinen. — Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.  
S. A.: H. Schwissau.

## Fruchtweine

kräftig und abgelagert sind billiger, wohlschmeckender und nahrhafter als **Branntwein!**

Johannisbeerwein, herb und süß	1/2 Flasche 60 Pf.
Heidelbeerwein, herb und süß	1/2 " 35 "
Stachelbeerwein, süß	1/2 " 35 "
Himbeerwein, süß	1/2 " 35 "
Kirschwein, süß	1/2 Flasche 70 Pf.
Brombeerwein, süß	1/2 " 40 "
Erdbeerwein, süß	1/2 " 40 "

Zu haben in allen Geschäften, welche unsere Waren führen!  
**Fruchtweine** sind für Schankwirte zum Ausschänken aus dem Faße sehr vorteilhaft; Schankwirte und Wiederverkäufer erhalten bedeutende Preisermäßigung.

**Hermann Meyer & Co. Akt.-Ges.**  
Berlin N., Watt-Str. 11/12. 4066L\*

Arbeiter finden für ihren Beruf gute und billige Kleidung in großer Auswahl  
**Brunnenstr. 158, Otto Heinicke.**

Den herzlichsten Glückwunsch zum 25-jährigen Arbeitsjubiläum in der Schlosserei Landberger Str. 16 bringt dem **Hermann Joswig** Schloffer sein Conja Ferdinand.

Verband d. Bureauangestellten und der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsgenossenschaften Deutschlands.  
Ortsgruppe Groß-Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied

**Johannes Rathvon**  
(Vors. Krankenkasse Friedrichsfelde) verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 26. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom Friedhof der Gemeinde Friedrichsfelde (am Bahnhof Friedrichsfelde-Est) aus statt.  
45/5  
Die Ortsgruppenleitung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. **Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droschkenführer **Karl Backhaus** am 19. d. M. im Alter von 71 Jahren verstorben ist. 66/10  
Ehre seinem Andenken!  
Die Bezirksverwaltung.

Tischler-Verein zu Berlin E. H. No. 89.  
Hiermit die traurige Nachricht, daß unser Mitglied **Theodor Sorger** Grünauer Straße 4 wohnhaft, am 23. d. M. im Alter von 46 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 26. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gammels-Strichhofes, Hermannstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
198/5 **Der Vorstand.**

**Dankfagung.**  
Für die liebevolle Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters **Paul Liedtke** sowie die reichen Kranzpenden sage ich allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank.  
8496  
**Martha Liedtke.**

**Dankfagung.**  
Allen Freunden und Bekannten sowie den Herren Beamten und Kollegen der K. G. vom Freund u. Co., welche bei der Beerdigung des Eisenstechers **Karl Kämpfer** ihre Teilnahme bezeugten, sage ich hierdurch meinen Dank.  
R. A.: Witwe E. Pandry.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters und guten Vaters sagen wir hierdurch allen, insbesondere den Kollegen unseres herzlichsten Dank.  
Die trauernde Witwe  
**Karoline Weber nebst Kind.**

**Dankfagung.**  
Allen denen die uns bei der Beerdigung meines lieben Vaters, des Warmmorschleifers **August Hoffmann** herzliche Teilnahme schenken, sagen wir hiermit vielen Dank.  
44032  
Witwe **A. Hoffmann** nebst Söhnen.

## Gemeinsame Ortskrankenkasse für Adlershof und Umgegend.

Zu dem am 27/12  
Sonntag, den 10. März er., abends 7 Uhr, im Restaurant Giesner zu Adlershof am Bahnhofsplatzfindenden

## Außerordentlichen General-Versammlung

laden wir die Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber hiermit ein.  
Tagesordnung:  
Betrifft Wenderung der Beiträge nach Lohnklassen und entsprechende Statutenänderung.  
Adlershof, den 23. Februar 1910.  
Der Vorstand.  
S. Hansen, Vorsitzender.

## Tischler-Verein E.H. 89.

Sonnabend, den 26. Februar, in Sandfaul. Kottbuser Straße 6:  
**Großer Wiener Maskenball**  
verbund. m. Aufzug, komischen Vorträgen und vielen Ueberraschungen.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Billet 50 Pf.

## Die Versammlung

findet Sonnabend, den 5. März, statt. Vortrag über „Die Wunder der Tiefsee“ mit farbigen Lichtbildern.  
Zu beiden Veranstaltungen ladet Freunde und Gönner des Vereins ein  
198/4 **Der Vorstand.**

## Engelhardt Caramel-Bier

Alkoholfreies Spezialbräu.  
Aerztlich empfohlen für Nerven, Blutsüchtige, nährnde Mütter etc. etc.  
Preis pro Flasche 10 Pfg. Federal-Käuflich.  
**Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. A.-G. BERLIN-PANKOW.**  
Größte Malzbierbrauerei Deutschlands.

## Ohne jede Anzahlung

# Pianos

erstklassiges Fabrikat (Ormal prämiertes Staatsmedaille) in allen Holz- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle.  
(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag. 95/16\*  
Für jedes Instrument gewähre ich 20jähr. schriftl. Garantie.  
**Berlin, Ansbacher Str. 1**  
**Conrad Krause Nachf.,** Ecke Kurfürstestr. Tel. Charl. 10410.  
Auch Sonntags geöffnet.

## Partei - Angelegenheiten.

Am Sonntag, den 27. Februar,

findet von 8 Uhr morgens an von den bekannten Stellen aus eine

### Flugblattverbreitung

in allen Bezirken Groß-Berlins statt.

Bei den einzelnen Phasen unseres Wahlrechtskampfes ist die Teilnahme aller freilich denkenden Elemente des Volkes notwendig. Deshalb soll sich im Laufe der nächsten Woche der Besuch der Empfänger dieses Flugblattes anschließen, um alle der Organisation noch Fernstehenden zum Eintritt in unsere Kampfreihen, die Wahlvereine, zu veranlassen.

Wir erwarten daher, daß kein organisierter Anhänger der Partei bei der so notwendigen Arbeit fehlt, damit auch diese Aktion in gewohnter Weise sicher und rasch erledigt wird. Der Vorstand.

Auf die überaus zahlreichen Nachfragen und Besuche am Freitag zur heutigen Festfeier für den Genossen Vebel bemerken wir, daß alle Eintrittskarten bereits durch die Kreiswahlvereine verteilt sind und über sämtliche Karten von diesen verfügt ist, so daß weder uns noch den Kreisen heute irgendein Billett zur Verfügung steht. Ohne Karte kann aber niemandem der Eintritt zur Feier gestattet werden.

### Das Verbandsbureau.

Treptow-Baumschulenberg. Sonntag, den 27. d. M., morgens 8 Uhr Flugblattverbreitung zur Gemeinwohl von den Bezirkslokalen aus. Die Genossen des 1. Wahlbezirks heißen im 4. Montag, den 28. d. M., abends 8 1/2 Uhr öffentliche Wählerversammlungen in der Madrenndahn, Ellenstr. 115/16 und in Speer's Hof, Baumschulenberg. 78. Thema: Ein letztes Wort an die Wähler! — Rege Agitation zu diesen Versammlungen ist notwendig. Der Vorstand.

Mariendorf. Am Sonnabend, den 26. Februar feiert der Wahlverein sein diesjähriges Stiftungsfest bei Frau, Kurfürstenstraße. Ein gut gewähltes Programm verspricht den Abend genussreich zu gestalten.

Friedrichsfelde. Sonntag, den 27. d. M., früh 8 Uhr Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus.

Miersdorf. Sonntag, den 27. Februar, früh 8 Uhr, Flugblattverbreitung vom Jugendheim aus.

Nieder-Schönhausen-Rohrdorf. Am Sonntag, den 27. Februar, findet früh 8 Uhr eine Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus statt. Der Bezirksleiter.

Französisch-Buchholz. Am Sonntagvormittag 9 1/2 Uhr findet von Käthe, Berliner Str. 39, aus eine Flugblattverbreitung statt.

Buch (Bezirk Franz-Buchholz). Am Sonntagvormittag 9 Uhr findet von Starke, Bahnhofstr. 6, aus eine Flugblattverbreitung statt.

Hermendorf. In der am Dienstag, den 1. März, abends 8 Uhr stattfindenden öffentlichen Wählerversammlung findet die Handzettelerverbreitung am kommenden Sonntag früh 8 Uhr vom Posthaus aus statt. Sämtliche Genossen müssen zur Stelle sein, da außerdem noch eine Besprechung stattfindet. Der Bezirksleiter.

Rosow. Morgen, Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr findet im Lokal des Herrn Ernst Schmidt, Wilhelmstr. 41—43 ein Lichtbilder Vortrag über die bolschewistische Revolution statt. Vortragender: Reichstagsabgeordneter Genosse Adolf Geddes-Doffenburg. Eintrittspreis 10 Pfennig. Der Vorstand.

Spandau. Am Sonntag, den 27. d. M., findet in den uns unterstellten Landbezirken eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen, welche im Besitze eines Rades sind, werden ersucht, sich recht zahlreich am Sonntagmorgen 6 1/2 Uhr bei Emil Säubert, Kurstr. 21, einzufinden. Der Vorstand.

## Berliner Nachrichten.

### Konferenz zur Erhaltung der Wälder.

Zur Veratung der Frage, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um den Waldbestand im Groß-Berlin möglichst zu erhalten, fand gestern auf Einladung des Oberbürgermeisters Körner in der Berliner Rathhause eine Zusammenkunft der Oberbürgermeister von Groß-Berlin und von Vertretern der Kreise Niederbarnim und Teltow statt. Außer den letztgenannten beiden Kreisen waren die Städte Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Rixdorf und Lichterberg vertreten. In der Sitzung wurde über die Vorarbeiten der vor einigen Monaten zu diesem Zweck eingesetzten Kommission ausführlich Bericht erstattet. Deren Vorschlag gemäß einigten sich die Erschienenen dahin, daß es behufs weiterer Bearbeitung der Angelegenheit innerhalb der einzelnen kommunalen Körperschaften zweckmäßig sein würde, wenn die leitenden Persönlichkeiten der beteiligten Stadt- und Kreisverwaltungen sich mit einer im Entwurf vorgelegten Denkschrift an die Herren Reichsminister wendeten, in welcher in Kürze die Notwendigkeit der Erhaltung eines umfangreichen Waldbestandes um Berlin dargelegt und zugleich Vorschläge gemacht werden, um die Erhaltung bestimmter umfangreicherer Waldgebiete in einer mit der Staatsregierung noch näher zu vereinbarenden Form bewerkstelligt werden könnte. Wegen Durchführung dieser Vorschläge soll sich eine von den Herren erwählte kleine Kommission mit den zuständigen Herrn Ministern alsbald persönlich in Verbindung setzen.

### Der schwule Peter in Obdachkuratorium.

Die magisteroffizielle Darstellung der Verhandlungen des Obdachkuratoriums, die wir gestern mitteilten, ist alles andere, nur keine objektive. Wir hatten gleich unsere Zweifel geäußert, ob alles in bester Ordnung sei; diese Zweifel werden bestätigt durch einen Bericht über den Verlauf der Sitzung, der uns zur Verfügung gestellt wird. Verschwiegen wird die interessanteste Szene, die Herr Fischel arrangiert hatte. Und diese Szene, die den Clou des stadträtlichen Berichtes bilden sollte, gestaltete sich zu einem glänzenden Reinsfall. Herr Fischel erklärte: „Wie übertrieben die Dinge in den Darstellungen sind, geht aus schlagendsten aus den Schilderungen des „Peter“ hervor.“ Herr Fischel verließ die betreffenden Stellen — „und nun sollen Sie, meine Herren, sich überführen, wie dieser Mann aussieht.“ Der Regisseur winkt, der Zwingler, pordon, die Tür öffnet sich und herein tritt ein Mann, eine augemeckelte, abgemackelte Gestalt mit eingefallenen Wangen, stiefelnden, unruhig flackernden Augen, aber in auffallend guter Kleidung, gut frisiert und pomadifiziert, Haarur, der — „Peter“. Er gibt zu, seit Jahren das städtische Obdach mit seiner Gegenwart beehrt zu haben. Wenn er verwahrt wurde, sei er

immer auf kurze Frist aus Berlin verschwunden, um dann von neuem im Obdach auf der Wildfläche zu erscheinen. Er bestätigt, 16 mal verwarnt und wiederholt aus Berlin ausgewiesen zu sein. Er gesteht zu, einen jüngeren Landmann — „Peter“ ist Bayer — auf der Lagerstätte umgefaßt und auf den Hals gekippt zu haben; „geschwulst“ oder Onanie getrieben habe er nie. Er habe erst bei seiner Vernehmung auf der Polizei erfahren, was das ist. Als Genosse Hoffmann den „ahnungslosen Engel“ fragte, ob er in dieser Kleidung, die er heute trage, das Obdach besucht habe? erklärte Herr Fischel: „Nein, die haben wir ihm gegeben, damit er hier erscheinen kann.“ Damit hatte die neueste Fischel-Komödie und das Auftreten des „Peter“ in derselben ihren Höhepunkt erreicht. Nachdem mitgeteilt war, daß man den jungen Mann als Maler eine Stelle verschafft habe, wo er demnächst zu arbeiten anfangen, sagte das „überfrohe“ Kuratorium ohne „Peter“ weiter. Es stellte sich heraus, daß der Trick gänzlich verunglückt war, indem der Vorgeführte den denkbar schärfsten Eindruck auf alle Kuratoriumsmitglieder gemacht hatte und daß jedes Mitglied den Eindruck hatte, „Peter“ habe nicht die Wahrheit gesagt. Es wurde auch von dem Jugendpfleger Pastor Kräsemann und dem Oberinspektor Jüdel erklärt, daß sie und das Personal sofort aus dem Artikel erkannt hätten, wer der „Peter“ sei, worauf Hoffmann feststellte, daß, wenn man sich an Stelle der neuen Garderobe, die dem Mann so splendid gegeben sei, seine alte denke, dazu die nicht frisierten Haare, die Beleuchtung des Obdachs, und sich vergegenwärtige, daß auch ein Schriftsteller mit anderen Augen und — zugegeben — mit etwas Phantasie sieht, dann würde wohl das Bild so ziemlich zutreffen. Es läme auch gar nicht darauf an, ob alle behaupteten Einzelheiten richtig seien. Das ganze Kuratorium wisse, was in sittlicher Beziehung und an Diebstählen draußen passiere. Diese Dinge müßten, soweit es in der Macht der Verwaltung liege, abgeändert werden. Genosse Hoffmann stellte deshalb abermals seinen früheren Antrag auf Einführung des Kojen, oder des Jellenstystems sowie die Separierung der einzelnen Säle, indem jeder Saal seine eigene Abortanlage erhalte. Bis das aber geschehen sei, Anseinanderberührung der Writschen, die jetzt nicht aneinander ständen und geradezu zur Unsitlichkeit anreizten, nötig. Geordneter Aufsichtsdienst, der nicht in genügendem Maße stattgefunden habe, und Aufhebung der Beschränkung der Revision, soweit dieselbe von Kuratoriumsmitgliedern ausgeübt wird, sei notwendig. Herr Fischel will die unter 18 Jahre alten Obdachlosen dadurch vom Obdach fortzulaufen, daß er ihnen Zwangsbesorgung androht und in jedem einzelnen Falle, wo sich solch ein Jugendlicher im Obdach sehen läßt, die Frage, ob solche möglich ist, prüfen lassen. Gegen diesen Vorschlag wendet sich mit aller Energie der Genosse Steinlein, da das hieße, den Teufel mit Belzebub austreiben; auch Stadtrat Münsterberg äußert aus sittlichen Gründen schwere Bedenken gegen die Pflichterzählung, dem sich auch Pastor Kräsemann anschließt. Herr Münsterberg befürwortet schließlich, das von Hoffmann vorgeschlagene Jellenstystem mindestens für einen Saal der Jugendlichen einmal versuchsweise einzuführen, im übrigen wäre er dafür, die Arbeitslosen unabhänglich ins Arbeitshaus zu stecken, damit sie dort ihren Herrgott erkennen lernen“, worauf ihm von seinen Genossen geantwortet wurde, daß sie dort alles Mögliche, nur keinen Herrgott kennen lernen würden. Daß Herr Stadtvorordener Kettig von „Humanitätsschulung“ gegen jugendliche Bettelbrüder“ sprach und das Obdach, welches jetzt bis 11 Uhr aufnimmt, bereits um 8 Uhr schließen will, damit die „Saufbrüder“ eher aus den Deckeln herauskommen, wird niemand wunder nehmen, der des Herrn sozialer Verständnis kennt.

Der Herr Oberinspektor mußte zugeben, daß, wenn er die bis 4200 Obdachlosen, die häufig im Winter Obdach suchen, aufnehmen will, er dieselben nur dadurch unterbringen kann, daß er sie eng aneinanderlegt, worauf von sozialdemokratischer Seite Neubau des städtischen Obdach abermals beantragt wird. Hiergegen wendet sich Stadtrat Jüdel, ebenso gegen die Einrichtung von Jellen. Ein solches Obdach würde „Attraktionskraft auf alles Gesindel im ganzen Lande ausüben“. 95 Proz. der Zeitungsartikel seien Phantasie des Schreibers. Herr Fischel erklärte schließlich, daß es in der „Wiesenburg“ auch nicht anders wäre. „Dort würde auch feste gehauen und die Unsitlichkeit gewerblich mäßig getrieben (er gebrauchte einen Ausdruck, welcher sich hier nicht gut wiedergeben läßt). Hoffmann fragte, ob das auch „Phantasie“ oder eigene Wissenschaft wäre? Er erhielt zur Antwort: „Das erzählten die jugendlichen Obdachlosen“, worauf ihm erwidert wurde, wer solche Behauptungen aufstelle, ohne jeden Beweis erbringen zu können, habe kein Recht, von der „Phantasie“ anderer so wegdervend zu sprechen. Herr Fischel behauptet dann noch, daß nach Äußerungen der Vertreter von Schöneberg und Charlottenburg das Berliner Obdach nicht zu klein, sondern eher zu groß sei, also von Berlin „zu viel, nicht zu wenig“ getan würde, und daß daher nichts Neues geschaffen werden könnte, sondern das es „zurück“ gehen müsse.

Herr Dr. Preuauer teilte alsdann noch zur Charakterisierung der Arbeitlichen mit, daß er an einem Tage 60 Arbeiter aus dem Obdach zu einem Stunde von Berlin wohnenden Pigeleibesitzer gebracht habe und am anderen Tage seien schon 60, nach ein paar Tagen alle übrigen fortgegangen, obwohl der Mann freie Wohnung gab und 350 M. zahlte. Streif soll dort nicht gewesen sein. Leider konnten unsere Genossen trotz Anfrage nicht die Adresse des Pigeleibesitzers erfahren. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde schließlich die Kommission zur Vorbereitung von Maßnahmen zur Abänderung der Zustände im Obdach eingesetzt, von der der Magistratsbericht wendet. Der übrige Teil der Tagesordnung mußte mit Rücksicht auf die vorgeführte Zeit unerledigt bleiben. Unser neu eingeführte Genosse fragt noch nachmals an, wie es denn mit der bedingungslosen Freigabe der Revisionen durch Kuratoriumsmitglieder stünde, und als diese Frage auch der Kommission mit überwiesenen wurde, trugen sich die drei Sozialdemokraten für alle Monate in die ausliegende Revisionsliste ein, so daß sie jetzt das ganze Jahr ohne Erlaubnis des Herrn Fischel revidieren können.

Von einem Kautionschwindler Albert Rothe wußten wir im Juni vergangenen Jahres zu berichten. Damals betrieb der Bürsche in der Liebenwalder Straße 57 angeblich eine Lütenfabrik und engagierte zahlreiche Personen, denen er erhebliche Kautionen abnahm. Weil er schon wegen Kautionschwindelverbrechen bestraft war, erzählte er den jungen Leuten, die sich meldeten, daß ihr Geld als Geschäftskeimlage betrachtet werde. Schließlich aber brach der Schwindler zusammen, und die Betroffenen gingen dem Schwindler so zu Leibe, daß er sich zu seiner eigenen Sicherheit von einem Kriminalkommissar festnehmen ließ, weil er sonst von seinen Gläubigern glaube toteschlagen zu werden. Jetzt erhalten wir Mitteilungen, daß dieser gefährliche Mensch sein schmutziges Handwerk ruhig weiter treibt. Seit Wochen erließ er im Inseratenteil der „Morgenpost“ und des „Lokal-Anzeiger“ Cifferinserate des Inhalts, daß ein junger Mann dauernde Stellung findet, wenn er 500 oder 1000 M. Kaution stellen könnte. Und wieder ergab sich, daß Albert Rothe, der jetzt im Hause Gutschulstraße 46 die angebliche Lütenfabrik haben will, der Auftraggeber ist. Die Leute, die sich meldeten, wurden zu einem bestimmten Zeitpunkt zu ihm bestellt, aber vielfach schon auf der Straße abgefaßt, damit sie gar nicht erst Einblick in das großartige Geschäftsunternehmen erhalten. Wiederum ist die Ergatterung der

Kaution die Hauptsache. Dieser Tage kam es von neuem zum Kappen. Verschiedene „Geschäftsteilhaber“ alias Geprüllte trafen zufällig zusammen und klagten sich ihr Mißgeschick. Rothe ist wiederum verschwunden. Wie uns berichtet wird, hat sich ein junger Mann, der Kaution stellen sollte, vorher auf dem Polizeirevier in der Christiansstraße nach Rothe erkundigt. Dort ist ihm gesagt worden, daß die Polizei Auskünfte über Geschäftsinhaber nicht geben dürfe. So richtig das im allgemeinen sein mag, muß doch die Frage aufgeworfen werden, ob der Polizei im vorliegenden Falle die Kautionschwindelverbrechen des Rothe nicht bekannt waren.

Auch soll die Polizei dieses Reviers ihre Hilfe verteuert haben zur Erlangung der den geschädigten Leuten gehörigen Papiere, so daß einfach Selbsthilfe angewendet werden mußte. Der Schwindler des Albert Rothe ist um so infamer, als es sich um Schädigung von Leuten handelt, die ihre erparten Gelder fällig machten, um eine Stellung zu erhalten. Ein solcher Gauner müßte möglichst lange unschädlich gemacht werden.

Eine Schwindlerin treibt im Dögott-Bezirk ihr Unwesen. Sie drängt sich an Kinder heran, die von ihren Eltern zum Einholen geschickt werden und nimmt ihnen das Geld ab. Die Kinder werden in einen Hausflur gelockt und mit dem Auftrag, von einer im Hause wohnenden Freundin Geld herunterzuholen, fortgeschickt. Die Ware oder das Geld hierzu nimmt die Fremde einstweilen in Verwahrung, um auf Kimmertwiedersehen zu verschwinden. Die Eltern der Kinder in jener Gegend tun gut daran, ihre Kinder zu warnen.

Eisenbahners Sterben. Von einem Eisenbahnzug überfahren und getötet wurde vorgestern auf der Strecke der Wanniseebahn der 23-jährige Hilfsarbeiter Billy Peters aus Neudorf. Der Beamte hatte einen Rangierzug nach Bahnhof Wannsee zu begleiten. Unmittelbar vor dieser Station sprang er von dem Train während der Fahrt ab und kam so unglücklich zu Fall, daß er unter den Zug geriet, dessen Räder über ihn hinweg gingen. P. wurde auf der Stelle getötet.

Von seinem eigenen Wagen überfahren und schwer verletzt wurde gestern der 33-jährige Kutscher Ernst Thiele aus der Sportstraße 20. Als er mit seinem Fuhrwerk die Beusselstraße passierte, entfielen ihm die Ägel und als er sich bückte, um die Leine wieder an sich zu nehmen, verlor er das Gleichgewicht und stürzte vom Hof herab. Er fiel so unglücklich, daß er unter den Räderwagen geriet und überfahren wurde. Der Verunglückte wurde nach der Unfallstation gebracht, wo eine schwere Kopfwunde und ein komplizierter Bruch des rechten Unterschenkels sowie erhebliche Hautabschürfungen im Gesicht und an den Händen festgestellt wurden. Nach Anlegung eines Rotbandverbandes wurde der Schwerverletzte nach dem Moabit Krankenhaus übergeführt.

Die Leiche eines jugendlichen Selbstmörders ist gestern im Köpenicker Forst in der Nähe der Försterei Krümmendamm bei Rabenstein aufgefunden worden. Bei dem Toten, der etwa 23 Jahre alt sein dürfte, wurden keinerlei Wertgegenstände oder Papiere aufgefunden, so daß seine Personallisten bisher nicht festgestellt werden konnten. Allem Anschein nach gehört der Lebensmüde dem Kaufmannstande an. Seine Leiche wurde mit einer Schußwunde in der Brust an einem Baumstamm lebend entdeckt. Der tote ist circa 1,70 Meter groß, von kräftiger Statur und hat blondes Haar und kleinen Schnurrbart. Er hatte ein Taschentuch, das mit T. gezeichnet ist, bei sich.

Mit Leuchtgas vergiftet aufgefunden wurde der 57 Jahre alte Musiker Veruhard Spät, der aus Bayern stammt und hier in der Hasenhöhe Nr. 89 bei einer Witwe vorübergehend sich aufhielt. Er spielte während der Wochzeiten in der Unionsbrauerei. In der letzten Zeit war er sehr wortlos. Er wollte wieder nach seiner Heimat zu Frau und Kindern reisen. Gestern nachmittag um 6 Uhr wollte seine Witwin ihn wecken. Sie nahm Gasgeruch wahr und fand Spät tot im Bett liegen.

Der Tod des Schulfabrikanten. Wie wir kürzlich berichteten, wurden in der Dyratstraße zwei Schulfabrikanten in betrunkenem Zustand aufgefunden und nach der Unfallstation gebracht. Einer von ihnen, der 19-jährige Fr. Josefstraße 11, befand sich in besinnungslosem Zustande und er mußte wegen Alkoholvergiftung nach dem Städtischen Kinderkrankenhaus in der Reinholdsdorfer Straße übergeführt werden. Dort ist er gestern gestorben.

Zwei Wechselbankenschwindler wurden vorgestern abend verhaftet. Es handelt sich um den 35 Jahre alten Handelsmann Wilhelm Cornelius, der als Jungeselle Strahburger Str. 81 allein wohnte und oft den 34 Jahre alten obdachlosen Handelsmann August Kluge beherbte.

Dilfios aufgefunden wurde gestern nachmittag vor dem Hause Heidendorferstr. 1 der 32 Jahre alte, aus Slagom gebürtige Arbeiter Friedrich Heidorn, der hier in der Ebertstr. 45 wohnt. Er war anscheinend schwer krank und wurde auf Veranlassung eines Arztes nach einem Krankenhaus gebracht. Auf dem Wege dorthin starb er. Die Leiche wurde dem Schauhaus überliefert.

Wegen eines gefährlichen Tischlereibrandes wurde am gestrigen Donnerstag der achte Wokzug nach dem Laufiger Weg 11/15 alarmiert. Als die Feuerwehr dort ankam, brannte es in einer Werkstatt für bessere Wohnungsanordnungen und Innenausbau von Neumann u. Dunar. Durch energisches Wassergeben mit einer Gasstrahlmaschine gelang es, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Die Entfischung wird auf Bahrlässigkeit zurückgeführt.

Ueber Arbeiter und Schachspieler wird morgen abend 8 Uhr in einer nach dem Gewerkschaftshaus einberufenen öffentlichen Versammlung der bekannte Schachmeister Klapin referieren.

Auf der Treptow-Sternwarte spricht Direktor Dr. Kirchenhoff am Sonntag, den 27. Februar, nachmittags 5 Uhr über: „Unser Wissen von den Kometen, insbes. vom Halleischen Kometen“; abends 7 Uhr über: „Die Bewohnbarkeit der Welten“. Montag, den 28. Februar, abends 9 Uhr, lautet das Thema: „Vom Erdinnern bis zu den Grenzen unserer Atmosphäre“. Da das Mondlicht nicht mehr kört, wird abendendlich mit dem großen Fernrohr der Halleische Komet gezeigt, abwechselnd mit dem Saturn.

Zeugen, die gesehen haben, wie am 5. Februar, vormittags 11 Uhr, vor dem Hause Brunnenstr. 10 ein Mann von der Strahlenbahn überfahren wurde und nach der Unfallstation in der Heidendorferstraße gebracht werden mußte, werden um Angabe ihrer Adressen an den Schaumacher Krug, Bergstr. 86, Hof im Keller, gebeten.

## Vorort - Nachrichten.

### Die Rixdorfer Wahlrechtsdrüber als Befürworter preussischer Wahlentzuchtung.

Trotzdem Berlin, Charlottenburg, Schöneberg sich bereits gegen die Wahlrechtsvorlage der Regierung erklärt haben, haben die bürgerlichen Vertreter in der Rixdorfer Stadtverordnetenversammlung nicht nur darauf verzichtet, Protest gegen die Vorlage zu erheben, sondern sie haben sogar die von unseren Genossen gestellten Anträge auf Neueinteilung der Wahlkreise, Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen sowie eine Erklärung, die sich gegen die Wahlrechtsvorlage der Regierung richtet, in der gestern abend stattgefundenen Stadt-

verordnetenversammlung abgelehnt. Wir werden über die Sitzung, in der sich die Wahlrechtsräuber ein zweites Denkmal der Schande errichtet haben, in der morgigen Nummer berichten.

Auf der Suche nach Arbeit verunglückte der 40 Jahre alte obdachlose Kaufmann Walter Stürzel auf der Treppe des Hauses Richardstr. 28. Er brach vor Erschöpfung zusammen, fiel herunter und blieb benommen liegen. Von Schulheuten wurde der Verunglückte nach der Luisenparkstation XII und von dort nach dem Krankenhaus in Rudow gebracht, wo ein schwerer Schädelbruch festgestellt wurde.

### Schöneberg.

Die letzte Wahlvereinsversammlung hörte einen Vortrag des Genossen Schumann über „Freisinnigkeit in der Gesetzgebung“ an. In der am 27. Februar stattfindenden Generalversammlung des Kreises wurden delegiert die Genossen: Frau Widert, Schwarzbach, Reich, Rosenow, Lager, Heinrich. — Die Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung wurde den Bezirken überlassen. Die Vegränzung wurde nach den Vorschlägen der Bezirke geregelt. An Stelle des ausscheidenden Genossen Rehsfeldt wurde Genosse Albin Wolsch zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Sodann unterstützte die Versammlung einen vom Genossen Julian Worchardt gegen sich gestellten Antrag auf Einleitung eines Ausschlußverfahrens. Zum Schluß wurde noch auf die am Sonntag, den 27. Februar, festgesetzte Flugblattverbreitung aufmerksam gemacht.

### Bilmersdorf.

Über Bauunternehmungen in städtischer Regie enthält der in diesen Tagen erscheinende Verwaltungsbericht der Stadt für die Zeit vom 1. April 1908 bis 31. März 1909 einige beachtenswerte Angaben. Es wurden im Berichtsjahre Skizzen, Entwürfe und Kostenanträge angefertigt für den Bau eines neuen Feuerwachengebäudes auf dem Grundstück Gasseiner Straße 19, für den Bau des zweiten humanistischen Gymnasiums in der Emser Straße, für ein als höhere Mädchenschule bestimmtes Schulgebäude am Nikolaburger Platz und für den Erweiterungsbau der Gemeinde-Doppelschule II in der Joachim-Friedrich-Straße zu Halensee. Desgleichen kommen noch Entwürfe und Kostenanträge für kleinere Baulichkeiten in Betracht, unter denen wir die Turnhalle an der Gemeinde-Doppelschule I, einige provisorische Schulpavillons für das neue Gymnasium und die provisorische Desinfektionsanstalt nennen.

Das Feuerwachengebäude ist im Berichtsjahre fertig geworden. Es enthält alle möglichen für ein derartiges Haus in Betracht kommenden Einrichtungen. Auch in architektonischer Hinsicht verdient es rühmend genannt zu werden, wie denn überhaupt Bilmersdorf sich mit den in eigener Regie hergestellten Bauwerken einen guten Namen gemacht hat.

Die Kosten der städtischen Bauausführungen beliefen sich im Berichtsjahre insgesamt auf 992 000 M. Das Feuerwachengebäude kostete 397 200 M. Von den im Bau begriffenen Gebäuden wird das Gymnasium auf 848 000 M., die neue höhere Mädchenschule auf 992 000 M., der Erweiterungsbau der Gemeindeschule auf 281 000 M. zu rechnen kommen. Auf den Quadratmeter umbauten Raum berechnet kosten die beiden höheren Schulen 19,70 und 19,88 M., die Gemeindeschule 17 M. Dieser Unterschied zeigt, daß man immer noch nicht daran denkt, die Gemeindeschulen ähnlich schön und reich auszustatten wie die höheren Schulen. Und doch soll erst der Grund genannt werden, der dagegen spricht, daß den Gemeindeschülern der Schulaufhalt nicht ebenso angenehm gemacht zu werden braucht, wie den höheren Schülern.

Erwähnt sei bei dieser Gelegenheit noch, daß die Stadt im Berichtsjahre aus privater Hand 81 083 Quadratmeter Grund und Boden zum Preise von 8 617 275,25 M. in ihren Besitz gebracht hat. Das macht 81,61 M. für den Quadratmeter oder 1150 M. für die Quadratdekte. Der Grundstückshandel nähet seine Leute.

### Groß-Dickersfelde.

Eine rege Debatte insipfte sich in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins an einen Vortrag des Genossen Sierung über die politische Lage. Redner beleuchtete die Wahlrechtsvorlage der Regierung des näheren und forderte die Versammelten zu einer intensiven Aufklärungsarbeit für ihre Ideen. In der Diskussion betonte zunächst Genosse Wenzel: Der Fall Oldenburg beweise, daß die herrschenden Klassen kein parlamentarisches Regime wollen. Man werde auch das Reichstagswahlrecht nehmen, sobald die Sozialdemokratie im Reichstage die Majorität habe. Für die Erreichung des allgemeinen gleichen Wahlrechts zum preussischen Landtag empfahl der Redner die Anwendung des Massenstreiks. Es sei besser, dieses Mittel zu versuchen als gar nichts zu unternehmen. Genosse Krappatz meinte, das Volk habe sich wohl die Straße erlampft, jedoch mit Demonstrationen allein sei nichts zu erreichen. Die Empörung der Massen müsse sich so steigern, daß zur Proklamierung des Generalstreiks gedrängt werde. Eventuell müsse auch zu dem Mittel der Steuerverweigerung gegriffen werden, um Verwirrung in der Verwaltung hervorzurufen.

Demgegenüber vertrot Genosse Ziege die Auffassung, daß die Empörung im Volke noch nicht groß genug sei, um den Massenstreik zu wagen. Als Beschwörer des Massenstreiks sprachen noch die Genossen Träger und Schindler. Genosse Gard plädierte noch für vorläufige Fortsetzung der Streikdemonstrationen, um zuletzt doch den Massenstreik anzuwenden. In seinem Schlußwort ging der Referent auf die Ausführungen der einzelnen Redner ein. Er betonte, daß Einheitsfront für alle zu unternehmenden Mittel im Kampfe erforderlich sei, um eine nachhaltige und gut organisierte Führung des Kampfes zu ermöglichen.

Für die Kreisgeneralversammlung wurden hierauf die Genossen Osburg und Schindler und für die Verbands-generalversammlung die Genossen Ziege und Krappatz gewählt.

Zur Aufnahme hatten sich 13 neue Mitglieder gemeldet. Am Schluß erwähnte der Vorsitzende die Mitglieder, bei der Gemeindevahl am 2. März ihre Schuldigkeit zu tun.

### Johannisthal.

Die letzte Gemeindevorstellung beschäftigte sich abermals auf Beantragung unserer Genossen mit der Friedhofsanfrage. Legenheit. Der hierzu von unseren Genossen gestellte Antrag: „Mittel zur Anlage eines Gemeindefriedhofes bereitzustellen“, gab diesen Gelegenheit, eine Abrechnung wegen der jenen Verhandlung der seinerzeit in der öffentlichen Versammlung an die Gemeindevorstellung gerichteten Resolution, die Anlegung eines Gemeindefriedhofes betreffend, zu halten. Nach kurzer Begründung des Antrages durch den Genossen Radumke gab der Gemeindevorsteher den Beschluß, daß die Friedhofsanfrage so lange ruhen könne, bis die Verhandlungen über die Rechte der Gemeinde Johannisthal mit Rudow geklärt sind. Herr v. Trübschler bezeichnete die in jener Versammlung gefasste Resolution als unmaßgebend, im übrigen vertrat er sich jede Kritik über die Tätigkeit der Vertretung. Damit gab der Herr unsere Parteigenossen willkommene Gelegenheit, auf breiterer Grundlage die Bedeutung des Wahlvereins und der öffentlichen Meinung auch in Bezug auf die Gemeindevorstellung ins rechte Licht zu rücken. Das Resultat der Verhandlung ergab die Wahl einer fünfgliedrigen Kommission zur Vorbereitung der Anlage eines Friedhofes. Ein Dringlichkeitsantrag der Schülerbetreffend Gebaltsregelung wurde der Finanzkommission zur Vorbereitung überwiegen. — Da der Kreisabschluß dem Ortstatut „Verunstaltung von Ortsteilen“ seine Zustimmung versagt hat, soll den Besitzern der vordringenden Häuser der Friedrichstraße nahegelegt werden, die Giebel freiwillig zu verschönern.

### Hohen-Schönhäufen.

Die Gemeindevorstellung beschäftigte sich unter anderem mit der von unseren Genossen eingebrachten Resolution zur preussischen Wahlrechtsvorlage. Der Gemeindevorsteher bezweifelte die Zulässigkeit einer derartigen Petition an die Regierung,

da diese in das politische Gebiet hinüber spiele. Darauf beantragte Genosse Thiele, zunächst eine Diskussion über den Zusammenhang von Wahlrechtsreform und Gemeindepolitik zu eröffnen. Dies wurde abgelehnt. Ebenso auch die eingebrachte Resolution gegen die Stimmen unserer drei Genossen und zweier bürgerlicher Vertreter. Großes Befremden erregte es, als der Gemeindevorsteher einem Herrn, der sich die Verhandlungen anhören wollte, erklärte: „Sie müssen wieder abtreten, da Sie nicht Mitglied der Gemeinde sind, sondern im Gutsbezirk Hohen-Schönhäufen wohnen“. Man muß die Verbältnisse hier an Orte kennen, um diesen Auspruch recht zu würdigen. Die Grundstücke von Gut und Gemeinde liegen so bunt durcheinander, daß eine Karte davon aussieht wie die der thüringischen Vaterländer. Dessenartige Einbautungen, Schule, Feuerwehre usw. sind gemeinsam; auch Verschmelzungsverhandlungen sind schon eingeleitet und doch dieser engherzige Standpunkt. Fürchten die Gemeindevorsteher vielleicht, die Gutsbewohner werden zu schlau, wenn sie ihre Reden anhören?

### Zegel.

Die letzte gutbesuchte Mitgliederversammlung des Wahlvereins hörte einen mit Begeisterung aufgenommenen Vortrag des Genossen Schütte über „Vebels Lebensbild“. Hierauf nahm die Versammlung Stellung zur Gemeindevorstellung. Als Kandidaten für die III. Klasse wurden die Genossen Trende und Radunz, für die II. Klasse Genosse Scheidemann aufgestellt. Als Bezirksführer für den V. Bezirk wurde Genosse Balow gewählt. Einem Antrag des V. Bezirks, die Expeditionsberichte in den Mitgliederversammlungen vorzulesen, wurde stattgegeben. Die Manifeste soll in diesem Jahre in zwei Lokalen gefeiert werden, da sich ein Lokal als unzureichend erwiesen hat. Ferner wurde beschlossen, zum 1. Mai vormittags eine Versammlung abzuhalten. Den Expeditionsbericht gab Genosse Diez. Vom Vorsitzenden wurde alsdann auf den Marzall Salzer-Abend hingewiesen. Zum Schluß wurden diejenigen Genossen, die am Tage der Wahlzeit haben, ersucht, sich frühzeitig im Wahllokal einzufinden, damit die zu leistenden Wahlarbeiten schnell von statten gehen. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Genossen Gladow in der üblichen Weise.

### Vernau.

Der Arbeitergesangverein „Freiheit“ begeht am morgigen Sonntagabend die Feier seines Stiftungsfestes. Die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder werden gebeten, durch zahlreichem Besuch zum besten Gelingen des Festes beizutragen, umfomehr, als der Verein bisher sein bestes Können stets in den Dienst der Arbeiterbewegung gestellt hat. Die Feier findet im Restaurant „Elythum“ statt und beginnt um 1/9 Uhr. Programm a 30 Pf. bei den Sangesbildern.

### Nowawes.

Eine Versammlung der hiesigen Gemeindegewerkschaft fand am Dienstag im Grubischen Lokal statt; dieselbe bezweckte, den bisher der Arbeiterbewegung noch fast gänzlich fernstehenden Proletariaten den Nutzen der Organisation klarzumachen und sie der letzteren zuzuführen. Erschienen waren von den in Betracht kommenden etwa 30 Arbeitern; als Vorkonferenzen der Gemeindegewerkschaft war der Genosse Ehret-Vorlin und von unserer Gemeindevorsteher-Fraktion die Genossen Gruhl und Reumann anwesend. Die Versammlung hatte das erfreuliche Resultat, daß sich am Schluß derselben 14 Arbeiter als Mitglieder aufnehmen ließen. Leider war von den bestbezahlten Arbeitern, den Feuerwehrleuten, kein einziger erschienen, doch hoffen wir, daß es gelingen wird, auch diese in kurzer Zeit dem Verbände als Mitglieder zuzuführen. Als Vertrauensmann wurde vorläufig Genosse Weder gewählt.

### Die Gemeindevorstellungsbewegung.

In einer großen Anzahl Vororte haben die Genossen bereits zu den bevorstehenden Gemeindevahlen Stellung genommen. Es werden diesmal doppelte Anforderungen an die im Kampfe stehenden Genossen gestellt. Gilt es doch gegenwärtig, immer größere Massen für den Wahlrechtskampf zu begeistern, zu einem Kampfe, dessen Endzweck die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts und damit der rückständigen preussischen Verwaltung ist. Gegenüber diesem großen Kampfsziel existiert oft das Interesse für die Aufgaben in der Kommune. Andererseits werden zur Führung des erwählten Kampfes die proletarischen Kräfte angespannt, so daß der Kampf um die kommunale Vertretung eine doppelte Anforderung an die Genossen bedeutet. Doch angesichts der Stellung und des Einflusses, den sich die Sozialdemokratie trotz des auch für die Kommunen geltenden Dreiklassenwahlrechts im Laufe der Jahre erungen hat, darf der Kampf um die Mandate für die Gemeindevorstellung nicht vernachlässigt werden. Er muß im Gegenteil jetzt, wo das Proletariat der rückständigen preussischen Verfassung den ersten Krieg erklärt hat, mit allem Nachdruck geführt werden; leiden doch die Kommunen unter eben dieser Verfassung, gegen die sich der Kampf richtet. Die von dem kommunalen Dreiklassenwahlrecht Bevorzugten halten an ihrem Privileg fest und beharren es, um sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern. Da gilt es immer mehr, dafür Sorge zu tragen, daß eine solche kommunale Interessenpolitik durch eine starke Vertretung der Sozialdemokratie unmöglich gemacht wird. Bei den diesjährigen Gemeindevahlen muß die Sozialdemokratie ihre Vertreterwahl abermals erheblich steigern.

Tempelhof. Mit einer gutbesuchten öffentlichen Gemeindevorstellungsbewegung, in der auch zahlreiche bürgerliche Erschienen waren, eröffnete der hiesige Wahlverein den Gemeindevorstellungskampf. Das Thema des Abends: „Staat, Gemeinde und Sozialdemokratie“ behandelte der Gemeindevorsteher Genosse Sonnenburg-Friedrichshagen. Unter lebhafter Zustimmung der Versammlung entrollte der Redner ein großartiges Bild der Forderungen und Aufgaben, die die Sozialdemokratie an die Gemeinden und den Staat stellt. In der Diskussion bedauerte zunächst Genosse W. Schmidt, daß trotz schriftlicher Einladungen keiner der Herren Gemeindevorsteher erschienen sei, und übte dann scharfe Kritik an der Tätigkeit der Gemeindevorstellung. Besonders auffallend sei die Bevorzugung der höheren Schule gegenüber der Volksschule in Bezug auf die Ausgestaltung des Lehrplanes, trotzdem doch gerade für die Ausbildung der Kinder der Kinderarmen eine größere Sorge am Platze wäre. Auch auf dem Gebiete der Gesundheitspflege sei so ziemlich alles verfallen worden; selbst in die Erziehung eines öffentlichen Volksschulbades und an die Anstellung eines Schularztes hat noch niemand gedacht. Der Par. die einzige Erholungsstätte der Einwohnerchaft, sei ohne Rücksicht auf die rapide Entwicklung unserer Gemeinde zum Teil der Verunreinigung zum Opfer gefallen. Genosse Ewald sprach die Erwartung aus, daß die Begeisterung, die die preussische Wahlrechtsbewegung in allen Teilen der Bevölkerung erweckt habe, auch der hiesigen Wahlbewegung zugute kommen möge, damit auch hier endlich einmal die Stimme des arbeitenden Volkes in der Gemeindevorstellung gehört werde. Frau Thiel wandte sich scharf gegen den Ausschluß der Frauen vom Wahlrecht, und zerstückte die fadencheinigen Gründe der Gegner des Frauenwahlrechts. Sie forderte deshalb die Frauen auf, auch zu ihrem Teil in dem Wahlkampfe ihre Pflicht zu tun. Mit dem Appell fleht sie für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten, die Eigentümer Max Schmidt, Martin Müller, Louis Franck und den Kiezer Albert Thiel, zu agitieren, schloß der Vorsitzende die imposante Versammlung.

Kiezer-Schönhäufen. Mit den kommenden Gemeindevorstellungsbewegung beschäftigte sich am Dienstag eine gutbesuchte öffentliche Versammlung, in der Genosse Max Groger-Migsdorf über „Die Sozialdemokratie in der Gemeinde“ sprach. Der Redner verstand es, auch Fernstehenden verständlich zu zeigen, welche Aufgaben die sozialdemokratische Vertretung im Gemeindepalament zu er-

füllen hat. In der Diskussion wurden eine ganze Reihe krasser Vorkämpfe zur Sprache gebracht. Im Schulwesen existieren noch die „fliegenden Klassen“, so daß ein Kind heute um 9 Uhr, morgen um 11 Uhr und dann wieder um 10 Uhr zur Schule geht. Ein solcher Zustand sei um so verwerflicher, als bei immerwährender Benutzung die Klassenzimmer niemals richtig gelüftet werden können. Des weiteren sei die Anstellung eines Schularztes notwendig. Auch auf anderen Gebieten zeige sich die soziale Rückständigkeit der bisherigen Gemeindevorsteher. So haben die Gemeindevorsteher der Strakenreinigung bei 28 M. Lohn eine Arbeitszeit von 12 Stunden. In seinem Schlußwort forderte der Genosse Groger auf, für die Kandidaten der Sozialdemokratie zu stimmen, denn nur so könne auf eine Besserung hingewirkt werden. Die vorgeschlagenen Vertreter unserer Partei sind für die zweite Klasse Genosse Müller, Kaufmann, für die dritte Klasse die Genossen Kreisemann, Schuhmacher, Teutonenstraje, und Buschke, Maurer, Schlohallee.

Reinickendorf-Ort. Den Bericht aus der Gemeindevorstellung erhaltete die in der Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Köhn. In kurzen scharfen Umrissen zeichnete er die Tätigkeit unserer Genossen im Dorfpalament. Eine wichtige Aufgabe war der Bericht über das Verhalten der bürgerlichen Majorität auf den verschiedenen Gebieten kommunaler Tätigkeit. Nirgends ein Anfang zu sozialer Betätigung. Nur engste kleinliche Interessenspolitik. Ein reiches Sündenregister in Bezug auf die Grund- und Bodenpolitik der Gemeinde, in der Schulfrage, in der Behandlung und Besetzung der Gemeindegewerkschaft und Beamten, in der Frage des Armenwesens, des öffentlichen Verkehrs und Wegebaus, des Wohnungswesens, der Arbeitslosenversicherung, des Arbeitsnachweises usw., dagegen liebvolle Pflege der Interessen der Grundbesitzer und Bodenbesitzer. Ergänzt wurde der Bericht durch den Genossen Schiller, der besonders auf die Notwendigkeit der Spreizung bedürftiger Schulkinder hinwies. Allseitig wurde in der lebhaften und längeren Debatte die Tätigkeit unserer Genossen in der Gemeindevorstellung anerkannt und auf verschiedene Mängel aufmerksam gemacht. Vom Vorsitzenden wurde aufgefodert, bei der bevorstehenden Wahl alle Kräfte einzusetzen, damit unsere Genossen mit imposanter Stimmengahl wiedergewählt werden. Unter Vereinsangelegenheiten führte nochmals das Thema der Stiftungsfest zu einer längeren Debatte.

Waidmannslust. Eine gutbesuchte Versammlung beschäftigte sich am Dienstag, den 22. Februar, mit den Gemeindevahlen. Nach einem einleitenden Referat des Genossen Groger-Ober-Schöneweide, an welchem sich eine rege Diskussion knüpfte, wurden als Kandidaten für die 3. Wählerklasse Genosse Buscher und Genosse Keßtin aufgestellt. Genosse Buscher gab in längerer Ausführungen die Erklärung ab, daß er bei eventueller Wahl seiner Person mit allem Nachdruck die Interessen der Allgemeinheit vertreten würde. Genosse Keßtin schloß sich diesen Ausführungen an. Der Vorsitzende teilte mit, daß die Wahl am Mittwoch, den 2. März, nachmittags von 5 bis 8 Uhr, stattfindet, und forderte die Anwesenden auf, ihre Pflicht zu tun, damit am Tage der Wahl der Sieg unfehlbar ist.

Hohen-Schönhäufen. Eine am Dienstagabend von bürgerlicher Seite einberufene Gemeindevorstellungsbewegung war auch von unseren Parteigenossen gut besucht. Die Aufstellung der Kandidaten zeigte so recht die Verschwiegenheit im bürgerlichen Lager. Auf Anzapfung unserer Genossen mußten sich die vorgeschlagenen Kandidaten zu einer Art Programmrede herbeilassen, doch über ein paar laute Worte oder Sätze kamen die meisten nicht hinaus. Erst unser ausscheidende und in der 3. Abteilung wieder kandidierende Vertreter, Genosse Thiele, zeigte den Herren, was man unter einer Programmrede versteht, und seinen nachdenklichen Ausführungen konnten sich auch die Gegner nicht verschließen.

### Jugendveranstaltungen.

Vorhagen-Rummelsburg. Der Jugendausschuß veranstaltet am Sonntag, den 27. Februar, abends 6 Uhr, einen Unterhaltungabend im „Tafel Velleus“ (Tempel), Hauptstr. 2. Vortrag des Stadtratskandidaten Hermann Müller über: „Amerikanische Reiseindrücke“, Deklamationen, Aufstufungen des Wandbarnimkreises, etc. (21. 1908). Die Mitglieder des Wandbarnimkreises und deren Angehörige sind freimüßlich eingeladen.

Der Jugendheim ist von früh ab aufklart Sonnabend, Freitag geöffnet. Die übrigen Tage: Montag, Mittwoch und Donnerstag bleiben wie bisher. Geöffnet von 7-10 Uhr, Sonntag von 4-10 Uhr.

Groß-Dickersfelde. Der Jugendausschuß veranstaltet am Sonntag, den 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Waidmannslust, eine Versammlung, in der Genosse Langer sprechen wird.

## Gerichts-Zeitung.

### Strafwürdige Fürsorge.

Wer Fürsorgezöglingen, die auf der Flucht sind, Beistand leisten, um sie der Zurückführung zu entziehen, macht sich strafbar. Auch Eltern, die ihre aus der Fürsorgeerziehung entlassenen Kinder bei sich aufnehmen und sie der suchenden Polizei nicht ausliefern, bleiben nicht vor Strafe verschont. Schon manche Mutter, die ihren Jungen nicht in die Anstalt zurücksühren lassen wollte, in der die üblichen Hiebe ihn erwarteten, kam auf die Anklagebank und mußte erkennen, daß ihre mütterliche Fürsorge dem Gericht als strafwürdig galt.

Gestern stand vor dem Landgericht I Berlin (Strafkammer 10) wieder mal eine Mutter unter der Anklage, in dieser Weise sich gegen das Fürsorgeerziehungsgesetz verhalten zu haben. Eine Frau J. hatte ihren Sohn und ihre Tochter, die beide aus der Fürsorgeerziehung sich zu ihr geflüchtet hatten, bei sich aufgenommen. Aus den Pflanzungen, in die die Wasserverwaltung der Stadt Berlin die Kinder gegeben hatte, waren beide davongelaufen, weil ihre Lage ihnen unerträglich schien. Die Tochter war in Pflege gewesen bei einem pommerschen Mühlbesitzer, und der Sohn hatte die Freunde der von uns schon vor einiger Zeit geschiederten Anstalt „Meanderhaus“ (bei Klein-Rammin hinter Küster) kennen lernen müssen. Die Mutter konnte es nicht über sich gewinnen, die Kinder dem Kriminalpolizisten auszuliefern, der nach ihnen sahndete. Besonders dem Sohn glaubte sie schon deshalb ihren mütterlichen Beistand nicht versagen zu sollen, weil er bei seiner Ankunft sich in recht miserabler Verfassung befand. Dem Polizisten gelang es aber, in der Wohnung der Mutter beide Flüchtlinge mit Hilfe eines gefälligen Sohnes des Hausverwalters zu ermitteln, und so kam es zur Anklage gegen Frau J. Vor Gericht sagte sie, daß sie es geradezu für ihre Mutterpflicht gehalten habe, die Kinder unter die Hand zu nehmen. Sie gab an, ihr Sohn habe Spuren von Schlägen aufgewiesen und Löcher an den Füßen gehabt, so daß sie zunächst mal Salbe holen ließ und ihm seine Wunden verband. Auch der als Zeuge vernommene Polizist behauptete, daß der Flüchtling sehr heruntergekommen ausgesehen habe. Hierzu versicherte Frau J., daß ihr Junge erst seit drei Tagen auf der Flucht gewesen sei. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagte, da sie schon einmal wegen Vergehens gegen das Fürsorgeerziehungsgesetz bestraft worden sei, die harte Strafe von sechs Wochen Gefängnis! Das Gericht berücksichtigte aber, daß die Mutter den Jungen zunächst hatte pflegen wollen, weil er, wie hier festgestellt worden sei, sich in sehr verwahrlostem Zustand befunden habe. Das wurde ihr als mildernder Umstand angerechnet, und das Urteil lautete demnach auf „nur“ eine Woche Gefängnis.

Bei all diesen Prozessen, die wegen Verberbung entlassener Fürsorgezöglinge den Eltern gemacht werden, müssen wir uns

immer wieder darüber wundern, daß der Verhandlung vor Gericht von der Waisenverwaltung anscheinend so gar kein Interesse entgegengebracht wird. Sie sollte es für ihre Pflicht halten, zu jeder dergleichen Verhandlung einen Vertreter zu entsenden, damit der dort mit anhört, was etwa über die Pflichten vorgebracht wird, aus der ein Fürsorgezögling entflohen ist. Aber die Waisenverwaltung steht freilich auf dem Standpunkt, daß solche Anschuldigungen von vornherein keinen Glauben verdienen. In übrigen legen leider auch die Gerichte keinen großen Wert darauf, den Angaben angeklagter Eltern über die den Kindern widerfahrenende Behandlung genauer nachzugehen und durch eine eindringende Beweiserhebung festzustellen, wodurch die Eltern zur Aufnahme und Verheimlichung der Kinder veranlaßt worden sind. Das ist um so bedauerlicher, als die Mutter, wenn ihre Angaben zutreffen oder sie sie auch nur für zutreffend hielt, wegen Notstands freizusprechen gewesen wäre.

### Nochmals der deutschnationale Gummiknüppel.

Wie unseren Lesern erinnerlich, wurde in der Schöffengerichtssitzung vom 5. November 1909, die sich mit den Vorgängen in einer vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehehilfen Deutschlands zum 9. September 1909 mit dem Thema „Hohe Steuern, niedrige Gehälter“ einberufenen Versammlung zu beschäftigen hatte, festgestellt, daß die Deutschnationalen, ihr Führer Thomas voran, die Versammlung durch Reden, Beleidigungen und wildes Geklörcher gestört hatten und daß zum mindesten ein Deutschnationaler mit einem Gummiknüppel — sicher nicht in der Absicht, damit zu dem Thema zu sprechen — sich zur Versammlung begeben hatte. Die Triolengruppe des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie hatte sich erdreistet, am Tage nach der Versammlung Flugblätter zu verbreiten, in denen sie die Wahrheit auf den Kopf stellte und sich als ein Opfer der von ihnen überfallenen hinstellte. Weder sie noch das Wolffsche Telegraphenbureau, das gleiche Unwahrheiten nach der Versammlung in die Welt hinausposaunte, haben es für nötig erachtet, ihre unrichtigen Ausstellungen zu widerrufen.

Sie erinnern sich der Verurteilung, die am Mittwoch stattfand. In erster Instanz waren die Mitglieder des Zentralverbandes bekanntlich freigesprochen, nur zwei, Hoffmann und Feder, waren zu je 10 M. verurteilt worden. Feder hatte gegen seine Verurteilung Berufung eingelegt. Die Verteidigung führte Rechtsanwalt Siegfried Köpcke. Der Angeklagte hatte nach Ansicht des Schöffengerichtsurteils in der Versammlung das Mitglied des deutschnationalen Verbandes Jade hochgehoben und gesteuert und dadurch dem Jade ein „körperliches Mißbehagen“ bereitet. Die Vernehmung des Belastungszeugen Jade war recht interessant. Auf Vorhalt des Vorsitzenden, daß es doch recht unwahrscheinlich sei, daß bei einem solchen Gedränge die Ordnung die Möglichkeit haben, einzelne Personen hochzuheben und zu schütteln, änderte Herr Jade seine Angaben dahin ab, er habe nur einen leichten Stoß erhalten. Auf die weitere Frage des Vorsitzenden, ob er denn körperliche Schmerzen davongetragen oder sich beleidigt gefühlt habe, konnte der Zeuge immer nur erwidern „angenehm ist es mir nicht gewesen“. Der Verteidiger wies nach, daß bei allen bisher stattgefundenen Vernehmungen der Zeuge Jade stets von einander abweichende Befundungen gemacht habe. Er beantragte Freisprechung. Die Strafkammer gab der Berufung in vollem Umfang statt, sprach Feder frei und legte die Kosten der Staatskasse auf.

So endete also die große Aktion der Schatzgarde mit einem glänzenden Misserfolg für diese, das um so blamabler ist, als die Herren Zehntausende von Flugblättern verbreiteten, in denen sie der Öffentlichkeit Kunde gaben von den „schrecklichen Schandtaten“ der Sozialdemokraten und mitteilten, daß die Hauptrednerführer verhaftet wurden und ihrer gerichtlichen Aburteilung entgegenstehen. Der Gehföhen der Antisemiten entspricht es, daß sie jetzt ihre Anhänger über den Ausgang ihrer Haupt- und Staatsaktion nicht unterrichten. Welcher Handlungsgehilfe vermag, nachdem das Verhalten der Führer des deutschnationalen Verbandes so sonnenklar erwiesen ist, dem Triolenverband weiter anzugehören, ohne Scham zu empfinden?

### Der Offizienter im Polizeibureau.

Einen interessanten Einblick in das Verleben eines königlich preussischen Polizeibureau zeigt eine Verhandlung vor dem Schöffengericht in Landeshut. Dort sollte sich ein zwölfjähriges Schulmädchen verantworten, weil es einer Witwe einen Gelddiebstahl entwandt haben sollte. In der Voruntersuchung hatte das Mädchen jede Schuld geleugnet, hatte aber dann auf dem Polizeibureau zu Protokoll gegeben, daß es den Diebstahl begangen habe. In der jetzigen Verhandlung bestritt das Kind entschieden, das Geld entwendet zu haben. Als ihm der Richter vorhielt, daß es doch auf der Polizei den Diebstahl bekannt habe, erklärte es, daß es dort durch Ohrfeigen und Schläge mit einer Peitsche dazu gezwungen worden sei. Aus Furcht vor weiteren Schlägen habe es nach dem Willen der Polizei ausgesagt. Auf Verfragen des Richters erklärte der Polizeiasistent Jung, der das Verhör geleitet hatte, von Mißhandlungen nichts zu wissen, auch sei auf dem Bureau keine Peitsche vorhanden. Das erklärte der Zeuge unter seinem Eide! Ein anderer an dem Verfall beteiligter Beamter, Polizeinspektor Engler, konnte sich nichts mehr entsinnen. Das Gericht sprach das Mädchen frei, da es ganz sicher zum mindesten auf der Polizei bedroht und hart angefahren worden sei und daher nur aus Furcht jene falsche Aussage gemacht habe.

Nachdem der Fall erledigt und sogar schon einige weitere Prozesse vorüber waren, erschien der Polizeiasistent Jung vor dem Richter mit der Erklärung, er wolle zu seiner vorher abgegebenen eidlichen Aussage einen Zusatz machen. Hierauf erklärte Jung wörtlich: „Ich habe mir die Sache noch einmal überlegt und glaube doch, daß das Kind geschlagen worden ist. Ich muß ferner angeben, daß wir auf dem Polizeibureau keine Peitsche, wohl aber einen Offizienter haben.“ Demnach ist also dem Kinde das „Geschändnis“ mit dem Offizienter erprobt worden! Niemand war auf dem Polizeibureau anwesend, als die beiden Zeugen, die erst unter ihrem Eide das Gegenteil ausgesagt hatten.

In wieviel Fällen mag in ähnlicher Weise ein unwahres Geständnis erprobt werden! Es genügt nicht, daß die Polizeibeamten nunmehr angeklagt werden. Dringend erforderlich sind gesetzliche Schutzmaßnahmen gegen die Möglichkeit solcher Verbrechen. Könnte man nicht jedes Polizeibureau mit Phonographen ausstatten?

### Su ausbrechende Szenen

Iam es gestern nach einer Verhandlung vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I im Kriminalgericht. Ein recht trübes Sittensbild entrollte die Verhandlung wegen Verbrechen gegen das lebende Leben. Beiläufig dazu, in welcher sich folgende Personen zu verantworten hatten: die Verkäuferin Christine Seidel, die Frau Martha Eichendorff, der Schächter Emil Biering, dessen

Bruder, der Schächter Arthur G. und der Schächtermeister Josef Noe. — Die Angeklagte Seidel stand früher bei dem Wittangeklagten Emil Biering in Diensten. Zwischen ihnen entwickelte sich ein Liebesverhältnis, welches nicht ohne Folgen blieb. Am diese zu beseitigen, setzte sich G. mit der Angeklagten Eichendorff in Verbindung, die ihn als „weisse Frau“ namhaft gemacht worden war. Diese nahm dann auch die nach § 218 St.-G.-B. strafbaren Handlungen an der S. vor. Bald darauf verlobte sich Biering mit der S. und setzte den Intimen Verkehr fort, aus welchem ein Kind hervorging. Von diesem Zeitpunkt ab mochte die S. die Beobachtung, daß sich Biering immer mehr und mehr von ihr abwandte und eines schönen Tages erfuhr sie auch den Grund. Biering teilte ihr kurz und bündig mit, daß er eine andere heiraten wolle. In ihrer Verzweiflung lief die S. zur Polizei und erstattete gegen sich und die übrigen Beteiligten Anzeige, welche das jetzige Strafverfahren zur Folge hatte.

Das Gericht erkannte gegen die Seidel auf 6 Monate, gegen die Frau Eichendorff auf 1 Jahr 3 Monate, gegen Emil Biering auf 9 Monate und gegen Arthur Biering und Noe auf je 6 Monate Gefängnis.

Schon während der Verhandlung hatte der Angeklagte Emil Biering Drohungen gegen seine frühere Geliebte und Mutter seines Kindes ausgesprochen. Nach dem Termin stürzte sich G. plötzlich mit einem sogenannten Ochsengiemer auf das Mädchen, um es niederzuschlagen. Die S. ergriff hilferufen die Flucht, während Biering nur mit vieler Mühe von dem Gerichtsdienner Dubinski zurückgehalten und überwältigt werden konnte. Während die S. gellende Rufe ausstieß, die Treppe hinunterließ, ereignete sich an einer anderen Stelle eine nicht minder aufregende Szene. Die zu 14 Jahren Gefängnis verurteilte Frau Eichendorff hatte sich auf die feinerne Brüstung geschwungen und wollte sich von dem dritten Stockwerk in die Tiefe stürzen. Sie wurde jedoch an ihrem Vorhaben durch den Gerichtsdienner gehindert.

### Kinderabfuhrung.

Gegen eine Mutter richtete sich eine Anklage wegen Kinderabfuhrung, die gestern vor der 3. Strafkammer des Landgerichts III Berlin verhandelt wurde. Die Angeklagte, geschiedene Frau Luise Singeweg, war in einer Schankwirtschaft in der Neuen Christstrasse in Charlottenburg als Kochfrau angestellt. Als sie am zweiten Weihnachtstages n. A. ausgingen war, um ihr in der Potsdamer Straße 45 in Charlottenburg untergebrachtes Kind zu besuchen, wurde sie unwohl, betrat das Haus Potsdamer Straße 5 und gab dort einem Kinde das Leben. Nach 5 Minuten verließ sie das Haus, ohne sich weiter um das Neugeborene zu kümmern und ging ohne Zeichen irgend welcher Erschütterung nach dem Hause Nr. 45 hinüber, wo sie sich eine Zeitung ansah. Als um 2 Uhr mittags die im Hause Potsdamer Straße 5 wohnhafte Frau Wirth ihre Konfitürengeschäft schloß und die Treppe zu ihrer Privatwohnung hinaufgehen wollte, hörte sie das Schreien eines Kindes und entdeckte dann auf dem Boden liegend ein blutbesudeltes völlig nacktes Kindchen, welches schon ganz blaugefärbt war. Frau W. spielte die Rolle der barmherzigen Samariterin, wickelte den Findling zunächst in warme Säulen und alarmierte die Polizei, die für die Ueberführung des armen Würmchens in das Krankenhaus sorgte. Die Mutter wurde auf eigenartige Weise entdeckt. Es zeigte sich Blutspuren, die sich von der Stelle, wo das Kind lag, über die Straße hinweg nach dem Hause Nr. 45 fortzogen. Dort konnte man die Person der Mutter leicht feststellen. Diese hatte sich inzwischen, als wenn nichts geschehen wäre, an ihre Arbeitsstätte in der Neuen Christstrasse 6 zurück begeben und war eifrig an ihren Kochtöpfen beschäftigt, als ein Polizeiwachmeister erschien und sie nach dem Verfallenen fragte. Nach kurzen Beugnissen sagte sie eingestehen, die Mutter des aufgefundenen Kindes zu sein. — Sie wurde gestern zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Frage, ob die Verurteilte zurechnungsfähig gewesen, kam in der Verhandlung leider nicht zur Erörterung.

### Ein umfangreicher Kautions- und Darlehnschwindelprozess

sollte gestern vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Dr. Frischgen zur Verhandlung kommen. Aus der Untersuchungshaft wurde der Darlehensvermittler Otto Krause vorgeführt, um sich wegen wiederholten gemeinschaftlichen Betruges zu verantworten. Zu der Verhandlung waren über 40 Zeugen und als psychiatrischer Sachverständiger der Oberarzt Dr. Alpplein-Herzberge geladen. — Die Anklage wickelt dem Angeklagten außer mehreren Kautionschwindeldelicten eine Anzahl Betrugsfälle vor, die er in der Weise begangen haben soll, daß er sich von Darlehenssuchern größere Vorläufe für angeblich einzuziehende Auskünfte geben ließ, das Geld aber dann für sich bewandte. Mitangeklagt war früher ein Kaufmann Pinner, der jedoch für gestiftet erklärt wurde. Der Angeklagte Krause war ebenfalls schon zur Beobachtung seines Geisteszustandes der Irrenanstalt Herzberge überwiesen worden. Nach längerer Verhandlung mußte eine Verlegung der Sache eintreten, da noch mehrere Zeugen geladen werden sollen. Der Angeklagte, welcher sich über ein Jahr in Untersuchungshaft befindet, wurde aus der Haft entlassen.

### Einen Diebstahl im — Polizeipräsidium

hatte der Hausdiener Paul Hübner betäubt, der sich gestern unter der Anklage des Rückfalldiebstahls vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte. — Der Angeklagte war Anfang Januar d. J. unter dem Verdacht des Diebstahls verhaftet worden. Er wurde von der Reiterwache aus mit der „grünen Minna“ dem Polizeipräsidium zugeführt, um hier vernommen zu werden. Vor der Vernehmung wurde er mit mehreren anderen Verhafteten in einer Zelle untergebracht. Mit einer großen Geschicklichkeit bekam er es hier fertig, die Taschen seiner Mitangeklagten auf ihren Inhalt zu durchsuchen und sich die Uhr eines ebenfalls wegen Diebstahls Verhafteten anzuweignen. Der Diebstahl wurde bemerkt. Sämtliche Häftlinge wurden einer Leibesvisitation unterzogen, bei welcher die gestohlene Uhr bei dem Angeklagten in dessen Stiefel verdeckt aufgefunden wurde. Die Strafkammer erkannte auf neun Monate Gefängnis.

### Aus der Spandauer Geschützgereie.

Unter der Anklage, durch Fahrlässigkeit die Körperverletzung des Arbeiters Andrehs verschuldet zu haben, stand am Mittwoch der Aufseher der Spandauer Geschützgereie, Albert Sommer. Der Anklage lag folgendes zugrunde: Am 12. Juli 1907 erhielt der Aufseher Sommer von dem Reijergesellen Wiedemann den Auftrag, zwei Maschinen anzustellen. Die dem Aufseher Sommer unterstellten Arbeiter, darunter auch Andrehs, hatten die eine Maschine bereits fertiggestellt. Als sie die zweite Maschine holen wollten, hatten zwei Schloßer auf Anordnung eines anderen Auffichtsbeamten damit begonnen, die an der Decke befindlichen Vorlege zu entfernen. Plötzlich fiel eine circa 200 Gramm schwere eiserne Schraubenmutter von oben herunter und dem Andrehs auf den Kopf. Die Körperverletzung hatte zur Folge, daß sich bei Andrehs ein schwereservenleiden einstellte, welches ihn zeitweise gänzlich erwerbsunfähig machte. Er besteht eine Unfallsrente.

Das Schöffengericht Spandau war der Ansicht, daß der Angeklagte sich einer Fahrlässigkeit schuldig gemacht. Er hätte nicht zulassen dürfen, daß die Arbeiter die zweite Maschine wegholen wollten, während oben die Schloßer an dem Vorlege arbeiteten. Das Urteil lautet auf 15 Mark Geldstrafe. Die Sache ist im Betriebe des Meisters Jäger passiert, in welchem bekanntlich infolge der schlechten Affordpreise die Arbeiter bis aufs äußerste schufteten müssen. Bei solcher Dap ist die Fahrlässigkeit Nichtbeachtung von Unfallsverhütungsmassregeln erklärlich. Das Affordsystem trägt die Hauptschuld an der Möglichkeit auch des abgeurteilten Unfalls.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (A. H. B. Hamburg) Filiale Baumgartenweg, Sonnabend, den 26. Februar, abends 6½ Uhr, bei Köding, Baumgartenstr. 67: Mitglieder-

## Vermischtes.

In der Grube verschüttet. Auf dem Rörterschacht der Vereinigten Eisenerzgrube ging, wie aus Rottowitz gemeldet wird, gestern durch vorzeitiges Losgehen eines Sprengschusses ein großes Kohlenfeld zu Grunde und verschüttete mehrere Bergleute. Ein Loter und ein Schwerverlegter, beides Italiener, sind bis zum Mittag geborgen worden.

Eine Familientragödie. Aus Hagen in Westf. wird vom gestrigen Tage gemeldet: In dem Stadtteil Alhagen hat heute morgen die Ehefrau des Schneiders Damman ihre beiden Kinder im Alter von 1½ und 3 Jahren erhängt und sich dann selbst zu töten versucht. Der Grund soll in ehelichen Zwistigkeiten liegen.

Drei Schulkinder ertrunken. Aus Stolp i. P. wird gemeldet: Auf dem Eise des Briesendorfer Sees bei Mummelsburg brachen vier Schulkinder ein; drei von ihnen ertranken.

### 20 Jahre unschuldig im Gefängnis.

Eine Depesche aus New York meldet: Ein vor 20 Jahren wegen Mordes zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilter Viehhändler namens William wurde vom Gericht des Staates Texas von der Anklage des Mordes freigesprochen, denn ein gewisser Carter, dessen Mörder William sein sollte, hat sich wohl und gesund wieder eingefunden. Im Jahre 1890 waren William und Carter auf Viehhandel in der Nähe des Pecos River. Beide waren als freischützig bekannt. Carter verschwand dann plötzlich von der Wildschäre. In dem Flusse wurde nach längerer Zeit eine Leiche gefunden, die man als die Carters identifizierte und William wurde daraufhin vom Gericht wegen Mordes zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilt. Dieser Tage stellte sich plötzlich Carter wieder ein und hörte zu seinem Erstaunen, daß sein ehemaliger Kamerad wegen Mordes an ihm zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilt worden sei. Er ging zum Gericht und seine Persönlichkeit wurde festgestellt, worauf William in einem sofortigen Verfahren freigesprochen wurde.

Hochwasser. Einer Meldung aus Trier zufolge steht in dem benachbarten Saarburg der untere Teil der Stadt seit gestern völlig unter Wasser, so daß der Verkehr mit Kähnen aufrecht erhalten werden muß. Der Wasserstand der Mosel und Saar hat jedoch seinen höchsten Stand erreicht und eine weitere Hochwassergefahr scheint somit nicht zu drohen.

Eine Hinrichtung. Einer Meldung aus Tüft zufolge ist der Bekkter Max Rodschies aus Sterksweifen, der am 30. Oktober 1909 wegen Ermordung seiner Ehefrau zum Tode verurteilt war, gestern früh dort hingerichtet worden.

### Fünfzig Personen bei einem Theaterbrande getötet.

Während einer kinematographischen Vorstellung im städtischen Theater von Trugilo in Peru fing, wie aus Callao (Peru) gemeldet wird, einer der Films Feuer. Der Brand breitete sich sehr schnell aus und verursachte eine furchtbare Panik unter dem Publikum, unter dem sich viele Kinder befanden. Fünfzig Personen wurden bei dem entsetzenden Gedränge getötet. Das Theater ist vollständig zerstört.

Berliner Arbeiter-Railfahrer-Verein  
Mitglied des Reichsverbandes  
Arbeitgeber-Bundes  
Solidarität

**Touren**  
zum Sonntag, den 27. Februar.  
1.—10. Abt.: 1½ Uhr: Spandau  
(Rel. Tisch), Seeburger Straße 26.  
Start an den bekannten Stellen.

Berliner Uik-Trio.  
Felix Schöner  
Stralauerstr. 1.

**Blumen- und Kranzbinderei**  
von Robert Meyer,  
nur Mariannen-Straße 2.

## Partei-Expeditionen:

**Zentrum:** Albert Hehnich, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.  
**2. Wahlkreis,** Seltan: Gustav Schmidt, Kirchbacht. 14, Poststraße.  
Säden und Südwesten: Hermann Berner, Emselmannstr. 72, Laden.  
**3. Wahlkreis:** St. Elisabeth, Weinstr. 31, Hof rechts part.  
**4. Wahlkreis:** Oden: Robert Wengels, Andreadstraße 17. —  
Wibhelm Kann, Petersburgerplatz 4 (Laden).  
**4. Wahlkreis,** Südosten: Paul Böhm, Laufherplatz 14/15 (Laden).  
**5. Wahlkreis:** Leo Zucht, Immanuelstr. 12 (Hof).  
**6. Wahlkreis (Noahit und Kansaviertel):** Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden.  
**Wedding:** Karl Weiche, Razareffkirchstraße 49.  
**Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt:** Hermann Raschke, Bernauerstr. 9, vom part.  
**Gesundbrunnen:** F. Trapp, Stellenstr. 10.  
**Schönhäuser Vorstadt:** Karl Kard, Lydenstr. 123.  
**Adlershof:** Karl Schwarlose, Hofmannstr. 9.  
**Alt-Gliencke:** Wilhelm Bärtle, Radowerstr. 23 II.  
**Baumshulenberg:** D. Dornig, Karntensbacht. 13, I.  
**Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönow und Schönbrück:** Heinrich Rose, Hofmeisterstr. 74, part.  
**Bohndorf und Falkenberg:** Alois Lauf, Bohndorf, Genselshaus „Garabes“.  
**Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Eisenmeisterstraße 1, Ede Goethestraße, Laden.  
**Eichwalde, Zenthen, Niersdorf und Hanks Ablage:** Oscar Rahle, Eichwalde, Stubenrauchstr. 99.  
**Erkner:** Ernst Hofmann, Friedr. Strehlenger Chaussee.  
**Friedensdorf-Petershagen:** E. Heibelrich, Petershagen.  
**Friedenau-Steglitz-Südende:** F. Berner, Schloßstr. 113, Hof I, in Steglitz. Verteilungen nehmen entgegen in Steglitz:  
H. Rabe, Döpelstr. 22, und Fr. Schellhaue, Körnerstr. 15a.  
**Friedrichshagen:** Ernst Berman, Friedr. Str. 67.  
**Grönan:** Franz Klein, Bahndorfstr. 6 III.  
**Johannisthal:** Heide, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.  
**Karlshorst:** Richard Riter, Ködelstr. 9, II.  
**Königs-Wusterhausen:** Friedrich Baumann, Bohnhofstr. 13.  
**Köpenick:** Emil Bichter, Riekerstr. 6, Laden.  
**Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg:** Otto Seidel, Kronprinzstraße 4, I.  
**Mahldorf und Kaulsdorf:** Hugo Scheibe, Mahldorf, Walderstr. 14.  
**Mariendorf:** August Leip, Gaussestr. 296, Hof.  
**Nieder-Schönevide:** Max Friedke, Weiserstr. 14 II.  
**Nowawes:** Wilhelm Jappe, Friedr. Str. 7.  
**Ober-Schönevide:** August Henjes, Laufenerstr. 2, I.  
**Pankow-Niederschönhausen:** Otto Rihmann, Mühlenstraße 30.  
**Reinickendorf-Ost, Wilhelmsrab und Schönholz:** A. Gursch, Kammerstr. 12, I.  
**Rixdorf:** H. Heinrich, Redarstraße 2, im Laden.  
**Rummelsburg, Boxhagen:** H. Kollenfranz, M.-Bohagen 55.  
**Schmargendorf:** Gustav Kaminsky, Emlostraße 2.  
**Schönberg:** Wilhelm Sammler, Martin Lutherstr. 51, im Laden.  
**Spandau:** Köppen, Bagowstr. 9.  
**Tegel, Borsigwalde, Wittmann, Waidmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West:** Paul Renap, Borstmalde, Händlstraße 10.  
**Teitow:** Wilhelm Bonow, Tellow, Behlendorfer Str. 4.  
**Tempelhof:** Albert Thiel, Friedr. Wilhelmstr. 20.  
**Treptow:** Rob. Gramenz, Steinhilfsstraße 412, Laden.  
**Weissensee:** A. Huhmann, Sedanstr. 106, partiere.  
**Wilmersdorf-Halensee:** Wittnebel, Goltzener Str. 4.  
Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.  
Bitte ausschneiden.

